



Bericht

der Landesregierung

Bericht über die Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 1999/2000 (Ostseebericht)

- Entsprechend dem Beschluss des Landtages
vom 10. September 1992, Drucksache 13/306 -

Federführend ist die Ministerpräsidentin

Bericht über die Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 1999/2000 (Ostseebericht)

Inhalt

1. Einleitung

2. Aktuelle Entwicklungen der Ostseekooperation

- 2.1. Ostseerat der Außenminister (CBSS), Fachministerkonferenzen
- 2.2. Ostseeparlamentarierkonferenz
- 2.3. Konferenz der Subregionen (BSSSC)
- 2.4. EU-Ostseepolitik
- 2.5. Ostseeanrainerstaaten

3. Schleswig-Holsteins Ostseepolitik: Wettbewerbsfähigkeit im Europa der Regionen stärken

- 3.1. Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum
- 3.2. Leitprojekte: Schleswig-Holsteins Position in der Ostseeregion stärken
- 3.3. Norddeutsche Zusammenarbeit ausbauen: Gemeinsam im Ostseeraum gewinnen
- 3.4. Aktive Beiträge zum EU-Vorbeitrittsprozeß

4. Herausforderungen und Perspektiven der Ostseekooperation

- 4.1. „region building“ - ein Konzept zur Entwicklung der Ostseeregion
- 4.2. EU-Osterweiterung - Herausforderung (auch) an die Ostseeregion
- 4.3. Nördliche Dimension - eine Chance zur Entwicklung der EU-Ostseepolitik
- 4.4. Rolle und Struktur des Ostseerates reformieren - Anforderung an die Ostseepolitik der Bundesregierung
- 4.5. Die Subregionen im Ostseeraum stärken

Abkürzungsverzeichnis

Anlagen

- 1. Übersicht über Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 1999/000
- 2. Stand der interregionalen Partnerschaften im Ostseeraum 2000
- 3. Abschlusserklärung des 3. Gipfeltreffens der Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten (Kolding/Dänemark, 12./13.04.2000)
- 4. Abschlusserklärung der 9. Ministertagung des Ostseerates der Außenminister, CBSS (Bergen/Norwegen, 21./22.06.2000)
- 5. Resolution der 8. Parlamentarischen Konferenz zur Zusammenarbeit im Ostseeraum (Mariehamn/Åland, 06./07.09.1999)
- 6. Resolution der 7. BSSSC-Konferenz (Kaunas/Litauen, 28.-30.10.1999)

1. Einleitung

Durch Beschluß vom 10. September 1992 - Drs. 13/306 - hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, sechs Wochen vor der jährlichen Parlamentarischen Konferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum einen **Bericht über ihre Ostseeaktivitäten** vorzulegen. Die diesjährige 8. Parlamentarische Konferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum findet am 04./05. September 2000 in Malmö (Schweden) statt.

Bisher hat die Landesregierung sechs Berichte erstellt und dem Landtag zugeleitet, und zwar in den Jahren **1993 (Drs. 13/694), 1995 (Drs. 13/2784), 1996 (Drs. 14/132), 1997 (Drs. 14/888), 1998 (Drs. 14/1638) und 1999 (Drs. 14/2289)**. Die letzten Ostseeberichte (1997, 1998 und 1999) haben künftige Schwerpunkte der Ostseepolitik Schleswig-Holsteins zur Diskussion gestellt, mit denen Konsequenzen aus den sich verändernden Rahmenbedingungen der Ostseekooperation gezogen werden.

Auch mit Blick auf den im Juli beginnenden einjährigen deutschen Vorsitz im Ostseerat (CBSS) konzentriert sich der **diesjährige Ostseebericht** auf die künftige Rolle der Ostseekooperation im Rahmen der gesamteuropäischen Entwicklung (u.a. Vor-Beitritts-Strategie, Nördliche Dimension) und auf die daraus resultierenden Anforderungen an die Politiken des Ostseerates sowie der Bundesregierung.

Die Ostseepolitik Schleswig-Holsteins ist auf zwei Schwerpunkte ausgerichtet:

- „**Region building**“, die Herausbildung und Weiterentwicklung der Ostseeregion zu einer integrierten Großregion, die eines der Kraftzentren eines künftig größeren „Europa der Regionen“ sein wird. Ostseekooperation leistet dabei auf der Schnittstelle einst trennender Blockgrenzen unverändert einen notwendigen Beitrag zur Stabilität und Sicherheit in Gesamteuropa.
- Die **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins** unter sich rasch verändernden internationalen Rahmenbedingungen. Dieses zielt zum einen auf die Ausrichtung von Strukturen innerhalb des Landes auf die sich ändernden internationalen Rahmenbedingungen; zum anderen auf die Bil-

dung von strategischen Allianzen in der „Region Südliche Ostsee“.

Vor diesem Hintergrund konnte die Landesregierung im Berichtszeitraum an die Arbeit der Vorjahre anknüpfen.

Hierbei spielt das Engagement zahlreicher schleswig-holsteinischer **Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO's)** eine besondere Rolle (vgl. hierzu ausführlicher: *Ostseebericht 1999, Drs. 14/ 2289*): Ohne ihre Projekte und Initiativen hätte Schleswig-Holstein bislang nicht seinen anerkannten Ruf als „Motor der Ostseekooperation“ dauerhaft erwerben und sichern können. Die Landesregierung wird auch künftig den engen Dialog mit den schleswig-holsteinischen Akteuren der Ostseekooperation pflegen, um gemeinsam das Profil und die Position des Landes im Ostseeraum zu stärken.

- Einzelne Darstellungen aus dem letztjährigen Ostseebericht gelten unverändert fort und werden hier nicht wieder aufgegriffen, darunter z.B. die Darstellung der Ostsee-Aktivitäten schleswig-holsteinischer Nicht-Regierungsorganisationen. Auch insoweit wird auf die Darstellungen in den letztjährigen Ostseeberichten verwiesen.

2. Aktuelle Entwicklungen der Ostseekooperation

Die **Kooperation in der Ostseeregion** rückt zunehmend in den Blickpunkt europäischer Politik: Mit ihrem Aktionsplan zur „Nördlichen Dimension“ zielt die Europäische Union auf die aktive regionale Einbeziehung Nordwest-Rußlands; den Institutionen und Organisationen der Ostseekooperation kommt dabei eine wesentliche Aufgabe zu, mit eigenen Beiträgen die Umsetzung dieser „Nördlichen Dimension“ voranzubringen.

Zugleich wächst die Bedeutung der Ostseekooperation im Prozeß der Ost-Erweiterung der Europäischen Union, nachdem auf Beschluß des EU-Gipfels in Helsinki (11./12. Dezember 1999) Beitrittsverhandlungen auch mit Lettland und Litauen begonnen worden sind.

Damit einher geht die Notwendigkeit, die Aufgaben der Institutionen und Organisationen der Ostseekooperation vor dem Hintergrund der gewandelten Rahmenbedingungen neu zu definieren: In wenigen Jahren wird die Ostsee ein Binnenmeer Europas sein; neben der notwendigen und bedeutsamen Einbeziehung Rußlands auf regionaler Ebene wird Ostseekooperation ihre Rolle als **regionale Kooperation innerhalb der Europäischen Union** neu definieren müssen. (vgl. dazu ausführlicher Ziffer 4.)

Der Berichtszeitraum wurde vor allem von folgenden Ereignissen geprägt:

2.1. Ostseerat der Außenminister (CBSS), Fachministerkonferenzen

Das **9. Ministertreffen des Ostseerates** der Außenminister (CBSS) in Bergen (Norwegen, 21./22. Juni 2000) begrüßte den vom Europäischen Rat in Feira (Portugal, 19./20. Juni 2000) beschlossenen „Aktionsplan zur Nördlichen Dimension“ (vgl. Ziffer 2.4). Zugleich erklärte der Ostseerat seine Bereitschaft, bei dessen Umsetzung in Feldern wie Gesundheit, Informationstechnologie, Energie, Umwelt oder Bekämpfung der Organisierten Kriminalität aktive Beiträge zu leisten.

Mit dem Beschluß zu überarbeiteten Statuten sicherte der Ostseerat die Arbeit der „**EuroFakultäten**“ an den Universitäten Tartu (Estland), Riga (Lettland) und Vilnius (Litauen) bis 2005; zugleich beschloss der Ostseerat, in einer dreijährigen Projektphase eine weitere EuroFakultät an der Universität Kaliningrad aufzubauen.

Das Mandat des bisherigen CBSS-Kommissars für Menschenrechte und Minderheiten wurde in ein Mandat als CBSS-Kommissars für Demokratische Entwicklung („Commissioner of the CBSS on Democratic Development“) umgewandelt und vorerst bis September 2003 befristet.

(vgl. Anlage 4)

Für die norddeutschen Länder hat in diesem Jahr Wirtschaftsminister Eggert (Mecklenburg-Vorpommern) im Rahmen der deutschen Delegation an dem Ministertreffen teilgenommen. Zum 01.07. 2000 übernimmt erstmals seit dessen Gründung **Deutschland** den Vorsitz im Ostseerat.

In Kolding (Dänemark, 12./13. April 2000) kamen nunmehr zum dritten Mal die Regierungschefs der Anrainerstaaten zum **Ostsee-Gipfel** zusammen. Sie begrüßten die intensivierten Fachkooperationen auf Regierungsebene im Ostseeraum und beauftragten den Ostseerat (CBSS), diese Kooperationen verstärkt zu koordinieren; künftig werden alle fachpolitischen Kooperationen auf staatlicher Ebene im Ostseeraum als Fachkonferenzen des Ostseerates angesehen.

Der Ostsee-Gipfel wies zudem auf die besondere Rolle der sub-regionalen Kooperation im Ostseeraum hin und sprach sich für verstärkte Unterstützung entsprechender Anstrengungen auf der Ebene von Sub-Regionen und Kommunen aus. Eine neu eingesetzte „Task Force on communicable diseases“ soll Maßnahmen zur Bekämpfung übertragbarer gefährlicher Krankheiten im Ostseeraum erarbeiten. (vgl. Anlage 3)

Insgesamt hat die Zusammenarbeit unter dem Dach des Ostseerates an Intensität gewonnen: So legten die **Wirtschaftsminister** bei ihrem Treffen in Bergen (Norwegen, 07./08. Februar 2000) einen Aktionsplan zum Abbau von Handelshemmnissen im Ostseeraum vor. Die **Energieminister** vereinbarten bei ihrem

Treffen in Helsinki (24./25. Oktober 1999) eine engere Zusammenarbeit und beschlossen die Einrichtung eines eigenen Sekretariates, das angelehnt an das CBSS-Sekretariat in Stockholm aufgebaut wird; Schleswig-Holstein ist im Rahmen der deutschen Delegation an den Arbeitsstrukturen der Ostsee-Energieminister beteiligt.

Die Umsetzung der vom Ostseerat 1998 beschlossenen „**regionalen Agenda 21 für den Ostseeraum**“ (**Baltic-21**) schreitet unter Einbeziehungen zahlreicher internationaler Nicht-Regierungsorganisationen voran. Angesichts des umfangreichen, querschnittsorientierten Ansatzes ist dieser Prozeß jedoch langfristig angelegt. Offen ist derzeit die weitere Ansiedelung des Baltic 21-Sekretariates, das bislang befristet bis Juni 2000 von Schweden vorgehalten wurde.

Das Mandat der „**Task Force on Organized Crime**“ wurde vom Ostseegipfel bis Ende 2004 verlängert. An der Arbeit ihres „Operative Committee“ (OPC) sind seit September 1999 auch die Landeskriminalämter Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns beteiligt.

Einen Schwerpunkt der Arbeit des Ostseerates bilden unverändert die künftigen Perspektiven der **Region Kaliningrad**: Im Berichtszeitraum fanden bzw. finden unter dem Dach des Ostseerates mehrere Konferenzen statt, die sich die Erarbeitung konkreter Perspektiven für diese künftige „russische Exklave innerhalb des Europäischen Binnenmarktes“ zum Ziel gesetzt haben. Auf Einladung der dänischen Regierung und des Nordischen Ministerrates diskutierten die Ostseeanrainer am 17./18. Mai 2000 in Kopenhagen Ansätze zur Stärkung Kaliningrads im Rahmen der „Nördlichen Dimension“.

Der Ausschuß Höherer Beamter des Ostseerates (**Committee of Senior Officials, CSO**) hat seinen Dialog sowohl mit dem Business Advisory Council (BAC) zur Entwicklung des Wirtschaftsraums Ostsee als auch mit der Europäischen Kommission fortgesetzt: So fand im Februar 2000 eine CSO-Sitzung in Brüssel statt, in der gemeinsam mit Vertretern der Kommission u.a. die mehrfach geforderte bessere Abstimmung der im Ostseeraum verfügbaren EU-Förderinstrumente diskutiert wurde. An dieser Sitzung nahmen auch Vertreter der Brüsseler Büros der

Ostseeregionen teil, darunter auch das Hanse-Office.

Das **CBSS-Sekretariat** (Stockholm) hat sich seit seiner Errichtung im Sommer 1998 zu einer anerkannten Arbeitseinheit entwickelt; mit der vom Ostsee-Gipfel erteilten neuen Aufgabenstellung an den Ostseerat kommt auch dem Sekretariat eine verstärkte Koordinierungsrolle zu.

2.2. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Wie bereits im Jahr zuvor stand auch bei der **8. Ostseeparlamentarierkonferenz (Mariehamn / Åland, 06./07. September 1999)** die bevorstehende EU-Osterweiterung im Mittelpunkt. Schwerpunktthemen waren die „soziale Dimension im Ostseeraum“ sowie „nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum“.

Die Parlamentarier unterstrichen die Bedeutung der Nachhaltigkeit in ihrer Verbindung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten als Herausforderung für den Ostseeraum. Nachhaltige Entwicklung sei der Orientierungsrahmen auch für parlamentarische Zusammenarbeit angesichts der aufgrund technischen Fortschritts und gesellschaftlichen Wandel sich rasant ändernden Ausgangsbedingungen.

Mit Blick auf die „soziale Dimension im Ostseeraum“ forderten die Ostseeparlamentarier verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und faire Austauschbedingungen zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern und der Europäischen Union. Die Lösung sozialer Probleme sei untrennbar mit dem Aufbau einer Zivilgesellschaft verbunden - ein zentrales politisches Thema für die künftige Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz.
(vgl. Anlage 5)

Ein herausragendes Ergebnis der 8. Ostseeparlamentarierkonferenz ist die weitere **Verstetigung der parlamentarischen Zusammenarbeit** unter dem neuen Kooperationsnamen „Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)“. Mit der Annahme der unter Federführung Schleswig-Holsteins erarbeiteten Geschäftsordnung konzentriert sich die BSPC künftig auf eine deutliche Aufwertung des Arbeitspro-

zesses und die Implementierung der Resolutionen der jährlichen Konferenzen.

Dieser Prozess wird von dem politischen Leitungsgremium der Konferenz, dem Standing Committee, begleitet. Es übt die ihm übertragenen Aufgaben in enger Rückkoppelung mit der Arbeitsebene der jeweiligen Parlamente aus, um sicherzustellen, dass die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz nur in engem Schulterschluss mit den zuständigen parlamentarischen Gremien, insbesondere den zuständigen Europa- und Fachausschüssen der Parlamente erfolgt.

Die **9. Ostseeparlamentarierkonferenz** wird am 04./05. September 2000 in Malmö stattfinden; Schwerpunktthema wird die „Nördliche Dimension der EU“ und deren Chancen und Herausforderungen für die regionale und subregionale Zusammenarbeit sein. Erstmals sollen in Arbeitsgruppen Konferenzergebnisse zu den Themen Transeuropäische Netzwerke und grenzüberschreitende Zusammenarbeit erarbeitet werden. Damit wird zugleich der Wandel der Ostseeparlamentarierkonferenz von der Vision zur praktischen Aktion sowie das neue Selbstverständnis der BSPC unterstrichen, Regierungshandeln parlamentarisch zu begleiten und aktiv mitzugestalten.

2.3. Konferenz der Subregionen (BSSSC)

Nach der mehr als zweijährigen Amtsperiode des dänischen Amtsborgmesters Knud Andersen (Bornholm) sind Anfang Mai 2000 die Aufgaben des Vorsitzes und des Sekretariates erstmals auf eine Subregion in einem Nicht-EU-Mitgliedstaat übergegangen: Neuer Vorsitzender ist der polnische Senator Edmund Wittbrodt (Gdansk/Danzig); das BSSSC-Sekretariat wird von der Wojewodschaft Pomorskie/Pommern, der Partnerregion Schleswig-Holsteins, vorgehalten.

Im Mittelpunkt der **7. BSSSC-Konferenz** in Kaunas (Litauen, 28.-30. Oktober 1999) standen die „Nördliche Dimension“ und die „EU-Vorbeitragsstrategie“. Zu beiden Themen hatten eingesetzte ad-hoc Arbeitsgruppen Vorschläge für Beiträge der Subregionen des Ostseeraumes erarbeitet. Zu dem dritten Schwerpunktthema „Informationsgesellschaft im Ostseeraum“

richtete BSSSC im Februar 2000 gemeinsam mit der Region Uusimaa (Helsinki) eine separate Konferenz in Helsinki aus.

(vgl. ausführlicher Anlage 6)

Die 8. BSSSC-Konferenz wird am 26.-28. Oktober 2000 in Pärnu/Estland stattfinden.

Bedingt durch personelle Wechsel und die Verlagerung des Sekretariates werden sich die bewußt nicht formalisierten Arbeitsstrukturen der BSSSC (Sekretariat, Chairman, Working Groups) neu ausrichten müssen. Verstärkt wird BSSSC ihre Rolle als politische Interessenvertretung der Subregionen gegenüber CBSS und der Europäischen Kommission wahrnehmen müssen; zugleich dient sie als Mittler zwischen den großen im Ostseeraum wirkenden europäischen Strategien und den Handlungsmöglichkeiten der Subregionen, mit praktischen Projekten zu deren Umsetzung beizutragen.

Die zwei deutschen Sitze im BSSSC-Board werden weiterhin von Schleswig-Holstein und Hamburg wahrgenommen; in den Working Groups arbeiten Vertreter aller drei norddeutschen Länder mit.

2.4. EU-Ostseepolitik

Eine eigene explizite Ostseepolitik der Europäischen Union besteht zwar unverändert nicht. Dennoch gewinnt die Ostseeregion zusehends an Bedeutung auch für die EU. Ausdruck hierfür sind die im Ostseeraum wirksamen EU-Politiken und -Strategien:

- Die **EU-Vor-Beitrittsstrategie**: Mit der Aufnahme Lettlands und Litauens in den Kreis der Beitrittskandidaten hat die EU eine langjährige Forderung zahlreicher Ostseeanrainer erfüllt. Das seit Jahren bestehende EU-Programm PHARE ist ebenso wie die neuen Förderinstrumente ISPA (Verkehrsinfrastrukturen und Umwelt) und SAPARD (Aufbau von Institutionen zur Verwaltung der EU-Agrarpolitik) auf die Stärkung der Beitrittsfähigkeit der Kandidatenländer ausgerichtet.

An den unter „PHARE Institution building“ genehmigten Twinning-Projekten in den baltischen Staaten und Polen, die dem Aufbau demokratischer und leistungsfähiger Verwal-

tungsstrukturen dienen, sind zahlreiche Institutionen aus den EU-Ostsee-anrainerstaaten beteiligt, darunter auch Schleswig-Holstein mit dem Justiz-Projekt in Estland (vgl. Ziffer 3.4.)

- Zwar ist die Umsetzung der vom EU-Gipfel in Köln (Juni 1999) beschlossenen **Gemeinsamen Strategie zu Russland** vorerst unter dem Eindruck des Tschetschenien-Krieges politisch auf Eis gelegt. Dennoch weist diese Konkretisierung des 1998 in Kraft getretenen „Partnerschafts- und Kooperationsabkommens“ zwischen der EU und Russland vor allem auf die Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer regionalen Einbeziehung der Regionen Nordwest-Russlands (einschl. Kaliningrad) hin.
- Dies findet seinen Niederschlag auch in dem vom EU-Gipfel in Feira (Portugal, 19./20. Juni 2000) beschlossenen **Aktionsplan zur Nördlichen Dimension**: Eindeutig fokussiert er auf die Stärkung Nordwest-Russlands und dessen Einbeziehung in die regionalen Kooperationsnetze; mit diesem Wiederaufgreifen von Handlungsfeldern und Projektmöglichkeiten aus der Russland-Strategie weist die EU der Ostseeregion und ihren Akteuren eine besondere Verantwortung bei der Umsetzung des Aktionsplanes zu.

Politisch kommt daher der Nördlichen Dimension auch die Aufgabe zu, Russland auf regionaler Ebene die Erprobung der Zusammenarbeit mit einer künftig erweiterten EU zu ermöglichen. Diese Position hatten die norddeutschen Länder bereits im Oktober 1999 in einer gemeinsamen Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung formuliert und auch im Rahmen der Außenministerkonferenz zur Nördlichen Dimension (Helsinki, 11./12. November 1999) zum Ausdruck gebracht. Unverändert jedoch wird die EU hierfür keine zusätzlichen Programm-Mittel bereitstellen.

Im Berichtszeitraum standen zuletzt die Implementierung bestehender **EU-Förderinstrumente** (insbesondere INTERREG II C), deren Weiterentwicklung

im Rahmen der Strukturfondsperiode 2000 - 2006 sowie die Ausrichtung der MOE-Förderinstrumente der EU auf die Vorbeitriffs-Strategie im Mittelpunkt.

Die Tatsache, daß innerhalb von nur 18 Monaten im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative **INTERREG II C (Ostsee)** insgesamt 46 Projekte - darunter 14 mit Beteiligung schleswig-holsteinischer Akteure - mit einem Fördervolumen von 25 Millionen EURO erfolgreich entwickelt und genehmigt werden konnten, steht synonym für die Qualität der entwickelten Kooperationsnetzwerke im Ostseeraum. Auch aus Sicht der Europäischen Kommission gilt die Ostseeregion im Vergleich zu anderen INTERREG II C-Kooperationsräumen als die mit Abstand entwickeltste Region.

Die u.a. auf Initiative Schleswig-Holsteins modifizierten INTERREG-Leitlinien sehen nunmehr auch eine verstärkte Förderung von regionaler Wirtschaftsentwicklung und Maßnahmen zur Entwicklung der Informationsgesellschaft im Rahmen von **INTERREG III B (2000 - 2006)** vor. Zur Zeit werden die Entwürfe für die Programmplanungsdokumente in den jeweiligen Kooperationsräumen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III für die Förderperiode 2000 - 2006 erarbeitet. Mit einer Genehmigung durch die Europäische Kommission und anschließende erste Projektausschreibungen und Antragsberatungen ist nicht vor Ende 2000 zu rechnen.

Von besonderer Bedeutung für Schleswig-Holstein sind dabei die Fortführung der grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG III A sowie die transnationale Kooperation im Ostsee- wie im Nordseeraum unter INTERREG III B. Als Erfolg kann verzeichnet werden, daß die Region K.E.R.N. nunmehr endgültig in die Fördergebietskulisse von INTERREG III A aufgenommen worden ist.

Nur geringer Fortschritt konnte bei der Abstimmung der EU-Förderinstrumente erreicht werden, um auch östlichen Ostseeanrainern eine erfolgreiche Beteiligung insbesondere an INTERREG III B-Projekten zu ermöglichen: Stand bis Ende 1999 mit PHARE-CBC ein gesondertes, wenn auch nur schwerfällig nutzbares Förderinstrument zur Verfügung, so sind östliche Projektpartner in der aktuellen Pro-

grammphase auf das jeweilige nationale PHARE-Hauptprogramm angewiesen; bislang hat jedoch lediglich Polen eine Teil-Tranche des nationalen PHARE-Budgets für Kofinanzierung von INTERREG III B-Projekten bereitgestellt.

Nachdem die Kommission auch in ihrem Aktionsplan zur Nördlichen Dimension keinen praktikablen Vorschlag vorgelegt hat, hat Schleswig-Holstein die politische Initiative ergriffen, die vom Europäischen Parlament eingesetzte Haushaltslinie „zur Förderung der Kooperation im Ostseeraum“ (B 7-537) hierfür zu verwenden; Entscheidungen hierüber stehen jedoch noch aus.

2.5. Ostseeanrainerstaaten

Rolle und Entwicklung der Europäischen Union prägen in mehrfacher Hinsicht unverändert die Entwicklung in nahezu allen Ostseeanrainerstaaten. Auch die **Ostseepolitik der Anrainerstaaten** selbst hat sich weiterentwickelt:

- **Schweden** baut kontinuierlich sein ostseepolitisches Engagement aus, so im Rahmen von Baltic-21 oder im Rahmen von CBSS u.a. im Bereich zivile Sicherheit und zum Schutz von Kindern und Jugendlichen entfaltet. Das von der schwedischen Regierung im vergangenen Jahr aufgelegte und mit 1 Milliarde SEK ausgestattete „Ostsee-Programm“ soll in den kommenden Jahren bilaterale Projekte zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Ostseeregion fördern.

Dabei wird zunehmend deutlich, daß Schweden das Stichwort „Ostsee-kooperation“ auch als „label“ für die eigene (bilaterale) regionale Außenpolitik nutzt.

- **Norwegen** hat einen engagierten einjährigen Vorsitz im Ostseerat (1999/2000) absolviert und sich besonders intensiv für die Stärkung der subregionalen Kooperation im Ostseerat sowie für die Restrukturierung des Ostseerates selbst eingesetzt.

Bemerkenswert ist die im Herbst 1999 vom norwegischen Außenministerium veröffentlichte „Deutschland-Strategie“, mit der Norwegen erstmals eine eigene

Strategie bezogen auf einen europäischen Nachbarstaat formuliert hat; besondere Erwartungshaltungen ruhen dabei auf der bestehenden Partnerschaft zwischen Ost-Norwegen und Schleswig-Holstein - eine Verantwortung, der beide Partnerregionen mit eigenen Beiträgen zur Umsetzung dieser Strategie gerecht werden wollen.

- **Finnland** hat sich im Berichtszeitraum auf seine EU-Ratspräsidentschaft (2. Halbjahr 1999) konzentriert und dabei wesentlich die weitere Ausarbeitung des Konzepts der „Nördlichen Dimension der EU“ vorangetrieben, so zuletzt durch den Auftrag des EU-Gipfels in Helsinki (10./11. Dezember 1999) an die Kommission, einen entsprechenden Aktionsplan auszuarbeiten.

- In **Dänemark** ist die angelaufene Debatte mit Blick auf das für den 28. September 2000 angesetzte Referendum über den dänischen Beitritt zur Europäischen Währungsunion das beherrschende Thema. Das ostseepolitische Engagement der dänischen Regierung ist vor allem auf die Stärkung von Fördermöglichkeiten für Projekte der subregionalen Kooperation ausgerichtet; so hat die dänische Regierung aus nationalen Mitteln hierfür 5 Millionen DKK bereitgestellt.

Hauptaugenmerk ist daneben der weitere Ausbau und die Stärkung der Öresund-Region, die mit der Eröffnung der Öresund-Brücke am 01. Juli 2000 einen weiteren Höhepunkt erfährt. Bemerkenswert ist zudem das dänische Engagement, vor allem im skandinavischen Raum die politische Wahrnehmung für die besondere Situation Kaliningrads zu stärken.

- In den **Baltischen Staaten** stehen unverändert die Bemühungen um die Anpassung an EU-Standards und den Aufbau effizienter demokratischer Institutionen sowie einer funktionierenden Marktwirtschaft im Vordergrund. Gleichzeitig beginnt jedoch die Zustimmung der Bevölkerung zum Ziel der EU-Mitgliedschaft zu sinken; Ursache sind die immer spürbarer werdenden Folgewirkungen des damit verbundenen Transformationsprozesses.

Die infolge der Krise in Russland zuletzt stark abgeschwächte wirtschaftli-

che Wirtschaftsentwicklung hat sich mit Beginn des 2. Halbjahrs 1999 wieder erholt.

Parallel zu der noch ausstehenden und von der EU im Rahmen der Beitrittsverhandlungen angemahnten Regionalisierung innerhalb der baltischen Staaten zeichnet sich ein wachsendes Interesse an subregionaler Kooperation im Ostseeraum ab; Beleg dafür ist, dass mit Kaunas (1999), Pärnu (2000) und Riga (2001) alle aktuellen BSSSC-Konferenzen in den baltischen Staaten stattfinden (werden).

- In **Polen** hat sich die im letztjährigen Ostseebericht (Drs. 14/2289) dargestellte Stärkung der neuen Wojewodschaften weiter gefestigt. So ist unter den 16 Wojewodschaften mit Zustimmung der Warschauer Regierung eine Arbeitsteilung vereinbart worden, nach der sich im Rahmen der neuen Zuständigkeiten für interregionale Kooperation die Wojewodschaft Pomorskie/Pommern gezielt um die Ostseeregion kümmert. Dem entspricht auch die Übernahme zentraler Verantwortungen im Rahmen von BSSSC.
- Die **Russische Föderation** ist unverändert von der anhaltenden wirtschaftlichen und politischen Krise gekennzeichnet. Demgegenüber setzt Russland ein bemerkenswertes Interesse in die Umsetzung der „Nördlichen Dimension“: Unabhängig vom aktuellen Stand der Beziehungen zwischen der EU und Russland spricht sich Moskau offen für die wirtschaftliche Anbindung Nordwest-Russlands an den Ostseeraum aus; bislang unvorstellbar hat Rußland zudem gemeinsam mit Litauen Vorschläge für grenzüberschreitende Projekte mit der Region Kaliningrad unterbreitet, die im Rahmen der „Nördlichen Dimension“ umgesetzt werden sollen.
- **Deutschland** hat sein Engagement vor allem im Ostseerat (CBSS) nachhaltig verstärkt. Die gestiegene Wahrnehmung, dass Ostseekooperation für Deutschland nicht nur regional von Bedeutung ist, kam nicht zuletzt beim Treffen des Bundeskanzlers mit den nordischen EU-Regierungschefs Anfang Januar in Kiel zum Ausdruck; bestätigt wurde dies durch die gemeinsame Sitzung von Kabinettsausschüssen der Bundes- und der Landesregie-

rung am 12. Januar in Kiel.

Dem entspricht auch, daß der Bundeskanzler im Mai in Norwegen und im Juni 2000 in den baltischen Staaten Besuche abgestattet hat.

Beim Ostseegipfel in Kolding (12./13. April 2000) hat der Bundeskanzler nachdrücklich die gestiegene Bedeutung der Ostseeregion und der Ostseekooperation für Deutschland unterstrichen. Der dem Ostseerat (CBSS) erteilte Auftrag, die im Ostseeraum entwickelten Kooperationen auf Regierungsebene verstärkt zu koordinieren, wird vor allem von dem im Juli 2000 beginnenden deutschen Ostseerats-Vorsitz umzusetzen sein.

3. Schleswig-Holsteins Ostseepolitik: Wettbewerbsfähigkeit im Europa der Regionen stärken

Angesichts der sich rasch ändernden Rahmenbedingungen im Ostseeraum (vgl. *Ostseebericht 1997/1998, Drs. 14/ 1638*) ist Ostseekooperation unverändert die **strategische Leitidee** zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Dies gilt im Großen - nur gemeinsam wird die Ostseeregion im Wettbewerb der europäischen Großregionen um Handelsströme und Standortentscheidungen bestehen können. Dies gilt im Kleinen - nur wer kooperationsfähig ist, kann auch konkurrenzfähig bleiben.

Dies gilt auch im Innern: Regionen müssen in der Lage sein, ein Netzwerk zwischen politischen, wissenschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Akteuren zu schaffen und aufrecht zu erhalten. Zugleich bleibt die Erreichbarkeit einer Region auch in der Informationsgesellschaft ein entscheidendes Kriterium: Die gestiegene Mobilität von Personen und Gütern erfordert von Regionen den Anschluss an internationale Verkehrsdrehscheiben und entwickelte Hinterlandverbindungen.

Auch mit Blick auf die gesamteuropäische Entwicklung gilt es, die Ostseepolitik des Landes kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dazu zählt auch, mit eigenen Initiativen zur Weiterentwicklung der Ostseekooperation beizutragen, die sich auf ihre veränderte Rolle nach der bevorstehenden EU-Osterweiterung einstellen muß (vgl. *hierzu ausführlicher Ziffer 4.*).

Grundsätzlich ist daher die **Präsenz des Landes** im Ostseeraum zu sichern. Dies schließt die aktive Mitarbeit in den wichtigsten Ostsee-Institutionen ein (BSSSC, Ostsee-Fachministerkonferenzen, Ostsee-Parlamentarierkonferenz, norddeutsche Beteiligung im Ostseerat).

Zugleich gilt es, die **Pflege politischer Kontakte** im Ostseeraum durch Besuchsreisen der Ministerpräsidentin, von Fachministern sowie des Landtages fortzusetzen. Im Berichtszeitraum zählten dazu die Reisen der Ministerpräsidentin nach Danzig, Helsinki, Vaasa und Tallinn (September 1999), die Reisen des Wirtschaftsministers nach Schweden (August

1999), Polen (Oktober 1999) und Oslo (April 2000) sowie der Ministerin für ländliche Räume nach Estland (Juni 2000). Das Renommee des Landes nachhaltig gestärkt hat auch das Treffen des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs Schwedens, Finnlands und Dänemarks Anfang Januar 2000 in Kiel.

Darüber hinaus soll das entwickelte Netzwerk der schleswig-holsteinischen Ostseekooperation weiter ausgebaut werden:

3.1. Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum

Mit dem Ziel der Vernetzung Schleswig-Holsteins im Ostseeraum hat das Land seit 1992 kontinuierlich ein beispielhaftes Netzwerk von Partnerschaften mit ausgewählten Regionen im Ostseeraum aufgebaut. Die formellen Grundlagen und Strukturen sind in den vergangenen zwei Jahren überwiegend erneuert worden. (vgl. *hierzu ausführlicher Anlage 2*)

Hauptaufgabe der nahen Zukunft wird sein, im Rahmen dieser Partnerschaften konkrete Kooperationsprojekte zu vereinbaren, die auch eine erfolgreiche Inanspruchnahme verfügbarer EU-Förderinstrumente (insbesondere INTERREG III B) ermöglichen.

▮ Norwegen

Höhepunkt der Partnerschaft mit der Region Eastern Norway County Network (Østlands Samarbeidet) war im Berichtszeitraum die von der Wirtschaftsförderung (WSH) in Kiel arrangierte Wirtschaftspräsentation „Expinnova“ im Oktober 1999. Beide Partnerregionen wollen die norwegische „Deutschland-Strategie“ nutzen, um sich gemeinsam als „Kompetenzzentrum“ für deutsch-norwegische Beziehungen zu etablieren. Zwischen den Partnerregionen ist ein Abgleich möglicher Projektideen vereinbart worden, die zu gemeinsamen Projektanträgen unter INTERREG III B (Ostsee, Nordsee) führen können.

▮ Finnland

Im Mittelpunkt der aktuellen Kooperation mit den westfinnischen Partnerregionen steht die Ausgestaltung des „Finnland-Schwerpunktes“ des

Schleswig-Holstein-Musik-Festivals 2001. Gleichzeitig unterstützt Schleswig-Holstein die finnischen Partnerregionen in ihren Bemühungen, sich verstärkt in weitere Kooperationsnetzwerke einzubringen; insbesondere die Partnerschaft mit Eastern Norway County Network verspricht, weitere multilaterale Kooperationsprojekte zu ermöglichen. Verstärkt sollen EU-Förderprogramme für gemeinsame Projekte genutzt werden.

▮ Schweden

Über das INTERREG II C-Projekt STRING (vgl. Ziffer 3.2) entwickeln sich neue Ansätze für Kooperationen mit Südschweden. Schleswig-Holsteins Partnerregion SydSam - der Zusammenschluß der südschwedischen Regionen - ist zur Zeit erheblich mit der Umsetzung der Modellphase der schwedischen Regionalreform befaßt (vgl. hierzu *Ostseebericht 1998/1999 - Drs. 14/ 2289*); dies gilt insbesondere für die beiden Teilzentren SydSams, die Region Skane und Kalmar län.

Vor diesem Hintergrund liegt das Hauptaugenmerk darauf, die „Gemeinsame Erklärung über die regionale Zusammenarbeit“ aus dem Jahre 1995 zu überarbeiten und inhaltlich neu auszurichten.

▮ Dänemark

Vor dem Hintergrund der historisch gewachsenen grenzüberschreitenden Beziehungen kommt der praktischen Projektförderung in der Programmphase INTERREG III A (2000 - 2006) besondere Bedeutung zu. Bereits in der abgelaufenen Programmphase (1994-99) konnten in den drei deutsch-dänischen Kooperationsräumen (Landesteil Schleswig/Sønderjyllands Amt, Region K.E.R.N./ Fyns Amt und Ostholstein/Lübeck/ Storstrøms Amt) insgesamt rund 68 grenzüberschreitende Projekte mit einem INTERREG II A-Fördervolumen von 18,8 Mio. EURO bewilligt werden; für die Programmphase 2000-2006 (INTERREG III A) stehen insgesamt Fördermittel in Höhe von rund 32 Mio. EURO für grenzüberschreitende Projekte in den drei Kooperationsräumen zur Verfügung.

Vereinbart ist eine engere Zusammenarbeit zwischen den drei deutsch-dänischen INTERREG-Regionen, die in gemeinsamen Handlungsfeldern auch vernetzte Kooperationsprojekte zwischen den Kooperationsräumen ermöglichen soll (einschließlich der INTERREG III A-Region Öresund).

Damit können Projektförderungen über die Entwicklung der jeweiligen deutsch-dänischen Grenzregion hinaus zur Stärkung der Netzwerke in der „Region Südliche Ostsee“ (vgl. Ziffer 3.2.) beitragen. Insgesamt strebt die Landesregierung eine stärker strategisch ausgerichtete Zusammenarbeit mit den dänischen Nachbarregionen an, die über die engere Grenzregion hinausreicht und wie sie bereits mit Storstrøms Amt im Rahmen des STRING-Projektes praktiziert wird.

▮ Polen

Im Mittelpunkt der Partnerschaft mit der Wojewodschaft Pomorskie/Pommern steht die Unterstützung der Wojewodschaft bei der Entwicklung der neu übertragenen regionalen Kompetenzen mit Blick auf den kommenden EU-Beitritt Polens (Regionalplanung, Verwaltung der EU-Strukturfonds); den Hospitationsangeboten des Hanse-Office kommt daher eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Gleichzeitig gibt es starke Interessen in Gdansk/Danzig, die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit der Region Kaliningrad (s.u.) um die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Wojewodschaft zu ergänzen. Auch im Rahmen der neu übernommenen Funktionen innerhalb von BSSC (vgl. Ziffer 2.3.) wird das Land die Partnerregion unterstützen.

▮ Russische Föderation

Die Beziehungen des Landes zum Oblast Kaliningrad wurden im Jahr 1999 auf eine neue Grundlage gestellt. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit steht die Unterstützung für die Kalininger Gebietsverwaltung, sich mit Blick auf die Perspektiven und Herausforderungen als „russische Exklave im europäischen Binnenmarkt“ gegenüber der Ostseeregion, aber auch bei der Europäischen Kommission Gehör

zu verschaffen.

So konnten auf Einladung der Landesregierung im Februar 1999 der Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen der Gebietsverwaltung und der Leiter der Vertretung des russischen Außenministeriums in Kaliningrad im Februar 1999 Gespräche mit Vertretern der Europäischen Kommission in Brüssel führen.

Darüber hinaus hat die Landesregierung mit Vertretern von Institutionen Kaliningrads im November 1999 im Rahmen eines Workshops eine Reihe von Projekten vereinbart, deren Verwirklichung vorwiegend von den tatsächlichen Nutzbarkeiten des derzeit in der Überarbeitung befindlichen TACIS-Programms der EU abhängt.

B Baltische Staaten

Die partnerschaftlichen Beziehungen zu den baltischen Staaten stützen sich - in Ermangelung adäquater regionaler Kooperationspartner - vorwiegend nicht auf formalisierte Abkommen. Aktuelle Ausnahmen sind das Twinning-Projekt mit Estland im Bereich der Justiz, die Ausbildungs- und Beratungshilfen der Landespolizei in Estland und Lettland sowie die im laufenden Jahr zu überarbeitenden „Gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit im Agrarbereich“ zwischen dem MLR und Estland bzw. Lettland; aus der etablierten Zusammenarbeit im Agrarbereich können sich gemeinsame Projekte entwickeln, die mit Hilfe des neuen EU-Programms SAPARD zur Heranführung der Agrarverwaltungen an EU-Standards dienen.

B Öresund-Region

Mit der Eröffnung der Öresund-Brücke am 01.07.2000 erfährt die Entwicklung der Öresund-Region einen weiteren Höhepunkt. Mittlerweile gelingt es dem Großraum Kopenhagen/Malmö zusehends, das Interesse von Industrie und Unternehmen auf sich zu ziehen. Gleichzeitig gelingt es den Akteuren in der Region in zunehmendem Maße, die Strukturen und Institutionen innerhalb der Öresund-Region aufeinander auszurichten. Diese dynamische Entwicklung auf die „Region Südliche Ostsee“ auszudehnen ist Ziel des

INTERREG II C-Projekts STRING
(siehe hierzu Ziffer 3.2.).

Das Netz der **Schleswig-Holstein-Büros** im Ostseeraum leistet wertvolle Arbeit zur Unterstützung der Partnerschaften des Landes, die mittlerweile unverzichtbar geworden ist. Als Informations- und Vermittlungsstelle vor Ort unterstützen sie die praktische Projektarbeit; als „Botschafter des Landes“ leisten sie mit ihren Kontakten zugleich wertvolle Unterstützung bei der Anbahnung neuer Projekte.

Die bislang bis Ende 2000 befristete Regelung für die Büros in Malmö, Gdansk/Danzig und Tallinn ist um weitere drei Jahre verlängert worden. Um die Präsenz Schleswig-Holsteins im Ostseeraum zu intensivieren, wird das Netz der Schleswig-Holstein-Büros weiterentwickelt: So soll das Büro in Malmö neu organisiert und auf die Öresund-Region ausgerichtet werden und das bislang nur bezuschusste „Hanse-Büro“ in Kaliningrad in ein Schleswig-Holstein-Büro umgewandelt werden; in Vilnius (Litauen) wird ein neues Schleswig-Holstein-Büro in Kooperation mit der neuen DIHT-Vertretung eingerichtet. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein (WSH) ist mit der Deutsch-Norwegischen Handelskammer (DNHK) in Oslo in eine vorerst befristete Projektkooperation eingetreten, damit über die DNHK die schleswig-holsteinischen Unternehmensinteressen insbesondere mit Blick auf Ost-Norwegen vertreten werden können.

Auch mit Blick auf die Partnerschaften hat sich das **Hanse-Office** erfolgreich als „Zentrum der Ostseekooperation in Brüssel“ etabliert. Hier arbeiten z.Z. als Kooperationspartner Repräsentanzen von Syd-Sam, der West-Finland Alliance, Kopenhagens, Sønderjyllands, Fyns Amt, Frederiksborgs und Nordschwedens mit dem Hanse-Office zusammen. Mitarbeitern einzelner Partnerregionen Schleswig-Holsteins (Pomorskie, Kaliningrad) stellte das Hanse-Office Hospitationsplätze zur Verfügung.

3.2. 14 Leitprojekte: Schleswig-Holsteins Position in der Ostseeregion stärken

Um die Chancen Schleswig-Holsteins in der Ostseeregion auch angesichts der sich rasch ändernden Rahmenbedingungen im Ostseeraum (vgl. *Ostseebericht 1998, Drs. 14/1638*) dauerhaft sichern und nutzen zu können, hatte die Landesregierung im Juli 1998 **14 Leitprojekte** beschlossen, die (weiter) verfolgt werden und in enger Partnerschaft mit Wirtschaft und Gesellschaft verwirklicht werden sollen; zugleich sollen sie auch im Rahmen der EU-Förderung durch das Land **Priorität** genießen.

Ende 1998 hatte die Ministerpräsidentin namhafte Persönlichkeiten des Landes zu Mitgliedern im neuen „**Initiativkreis Ostsee**“ berufen. In bislang drei Sitzungen hat der Initiativkreis die Themenkomplexe „Entwicklungskonzept Südliche Ostsee“, „Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein/Sønderjylland“, „Verkehrsplanungen“, „Informationsgesellschaft“, „Hochschulkoooperation“ sowie „Zukunftsfähige Energieversorgung“ im Ostseeraum erörtert.

Der Katalog der 1998 beschlossenen Leitprojekte ist nicht abschließend, sondern auch als Anregung zur Diskussion gedacht, wie in einer Allianz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft **strategische Ausrichtungen** zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes verabredet und umgesetzt werden können. Die Leitprojekte sollen nach Möglichkeit bis Mitte 2002 abgeschlossen und umgesetzt werden.

Für den Berichtszeitraum sind folgende Fortschritte und Entwicklungen zu verzeichnen, wobei hier nicht alle Einzelmaßnahmen aufgelistet werden können:

P Entwicklungskonzept „Südliche Ostsee“:

Gemeinsam wollen Schleswig-Holstein, Hamburg, die Öresund-Region, Süd-Schweden und Süd-Dänemark die Chance nutzen, als „Entwicklungszentrum südliche Ostsee“ zu einer der dynamischsten Regionen im Ostseeraum zu werden.

Dafür wurde das INTERREG II C-Projekt **STRING** („South-Western Baltic Sea TransRegional Area - Inventing New Geography“) gemeinsam erarbeitet und vom Steering Committee INTERREG II C (Ostsee) genehmigt (Fördervolumen:

722.000 EURO; Gesamtvolumen: 1,444 Millionen EURO). (vgl. *Ostseebericht 1999, Drs. 14/2289*).

Seit der Konstituierungsphase zu Jahresbeginn 1999 haben die Projektpartner Schleswig-Holstein, Hamburg, Öresund-Region, Storstrøms Amt und Vestsjællands Amt Arbeitsstrukturen aufgebaut, an denen rund 100 Fachleute aus Universitäten, Handelskammern, Gewerkschaften, Verkehrs- und Umweltverbänden, regionalen und kommunalen Behörden der STRING-Region zusammenarbeiten. Die Zielsetzungen des Projekts im Kontext nachhaltiger Entwicklung wurden von politischen Vertretern der Partnerregionen im Januar 2000 in Roskilde (Dänemark) erneut bekräftigt:

- Die bestehenden **gemeinsamen Potenziale und Ressourcen** zu einer gemeinsamen Strategie zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit im beschleunigten globalen Innovationsprozess zusammenzuführen.
- Gemeinsame Strategien zur partnerschaftlichen **Stadt-Land-Beziehung** und zur Entwicklung von polyzentrischen Strukturen sollen die Attraktivität und wirtschaftliche Entwicklung der ländlicher geprägten Räume in der STRING-Region steigern.
- Zur **Stärkung nachhaltiger Mobilität** müssen - in Ergänzung zu den neuen bzw. geplanten festen Querungen in der Region - interregionale Netzwerke entwickelt werden, die die interne Erreichbarkeit ebenso stärken wie die externen Verbindungen der Region (z.B. Oslo, Stockholm, Berlin).

Die Expertenberatungen in den Thematischen Arbeitsgruppen haben ergeben, dass die STRING-Region **erhebliche Potenziale** aufweist. Um in der Konkurrenz der europäischen Regionen vorn zu sein, ist aber eine Überwindung der heutigen Schwächen erforderlich. Eine dieser Schwächen ist die unterentwickelte Zusammenarbeit zwischen den Partnern auf verschiedenen, strategisch wichtigen Gebieten.

Neben der nachhaltigen Bewältigung der zunehmenden Transitverkehre in der Region, wofür eine feste Fehmarn-Belt-Querung als unerlässlich angesehen wird, kann auch die **polyzentrische Struktur**

der Region mit den beiden Metropolen Hamburg und Kopenhagen/Malmö sowie mit den ländlichen Räumen mit erheblichen Entwicklungspotenzialen als Pluspunkt für die zukünftige Entwicklung gelten.

Auf einer gemeinsamen Tagung Anfang Mai in Ystad/Schweden wurden die **strategischen** Felder einer intensiveren Kooperation festgelegt, auf denen nunmehr gemeinsame Aktionen erarbeitet werden sollen: Entwicklung des Humankapitals und Schaffung einer „Lerngesellschaft für jeden“, Förderung der Mobilität von Menschen, Wirtschaftsentwicklung im Bereich der „New Economy“, Intensivierung der Kooperation und des Austausches auf dem Gebiet der Wissensökonomie sowie Förderung des kulturellen Reichtums.

Diese Felder werden das transnationale Entwicklungskonzept strukturieren, das die STRING-Projektpartner bis Sommer 2001 vorlegen wollen.

► Schleswig-Holsteins Weg in die internationale Wissensgesellschaft:

Angesichts des zunehmend rascher werdenden Wandels der Strukturen der beruflichen Arbeit gilt es, die Fähigkeit zu vermitteln und zu erwerben, weltweit verfügbares Wissen nutzen und sich international bewegen zu können. Auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes ebenso wie der Beschäftigungschancen der jungen Generation zielen:

- **Fremdsprachenbegegnung in der Grundschule** in den Sprachen Englisch und Dänisch (an einzelnen Schulen auch Französisch) wird mittlerweile an jeder dritten Grundschule in Schleswig-Holstein (195) in der 3. und 4. Klassenstufe angeboten; die flächendeckende Einführung ist ab dem Schuljahr 2002/2003 geplant.
- Die Zahl der Schulen mit **bilinguaalem Unterricht** hat sich - bei moderater zusätzlicher Planstellenausstattung - weiter erhöht: Im Schuljahr 1998/99 bieten 16 Gymnasien und 5 Realschulen bilinguale Unterrichtsangebote in englischer Sprache an; im Schuljahr 2000/2001 kommt ein weiteres Gymnasium hinzu.
- Im Rahmen der traditionell bestehen-

den **Schulpartnerschaften** im Ostseeraum hat sich die Zahl der aktiv beteiligten Schulen auf 226 ausgeweitet.

- Die im Jahre 1999 sehr erfolgreich begonnenen Projekte **„Schulen ans Netz“** (im Rahmen des Investitionsprogramms „Arbeit, Bildung, Innovation“) und **„Schulen im Netz“** (im Rahmen der Initiative Multimedia Schleswig-Holstein und der Deutschen Telekom AG) werden in diesem Jahr fortgeführt. Der ebenfalls 1999 eröffnete **Landesbildungsserver** (<http://www.lernnetz-sh.de>) als regionale Internet-Plattform für alle an Bildung Interessierte wird in diesem Jahr weiter ausgebaut; nach seiner Anfangsphase verzeichnet er inzwischen etwa 30.000 Zugriffe täglich.

- **Verkürzung der Schul- und Studienzeiten:** Überlange Schul- und Ausbildungszeiten mindern die Chancen der nachwachsenden Generation, sich in der internationalen Konkurrenz zu behaupten. Daher wird Schleswig-Holstein das Abitur bei Wahrung der Standards auch nach 12 Jahren möglich machen; beginnend zum Schuljahr 2001/2002 werden unterschiedliche Modellversuche an verschiedenen Orten für den Erwerb des Abiturs nach 12-jähriger-Schulzeit als Angebot an schnell lernende Schülerinnen und Schüler mit einem breiten Begabungsspektrum durchgeführt werden.

Die traditionell guten Verbindungen der schleswig-holsteinischen **Hochschulen** mit Partnern im Ostseeraum haben mit drei Projekten neue Schwerpunkte erhalten (vgl. *Ostseebericht 1998/1999, Drs. 14/2289*):

- **„Baltic Sea Virtual Campus“:** Aus der von der Fachhochschule Lübeck formulierten Idee einer „Virtuellen Fachhochschule“ ist auf gemeinsame Initiative mit der Landesregierung ein Unterprojekt zu STRING entwickelt worden: Gestützt auf gemeinsame Projektvorarbeiten mit mehreren süd-schwedischen Universitäten soll im Laufe des Jahres 2000 das Konzept zum Aufbau eines „Baltic Sea Virtual Campus“ erarbeitet werden; Ziel ist der Aufbau Internet-basierter und Multimedia-gestützter transnationaler Bildungs- und „Life-long learning“-Angebote im Ostseeraum. Für dieses Projekt wur-

den 50.000 EURO aus INTERREG II C bewilligt (Gesamtvolumen: 100.000 EURO).

- Aus der Ostsee-Initiative der Christian-Albrechts-Universität „**Science without frontiers**“ hat sich im Berichtszeitraum die geplante Kooperation der Medizinischen Fakultäten in Kiel, Lund und Kopenhagen erfolgreich entwickelt.

Nach dem Start in Kopenhagen 1999 wird die „Baltic Summer School 2000“ in Kiel stattfinden; über einen Zeitraum von vier Wochen werden junge Forscherinnen und Forscher in theoretischen und praktischen Laborkursen in aktuellen Medizinthemen auf hohem Niveau geschult. Darüber hinaus ist ein Austausch von Dozenten und Studierenden vereinbart.

Das im letztjährigen Bericht angekündigte Projekt zur Entwicklung von multimedialen Lehr- und Lernmethoden im Bereich der Medizin wurde von der EU-Kommission als förderungswürdig eingestuft, konnte aber aufgrund unzureichender Fördermittel nicht bewilligt werden. Eine erneute Antragstellung findet in diesem Jahr statt.

- Die aus der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG- A geförderten grenzüberschreitenden **bilingualen deutsch-dänische Studiengänge** der Universität Flensburg und der Süddänischen Universität Sønderborg „Betriebliche Bildung und Management“, „Kultur- und Sprachmittler“ und „Energie- und Umweltmanagement“ haben sich erfolgreich etabliert und stärken auch die Standortattraktivität der dänisch-deutschen Grenzregion.

P Nachhaltige, umweltverträgliche Entwicklung der Ostseeregion:

Das Leitbild einer nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung gewinnt für den Ostseeraum zunehmend an Bedeutung. Darin liegen erhebliche Zukunftspotentiale und große Chancen für die wirtschaftlich-technische und gleichzeitig umweltverträgliche Entwicklung. Innerhalb der EU kommt der Ostseeregion dabei sogar Modellcharakter bei der großräumigen und international abgestimmten Umsetzung dieses Leitbildes zu.

Ein entsprechender Ansatz findet sich in der **regionalen Agenda 21 für den Ostseeraum (BALTIC-21)**, die im Juni 1998 vom Ostseerat verabschiedet wurde. Im Rahmen eines Workshops der Landesregierung im Oktober 1999 wurden Anknüpfungspunkte und Umsetzungsbeiträge für Schleswig-Holstein diskutiert. Die dort erarbeitete Maßnahmenliste für schleswig-holsteinische Beiträge wird derzeit fortentwickelt. Für prioritäre Maßnahmen werden die internationalen Kooperationskontakte aufgebaut.

Schleswig-Holstein ist mittlerweile in der internationalen Steuerungsgruppe für die Umsetzung der Baltic 21 als Repräsentant der BSSSC vertreten. Den Sitz nimmt das Umweltministerium wahr und nutzt die daraus erwachsenden Vernetzungs- und Einflussmöglichkeiten auch für Schleswig-Holstein.

Im April 2000 haben Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern einen gemeinsamen Beschlussvorschlag in der Umweltministerkonferenz durchgebracht, in dem die Bundesregierung u. a. zu einer engagierteren Unterstützung der norddeutschen Anrainerländer bei den Bemühungen zur Umsetzung der Baltic-21 aufgefordert wird; zugleich wird die Bundesregierung gebeten, die besonderen Potentiale der Baltic-21 bei den laufenden Aktivitäten zur Erarbeitung einer deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu berücksichtigen.

Das EU-geförderte **Projekt SEMLA** („Strategies for Eco-Management among Local and Regional Authorities, Organisations and Enterprises in the Baltic Sea Area“) zur Förderung des Umweltaudits im Ostseeraum wurde in der ersten Phase Ende 1999 erfolgreich abgeschlossen. In der zweiten Phase sollen die aufgebauten Kooperationen zwischen den Fachhochschulen Lübeck, Kalmar und Danzig systematisch ausgebaut und für die betriebliche Praxis genutzt werden.

Im Rahmen von INTERREG II C wurde das **Projekt Baltic Eutrophication Network (BERNET)** entwickelt. Es handelt sich um eine Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Dänemark (Fünen), Estland (Pärnu), Russland (Kaliningrad), Polen (Danzig), Finnland (Vaasa) und Schweden (Bostad/Laholm) zur Verringerung der Nährstoffeinträge in Küstengewässer durch einen Vergleich der angewandten

Planungsinstrumente in den Bereichen Abwasserbeseitigung, Raumplanung, Küstengewässermonitoring, Management von Feuchtgebieten und Landwirtschaft und den Transfer der darin in den jeweiligen Ländern bereits bestehenden Erfahrungen. Ziel ist die gemeinsame Entwicklung konkreter Projekte und damit die Umsetzung der in dieser Zusammenarbeit gewonnenen Erfahrungen in die Praxis.

► Bündelung von kulturellen Großereignissen, stärkere Vernetzung im Ostseeraum:

Schleswig-Holstein verfügt über vielfältige attraktive kulturelle Großereignisse wie etwa das Schleswig-Holstein Musik Festival, die Kieler Woche, die Aktivitäten von Ars Baltica, die Nordischen Filmtage oder die Nordischen Literaturtage. Eine bessere Präsentation, Abstimmung und Vermarktung über Schleswig-Holstein hinaus bietet Chancen auch für die stärkere Profilierung des Landes im Ostseeraum.

An dem Ausbau von **Ars Baltica** zu einem funktionsfähigen internationalen Netzwerk der Kultur im Ostseeraum wird weiterhin gearbeitet; einen entsprechenden Auftrag hat das Ars Baltica-Organisationskomitee im Oktober 1998 erteilt und 1999 nochmals bekräftigt. In der 4. Konferenz der Ostsee-Kulturminister (September 1999, Gdansk/Danzig) hat Norwegen vorgeschlagen, Ars Baltica organisatorisch an den Ostseerat (CBSS) anzugliedern; diesen Vorschlag haben die norddeutschen Kulturminister aufgegriffen und gegenüber der Bundesregierung mit Blick auf den deutschen Vorsitz im Ostseerat unterstützt.

Im Rahmen dieser Reorganisation sollen auch die ostsee-bezogenen schleswig-holsteinischen Kulturaktivitäten verstärkt koordiniert und das Ars-Baltica-Zentrum Salza zu Anlaufstelle und zum Begegnungsort für die Kultur des Ostseeraumes ausgebaut werden.

Möglichkeiten der **Bündelung der Werbe- und Marketingstrategien** der kulturellen Großereignisse in Schleswig-Holstein und deren Verknüpfung mit einer Imagestrategie Schleswig-Holsteins werden derzeit geprüft.

► Sicherheitskooperation im Ostsee-

raum:

Nach dem schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen der EU (Schengener Abkommen), insbesondere im Hinblick auf die im April 2001 zu erwartende Grenzöffnung nach Dänemark und damit zu den skandinavischen Staaten sowie die sich abzeichnende Aufnahme osteuropäischer Staaten in die EU ist eine Weiterentwicklung der Sicherheitskooperation im Ostseeraum von wesentlicher Bedeutung.

Schleswig-Holstein intensiviert daher weiterhin - auf der Grundlage bilateraler Vereinbarungen - seine polizeiliche Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verwaltungen der baltischen Staaten, Polens, Russlands sowie Dänemarks, Schwedens und Finnlands. Dabei werden als Ziele insbesondere eine wirksamere Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Menschenhandel, internationaler Rauschgiftkriminalität, Schleusungskriminalität und internationaler Kraftfahrzeugverschiebung angestrebt.

Im Herbst 1999 tagte in Lübeck die „**Task Force on Organized Crime**“ des Ostseerates zum ersten Mal gemeinsam mit dem von ihr eingesetzten „Operative Committee“ (OPC). Erstmals wurden an diesen Sitzungen auch die Landespolizeien Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns beteiligt. Die Landespolizei wird sich auch 2000 an der Arbeit des OPC sowie an internationalen Maßnahmen und Kontrollaktionen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität im Ostseeraum beteiligen.

In Zusammenarbeit mit Dänemark hat die Polizeidirektion Nord im Jahr 2000 ein dreijähriges **grenzüberschreitendes deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt** begonnen, das aus INTERREG II A mit rd. 500.000 DM gefördert wird (u.a. Sprachkurse, Erarbeitung eines Handbuchs über Aufgaben, Zuständigkeiten und Arbeitsweisen der Polizeidienststellen). Dieses Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der in den vergangenen Jahren aufgebauten praktischen grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit.

► Begegnung der Jugend stärken:

Auch als Beitrag zur Umsetzung der Aktionsprogramme des Ostseerates von Kal-

mar soll die Jugendbegegnung im Ostseeraum nachhaltig gestärkt werden. Um die Zusammenarbeit der Jugendverbände im Ostseeraum zu unterstützen, unterhält das Land seit Jahren das **Ostseejugendbüro** (beim Landesjugendring Schleswig-Holstein).

Finanziert von Deutschland, Schweden und Finnland ist im vergangenen Jahr das **Ostsee-Sekretariat für Jugendangelegenheiten** in Kiel eingerichtet worden. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, an der u.a. auch BSSSC teilgenommen hat, wurde zunächst eine Studie über die bestehenden Finanzierungsquellen für Jugendprojekte und -programme erarbeitet.

Vorbereitet und organisiert hat das Sekretariat die **„Conference for Baltic Sea Youth-Co-operation“** (Konferenz für Ostsee-Jugend-Zusammenarbeit, 15.-18. Juni 2000, Lübeck); unterstützt wurde die Konferenz von der für Jugendangelegenheiten zuständigen Generaldirektion der EU-Kommission. Vertreter von Jugendministerien, Jugendringen und -verbänden sowie von Jugendprojekten rund um die Ostsee diskutierten gemeinsam Möglichkeiten zur Intensivierung der Zusammenarbeit.

Geprüft werden sollen Möglichkeiten zur Schaffung eines verbilligten Fährtickets (**Baltic Sea Ferry Ticket**), das Jugendlichen oder zumindest Jugendgruppenleitern Ermäßigungen bei Fahrreisen ermöglicht. Ebenso sollen Vorschläge zur Überwindung der in der Studie belegten Lücken und Ungleichgewichte bei der Förderung des Jugendaustauschs und der Jugendbegegnung im Ostseeraum erarbeitet werden. Bereits 1997 hatte BSSSC hierzu den Vorschlag unterbreitet, eine gemeinsame Ostseejugendstiftung (**Baltic Sea Youth Foundation**) ins Leben zu rufen.

► Zukunftsfähige Energieversorgung im Ostseeraum:

Zukunftsfähige Energieversorgung ist für eine nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum von großer Bedeutung. Hier kann Schleswig-Holstein seine Potentiale v.a. in den Bereichen Bildung und Kommunikation im Energiesektor sowie Know-how-Transfer in den Bereichen erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung und ressourcensparendes Bauen einbringen.

An der Bildungswissenschaftlichen Universität Flensburg ist seit dem Wintersemester 1997/98 gemeinsam mit der Süddänischen Universität Sønderborg ein **deutsch-dänischer Studiengang „Energie- und Umweltmanagement“** aufgebaut worden (BWH Flensburg und Handelshøjskole). Mit dem nunmehr abgeschlossenen Aufbau des Studienganges besteht auch eine Grundlage für den Ausbau der Zusammenarbeit mit Dänemark im Ostseeraum.

Der Know-how-Transfer konzentriert sich derzeit auf zwei Schwerpunkte:

- Mit **Kaliningrad/Königsberg** soll die Möglichkeiten eines Know-How-Transfer aus Schleswig-Holstein weiterverfolgt werden. Landeshauptstadt Kiel, Stadtwerke Kiel, Energiestiftung SH und MFE loten die Möglichkeiten einer konzentrierten Unterstützung von konkreten Projekten aus. Dadurch sollen Schwachstellen in der Energieversorgung Kaliningrads beispielhaft beseitigt werden und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.
- Die Energiestiftung Schleswig-Holstein ist an zwei EU-geförderten Projekten beteiligt: **„Baltic Chain - Baltic Clearing House and Information Network“** (gefördert aus INTERREG II C) zielt auf die Unterstützung neuer Energietechnologien und Strategien zur Stimulierung von Marktprozessen und Investitionen in den Ostseeanrainerstaaten.

Darüber hinaus eröffnen beide Projekte die Chance, weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung und Energieeinsparung zu entwickeln. Vorgehen ist auch, die Entwicklung von gemeinsamen Projekten mit Partnern aus dem Ostseeraum, die durch die Europäische Union finanziert werden sollen. Erste Gespräche über Projektideen werden zur Zeit geführt.

► Informationsgesellschaft im Ostseeraum:

Ein zentraler Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins im Ostseeraum besteht im Ausbau der Informationsgesellschaft über die Landesgrenzen hinweg. Die neuen Information-

technologien sollen in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung angewendet werden.

Grundlage sind die Vorarbeiten im Rahmen der **europäischen „Regional Information Society Initiative“ (RISI)**, die im Rahmen der **Landesinitiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein** weiterentwickelt werden. Ein Projekt wird die Öffnung und Erweiterung schleswig-holsteinischer Online-Angebote hin zu einem gemeinsamen „Ostsee-Forum“ im Internet sein. Zur Umsetzung des Projektes ist eine Konzeptstudie **„Ostseeinformationssystem“** im Auftrag der Technologiestiftung Schleswig-Holstein erarbeitet worden, die zur Zeit ausgewertet wird.

Im Rahmen des Initiativkreises Ostsee sind Handlungsfelder definiert worden, in denen die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins mit Hilfe der Informationstechnologie verbessert und Kooperationsmöglichkeiten im Ostseeraum entwickelt werden sollen (u.a. Medizintechnik, Bildung, Logistik). Erste Ergebnisse sind im Laufe des Jahres 2000 zu erwarten.

Auch der geplante **Multimedia-Campus** Schleswig-Holstein wird einen Beitrag zur Ostseekooperation im Bereich Informationsgesellschaft und darüber hinaus leisten. Es soll eine Stätte für Lehre, Forschung, Entwicklung in den Bereichen Electronic-Business, Multimedia und Internet geschaffen und mit einem Park einschlägiger innovativer Unternehmen verknüpft werden. Der Multimedia-Campus soll durch die Ausbildung von Fach- und Führungskräften einen entscheidenden Impuls für die Informationsgesellschaft in Schleswig-Holstein geben und eine Multimedia-Industrie fördern, die hochwertige neue Arbeitsplätze schafft, indem sie Spitzenlösungen entwickelt, einsetzt und verkauft. Der Multimedia-Campus wird mit Hochschulen im Ausland kooperieren. Solche Kooperationen werden insbesondere im Ostseeraum angestrebt.

► Einbindung Schleswig-Holsteins in die Verkehrsströme und Verkehrsplanungen des Ostseeraums:

Die wirtschaftliche Entwicklung eines zusammenwachsenden Ostseeraums und seine Verflechtung mit Kontinentaleuropa erhöhen künftig die Zahl und Geschwin-

digkeit beim Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Schleswig-Holstein rückt dabei zunehmend in den Blickpunkt der Transportkorridore von und nach Skandinavien.

Um die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins wahren und stärken zu können, müssen deshalb mehrere strategisch bedeutsame Verkehrsprojekte gemeinsam mit Hamburg und nordeuropäischen Partnern mit Vorrang vorangetrieben werden:

- Die feste **Fehmarn-Belt-Querung** ist anhand der Untersuchungsergebnisse in einem breiten Dialog diskutiert worden. Die Landesregierung hat auf der Grundlage einer angestrebten privaten Finanzierung bereits zum Jahresende 1999 ein positives Votum beschlossen und der Bundesregierung zugestellt. Die Verkehrsminister in Kopenhagen und Berlin haben vereinbart, eine gemeinsame Grundsatzentscheidung bis zum Sommer 2000 vorzubereiten. Der Kern dieser Entscheidung wird die Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens betreffen, in dem potentielle Investoren die Möglichkeiten einer Privatfinanzierung darlegen. Auch das von schwedischen Kommunen mit Nachdruck verfolgte Projekt einer neuen Hochgeschwindigkeits-Bahntrasse (**„Europakorridor“**) mit einem Eisenbahntunnel zwischen Helsingborg und Helsingör setzt auf eine feste Fehmarn-Belt-Querung.
- Im **Eisenbahnverkehr** müssen die Engpässe auf der Jütland-Route beseitigt werden: Mit Verkehrsfreigabe der Öresund-Querung (01.07.2000) ist die Hochbrücke Rendsburg wieder zweigleisig befahrbar; für die Engpaßbeseitigung Pinneberg/Elmshorn laufen die Bauvorbereitungen. Die östliche Güterumfahrung Hamburgs muß ausgebaut werden, die Strecke Hamburg-Lübeck unter Einbeziehung der Häfen elektrifiziert werden; zur Elektrifizierung ist zwischen der Landesregierung und der Deutschen Bahn AG Ende 1999 eine Vereinbarung zum sofortigen Beginn der Planungen abgeschlossen worden.
- Im Straßenverkehr geht es um folgende Projekte:
Autobahn A 20 einschließlich Nordwest-Umfahrung Hamburgs und **fester Elb-Querung**.

Ausbau der **Verkehrskorridore Jütlandlinie und Vogelfluglinie**: laufen- der Bau der vierten Elbtunnelröhre, Ausbau der Autobahn A 7 im nördli- chen Gebiet Hamburgs sowie der A 1 im Osten Hamburgs, Ausbau der Bun- desstraße B 207 in Richtung Puttgar- den zur A 1.

Ausbau der B 404 zur vierstreifigen **Au- tobahn A 21** als leistungsfähige An- bindung des Ostseehafens Kiel zu den mittleren Landesteilen und der Metro- pole Berlin.

- Die schleswig-holsteinischen **Häfen** müssen für die Aufnahme des zusätz- lichen Ostseeverkehrs ausgebaut wer- den. Die Anbindung an das Hinterland muß weiter verbessert werden. Die Zu- sammenarbeit Hamburg - Lübeck im Bereich der Hafenwirtschaft wird ver- tieft. Das Projekt eines gemeinsamen Containerterminals ist aus der konzep- tionellen Planungsphase herausgetre- ten. In Kiel hat der weitere Ausbau des Ostuferhafens begonnen.
- Die **Regionalflughäfen** Kiel-Holtenau und Lübeck-Blankensee müssen stär- ker in das Regionalflugnetz Skandina- viens einbezogen werden.

► Schleswig-Holsteins Technologiepo- litik im Ostseeraum:

Die Nutzung internationaler Forschungs- und Entwicklungsergebnisse wird in Schleswig-Holstein vor allem für mittel- ständische Unternehmen zu einer immer wichtigeren Voraussetzung für Innovati- onen und Wettbewerb. Eine zunehmende Bedeutung kommt hier der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere mit den Partnerregionen im Ostseeraum, zu. Ge- spräche über eine engere technologiepoli- tische Zusammenarbeit (insbesondere beim Technologietransfer) wurden u.a. mit Partnerregionen in Norwegen und Däne- mark geführt; geprüft wird, ob aus diesen Kooperationsinteressen Projekte im Rah- men von INTERREG III B entwickelt wer- den können.

Die Idee eines **ostseeweiten Netzwerks von Technologietransfer-Einrichtungen** ist im Rahmen eines internationalen Kon- gresses weiter entwickelt worden, den die Technologiestiftung im Oktober 1999 zu- sammen mit einer Vielzahl von Akteuren aus Europa und Nord-Amerika unter dem

Titel „Perspectives of Change“ durchge- führt hat.

► Finanzdienstleistungen im Ostseeraum stärken:

Die Landesbank Schleswig-Holstein (LB Kiel) konnte ihre Position als „Bank des Nordens“ sowohl im General- als auch im Spezialbankengeschäft stärken. Heute ist die LB Kiel mit ein Niederlassungen in Kopenhagen und Luxemburg sowie mit Repräsentanzen in Tallinn, Stockholm, Oslo, Helsinki und London vertreten. Zur Bankgruppe gehören zudem die Gudme Raaschou Bankaktieselskab (Kopen- hagen), die LB Kiel Nordic Finance AB (Stockholm) und die PCA Corporate Finance Oy (Helsinki).

Die Investitionsbank (IB) nimmt u.a. mit der Betreuung der EU-Gemeinschafts- initiative INTERREG II C (Ostsee) wichtige Förderaktivitäten im Ostseeraum wahr; ei- ne Fortsetzung auch im Nachfolgepro- gramm INTERREG III B wird angestrebt. Im Januar 2000 eröffnete EU-Kommissar Verheugen zudem das Verbindungsbüro der Investitionsbank (IB) in Brüssel.

► Stärkung der schleswig-holsteini- schen Ernährungswirtschaft:

Um die schleswig-holsteinische Ernäh- rungswirtschaft mit ihren hochwertigen Produkten an den Märkten in Osteuropa teilhaben zu lassen, wurde trotz der nega- tiven wirtschaftlichen Entwicklung wieder die PRODEXPO im Februar 1999 in Mos- kau besucht. Da sich die Entwicklung auf einem sehr niedrigen Niveau stabilisiert hat, nahmen Firmen der Ernährungswirt- schaft auch an der **PRODEXPO** im Febru- ar 2000 teil, um den Neuaufbau der Han- delskontakte zu betreiben.

Weitere Messebeteiligungen im Jahre 1999 fanden auf der **AgroBalt** in Vilnius, Litauen und auf der **Polagra** statt. Beide Messen werden auch im Jahr 2000 wieder besucht.

Um die Firmen der Ernährungswirtschaft auf die Chancen im Ostseeraum - vor al- lem in den EU-Beitrittsländern - hinzu- weisen, führte das MLR gemeinsam mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein im Mai 2000 eine Informationsveranstaltung durch. Schwerpunktthemen waren

„Förderung und Finanzierung von Aktivitäten in den Beitrittsländern“, „Chancen des Agribusiness in den Beitrittsländern“ sowie „Erfahrungen vor Ort - Das Beispiel der Schwartauer Werke in Polen“. Eine Auswertung der Veranstaltung ist in Vorbereitung.

► Stärkung des Tourismusstandortes Schleswig-Holstein:

Der Tourismus ist für die Wirtschaftskraft des Landes von erheblicher Bedeutung und bietet auch künftig beachtenswerte Entwicklungspotentiale. Neben anderen Aufgaben gilt es, stärker als bisher neue Kundenkreise auch im Ostseeraum zu erschließen.

Die **Ausweitung der Fremdsprachenkenntnisse** im Tourismus Schleswig-Holsteins ist Bestandteil der Aktivitäten, die gemeinsam mit den Tourismusorganisationen in Schleswig-Holstein vorangetrieben werden.

Das Nordkolleg Rendsburg vermittelt im Rahmen des Projektes „**Tourismusmanagement Skandinavien**“ berufs begleitende Skandinavienkompetenz; Ziel ist, die zahlreichen Erfahrungen, Kontakte und Netzwerke des nordkolleg rendsburg mit den nordischen Staaten für den Tourismus nutzbar zu machen und zur Kompetenzvermittlung bei den hier (zukünftig) tätigen Multiplikatoren beizutragen. Das Projekt wird aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER II (ESF) gefördert.

Die Idee eines **Ostseeküsten-Radweges** befindet sich zur Zeit im Stadium der Entwicklung: In einem Workshop „Fahrradtourismus im Ostseeraum“ (November 1999, Lübeck) kamen Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Schweden und Dänemark überein, zur Vermarktung des Ostseeküsten-Radweges im Rahmen des EuroVelo-Netzes eine gemeinsame Beschreibung anzustreben. Dies gilt auch für die Vermarktung der Radfernwege „Ochsenwege“ („Hærvej“) und „Fyn-Holstein-Tour“ in Kooperation mit dänischen Partnern.

► Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein/Sønderjylland:

Der Arbeitsmarkt gehört zu den zentralen

Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa. In der Europäischen Union sollte es daher - vor allem seit dem Entstehen des Binnenmarktes - zumindest theoretisch keine Probleme mehr mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben. In der Praxis gibt es aber noch viele ungelöste Fragen, so dass auch in der deutsch-dänischen Grenzregion ein grenzüberschreitender Arbeitsmarkt bislang kaum wahrnehmbar geworden ist.

Im Rahmen einer Bestandsaufnahme sind zunächst Hindernisse identifiziert worden, die einem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt mit dem nördlichen Nachbarn Dänemark entgegenstehen. Dabei hat sich gezeigt, dass neben "harten" Hemmnissen in den durch Rechtsvorschriften geregelten Bereichen (z.B. der Steuerpflicht als auch der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung) vor allem die "weichen" Hemmnisse im Vordergrund stehen. Zu erwähnen sind in erster Linie fehlende Kenntnisse des Arbeitsmarktes im Nachbarland, unzureichende Sprach- und Kulturkenntnisse als auch mangelnde Kooperationserfahrung.

Mit dem Ziel der Förderung eines deutsch-dänischen Arbeitsmarktes sind in der Grenzregion eine Reihe von Institutionen und Initiativen tätig, unter denen insbesondere die Arbeit von EURES (European Employment Services) - eine Initiative der Europäischen Union - hervorzuheben ist. In den EURES-Gremien - der Lenkungsgruppe (Entscheidungsebene) und dem Sekretariat (Arbeitsebene) - ist das Sozialministerium (MAGS) seit Oktober 1998 mit beratender Stimme vertreten. Aus dieser Mitarbeit haben sich bereits zahlreiche Anregungen, Erkenntnisse und Aktivitäten in verschiedenen Bereichen ergeben. So ist derzeit u.a. beabsichtigt, bei zwei Einrichtungen grenzüberschreitende Maßnahmen aus dem Programm "Arbeit für Schleswig-Holstein 2000" zu fördern.

Erklärtes Ziel der Beteiligten im Grenzraum ist es, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und so zu einer "gelebten Freizügigkeit" zu kommen. Dabei besteht Klarheit darüber, dass ein Vorankommen nur in vielen kleinen Schritten möglich sein wird. Auf diesem Wege wird die Landesregierung ihren Beitrag zur Unterstützung der regionalen Akteure und damit zur Förderung der Grenzregion in Schleswig/Sønderjylland leisten.

3.3. **Norddeutsche Zusammenarbeit ausbauen: Gemeinsam im Ostseeraum gewinnen**

Kontinuierlich haben die drei norddeutschen Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ihre ostseepolitische Zusammenarbeit in den Gremien der Ostseekooperation sowie gegenüber dem Auswärtigen Amt auf- und ausgebaut. Mittlerweile genießen die drei norddeutschen Länder gemeinsam einen guten Ruf in der Ostseeregion.

Das Auswärtige Amt hat starkes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern auch mit Blick auf den deutschen Vorsitz im Ostseerat (2000/2001) bekundet; diesem Interesse sind die Länder zuletzt u.a. mit mehrfachen gemeinsamen Beiträgen zur Bestimmung der deutschen Position zur „Nördlichen Dimension“ nachgekommen.

Die daraus resultierenden Chancen müssen die Länder entschlossen nutzen: Im Interesse der gemeinsamen Wettbewerbsfähigkeit erfordern die sich ändernden Rahmenbedingungen im Ostseeraum - bei aller unvermeidlichen Konkurrenz der Länder untereinander - auch eine enge norddeutsche Zusammenarbeit.

Dies gilt zum einen mit Blick auf das entwickelte Netz der Fachkonferenzen der Ostseekooperation: In den letzten Jahren konnten sich die norddeutschen Länder überall dort erfolgreich an den deutschen Delegationen beteiligen, wo Interessen, aber auch praktische Handlungsmöglichkeiten der Länder dieses ermöglichen.

Beispielhaft für die auch bilateral enge Zusammenarbeit mit den norddeutschen Nachbarn stehen das gemeinsam mit Hamburg durchgeführte STRING-Projekt, die länderübergreifende Zusammenarbeit in der „Metropolregion Hamburg“ oder das gemeinsam mit Hamburg unterhaltene „Hanse-Office“ in Brüssel; ebenso das in enger Absprache zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein realisierte Management des EU-Programms INTERREG II C (Ostsee), das einvernehmlich zwischen den norddeutschen Ländern und dem Bund auch Nachfolgeprogramm INTERREG III B vorgeschlagen wurde .

3.4. **Aktive Beiträge zum EU-Vorbeitrittsprozeß**

Hauptinstrument der EU-Vorbeitrittsstrategie ist das EU-Programm PHARE; Partizipationsmöglichkeiten für EU-Mitgliedstaaten eröffnet das 1998 von der EU-Kommission eingerichtete Unterprogramm „PHARE Institution building“, das über zu begründende „Twinning“-Partnerschaften auf den Aufbau demokratischer und leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen zielt, die zur Umsetzung des „acquis communautaire“ befähigt werden sollen.

Schleswig-Holstein ist an diesem Programm bislang mit einem Projekt beteiligt: Das im September 1999 endgültige angelaufene, mehrjährig angelegte **Twinning-Projekt „Stärkung des Justizwesens in Estland“** („*Strengthening the Judicial System in Estonia*“) wird gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern und Estland durchgeführt; dieses Ausbildungsprojekt für Richter, Staatsanwälte und Gerichtsvollzieher wird in voller Höhe (1,032 Millionen EURO = 2 Millionen Mark) aus Mitteln des estnischen PHARE-Programms finanziert. Der zur Zeit von Schleswig-Holstein entsandte Langzeitexperte („pre-accession adviser“) wird im September 2000 planmäßig durch einen Experten aus Mecklenburg-Vorpommern abgelöst werden. (ausführlichere Darstellung des Projekts: siehe Ostseebericht 1998/1999, Drs. 14/2289)

Darüber hinaus ist die Energiestiftung im Rahmen eines Unterauftrages an einem federführend von Österreich durchgeführten Twinning-Projekt zum Aufbau von Umweltpolitik und -verwaltung in Slowenien beteiligt.

Entscheidend für künftige Projektbeteiligungen Schleswig-Holsteins an dem Twinning-Programm der EU wird sein, ob und wie die EU-Kommission ihre Ankündigung umsetzt, verstärkt auch Projekte zur Stärkung der Verwaltungen auf regionaler Ebene in den Beitrittsländern auszu-schreiben. Ähnliches gilt für die zu Jahresbeginn neu eingeführten EU-Vorbeitrittsinstrumente SAPARD und ISPA, die auf die Stärkung der Verwaltung im Bereich Agrar/ländliche Räume bzw. auf Investitionen in den Bereichen Umwelt und Infrastrukturen in den Beitrittsländern zielen.

Die Landesregierung wird Möglichkeiten

zur Nutzung dieser Programme für eigene Projektbeiträge prüfen. Zugleich leistet das Land aus eigener Kraft Beiträge zum EU-Vorbeitrittsprozeß; so z.B. im Rahmen der engen Zusammenarbeit im Agrarbereich mit Estland und Lettland oder der Fortbildungs-, Ausbildungs- und Beratungshilfen der Landespolizei für die baltischen Staaten.

- Diese Anstrengungen, die zugleich dazu dienen, die Position Schleswig-Holsteins im Ostseeraum zu stärken, wird die Landesregierung fortsetzen und ausbauen. Möglichkeiten dazu eröffnen die bestehenden Netzwerke der Partnerschaften und Büros des Landes im Ostseeraum: Entschlossen genutzt, können Beiträge des Landes zur Umsetzung der genannten Strategien nicht allein neue Marktzugangschancen eröffnen, sondern zugleich auch den Stellenwert des - vergleichsweisen kleinen - Landes Schleswig-Holstein im Wettbewerb mit anderen Staaten der Ostseeregion nachhaltig mehren.

Darüber hinaus stärken praktische Beiträge Schleswig-Holsteins die Rolle des Landes als politisches **Kompetenzzentrum** zur (Weiter-) Entwicklung der Ostseekooperation.

Dem entspricht auch das Engagement des Landes im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative **INTERREG-II C / -III B (Ostsee)** (siehe auch Ziffer 2.4.). Diesem EU-Instrument zur Förderung transnationaler Kooperation zwischen EU-Mitgliedstaaten kommt besondere Bedeutung zu, da es nach einem vollzogenen EU-Beitritt weiterer Ostseeanrainer das wesentliche EU-Instrument zur Förderung der Ostseekooperation sein wird.

Das Gemeinsame Sekretariat für INTERREG II C (Ostsee) in Rostock arbeitet in Trägerschaft der Investitionsbank Schleswig-Holstein, die zugleich von allen Kooperationspartnern mit der Aufgabe des gemeinsamen Finanzinstituts zur Abwicklung der Projektfinanzierung bis zum Ende der Programmlaufzeit (etwa 2002) betraut worden ist; an der aktuellen Erarbeitung des Programmplanungsdokuments ist Schleswig-Holstein maßgeblich beteiligt.

4. Herausforderungen und Perspektiven der Ostseekooperation

Das erweiterte Europa wird von funktionierenden Großregionen geprägt sein, nicht durch einen unregierbaren Zentralstaat, der seinen Sitz in Brüssel hat, aber auch nicht von Nationalstaaten, wie wir sie aus dem 20. Jahrhundert kennen.

Das Gewicht natürlicher Wirtschaftsräume nimmt zu, politisch definierte Staatsräume verlieren an Bedeutung. Standortentscheidungen werden in zunehmendem Maße wieder nach regionalen Gegebenheiten und nicht ausschließlich nach Kostengesichtspunkten getroffen. Regionen können wirtschaftliche Akteure an sich binden, wenn sie einzigartige regionalspezifische Vorteile bieten.

Mit ihren in den vergangenen zehn Jahren aufgebauten Kooperationsnetzwerken, die sich wesentlich auf Projekte und Initiativen der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sowie zahlreicher Nicht-Regierungsorganisationen stützen, hat die Ostseeregion die Voraussetzungen geschaffen, um sich zu einer dieser funktionierenden europäischen Großregionen entwickeln zu können. Zugleich verfügt sie über die erforderlichen Potentiale:

- 50, 70 oder 100 Millionen Menschen - je nach geographischer Abgrenzung - bilden einen Markt von europäischer Bedeutung, der bereits heute von bemerkenswerter **ökonomischer Dynamik** geprägt ist. Allein Deutschland wickelt heute im Ostseeraum mit rund 10 Prozent seines Außenhandels eine Größenordnung ab, die dem Ausenhandelsvolumen mit den USA und Japan zusammengekommen entspricht.
- Das dichte Netz von Universitäten, Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen eröffnet der Ostseeregion die Chance, sich europaweit als **“knowledge based region”** (Wissensregion) zu profilieren und zu positionieren.
- Das dichte Netz bestehender Seetransport- und Fährverbindungen im Ostseeraum kann dazu beitragen, dass die rasant ansteigenden Transportholumina im Ostseeraum effizient und umweltverträglich bewältigt werden

(**“nasse Autobahn Ostsee”**).

- Das gewachsene Netz gemeinsamer historischer und kultureller Traditionen, die über Jahrzehnte unterbunden waren, verbindet heute die Länder der Ostseeregion wieder stärker miteinander als die in anderen Großregionen Europas.

Das entwickelte Netzwerk der Ostseekooperation leistet bereits heute wesentliche Beiträge zur Umsetzung der **Vor-Beitrittsstrategie** der EU für die baltischen Staaten und Polen; zugleich eröffnet sie den Regionen Nordwest-Russlands die Möglichkeit, unterhalb der Ebene der **“Gemeinsamen Strategie für Russland”** auf regionaler Ebene die Einbeziehung in erweiterte EU zu erproben. Insgesamt rückt die Ostseeregion als politischer und als Wirtschaftsraum mit der Ost-Erweiterung der EU stärker in das Blickfeld der europäischen Politik; dies belegt auch die zuletzt vom EU-Gipfel in Helsinki (Dezember 1999) bestätigte **“Nördliche Dimension** der Politiken der Europäischen Union”.

Um die hieraus resultierenden Chancen zu nutzen, muß die künftige Rolle der Ostseekooperation vor allem auf staatlicher Ebene im Licht der weiteren Entwicklung der Ostseeregion definiert werden.

In wenigen Jahren wird die **Ostsee ein Binnenmeer Europas** sein. Nach der Erweiterung der EU um Polen und die baltischen Staaten, werden 95% der Ostseeküste EU- Küste sein. Damit wird der EU-Binnenmarkt auch nahezu rund um die Ostsee Wirklichkeit sein. Zugleich wird diese Entwicklung nicht ohne Einfluß auf Politik und Rolle der EU in dieser Region bleiben.

Insbesondere folgende Herausforderungen stellen sich in der Ostseeregion:

1. Die **Schaffung sozialer und ökonomischer Kohäsion** in der Ostseeregion und die Vermeidung verfestigter neuer Trennlinien zwischen Ost und West bleibt auch nach einer EU-Erweiterung noch für lange Zeit eine wichtige politische Aufgabe in der Region, die auch im Interesse Gesamteuropas liegt. Die Ostseekooperation ermöglicht Antworten auf dieses Problem, die über die Anwendung der üblichen Instrumente der EU (Struktur-

fonds, Förderprogramme) hinausgehen.

Die Chancen der Ostseeregion liegen vor allem in der **gemeinsamen Entwicklung und Nutzung der hier vorhandenen Potenziale**. Strategien, sich angesichts der Globalisierung als europäische Region zu profilieren, sind durchaus erfolgversprechend.

2. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland werden noch für lange Zeit für die Schaffung von Stabilität und Sicherheit in Europa eine wichtige Rolle spielen. Nicht zuletzt die **Einbeziehung russischer Regionen** in regionale Netzwerke und Hilfen bei der Überwindung der Probleme der ökonomischen Transformation und des Aufbaus einer rechtsstaatlich organisierten Zivilgesellschaft bedürfen über die Anstrengungen der EU hinaus einer Unterstützung auf regionaler Ebene.
3. Europa wird in Zukunft verstärkt vom **Wettbewerb einiger großer transnationaler Entwicklungsräume** gekennzeichnet werden. Die Ostseeregion mit ihrem beachtlichen Zukunftspotential gehört dazu. Ostseekooperation ist eine entscheidende Voraussetzung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Regionen in einer größeren EU.

Um diesen drei Aufgaben gerecht zu werden, bedarf es einer eigenen Entwicklungsstrategie für die Ostseeregion, die in der Region selbst entstehen und realisiert werden muss.

4.1. „region building“ - ein Konzept zur Entwicklung der Ostseeregion

Mit den 1996 beschlossenen **Aktionsprogrammen von Kalmar** hat der Ostseerat den Rahmen gesetzt. Ihre Umsetzung bietet die Chance, den Ostseeraum zu einer tatsächlichen europäischen Großregion zu entwickeln, die gestützt auf Verflechtungen und Vernetzungen im Wettbewerb europäischer Großregionen bestehen kann.

Schwerpunkte der Aktionsprogramme von Kalmar sind

- Stärkung der Begegnung von Mensch zu Mensch und der zivilen Sicherheit („*increased people-to-people contacts and civic security*“)
- Wirtschaftliche Entwicklung und Integration („*economic co-ordination and integration*“)
- verstärkter Schutz der natürlichen Umwelt („*strengthened environmental protection*“).

Zahlreiche Initiativen sind seitdem ergriffen worden, um die Ziele der Aktionsprogramme umzusetzen. Darunter sind staatliche Initiativen ebenso zu nennen wie ebensolche von Nicht-Regierungsorganisationen. Darunter sind u.a. die Arbeiten der Handelskammern (BCCA), des „Business Advisory Council“ (BAC) oder der Konferenz zur Zusammenarbeit im Jugendbereich („Conference on Baltic Sea Youth Cooperation“).

Allen Initiativen zum Trotz erfolgt die Implementierung der Aktionsprogramme von Kalmar dennoch bislang vorwiegend schleppend und wenig koordiniert. Zugleich geraten die Aktionsprogramme angesichts der alltäglicher gewordenen Zusammenarbeit in den zahlreichen Foren der Ostseekooperation zusehends aus dem Blickfeld. Damit droht die Ostseeregion einen wesentlichen programmatischen Konnex aus den Augen zu verlieren, der wie kein anderer geeignet ist, zur Herausbildung einer tatsächlichen gemeinsamen Region beizutragen.

Darüber hinaus verfügt die Ostseeregion heute über ein entwickeltes Netzwerk der Zusammenarbeit, das über den jeweils eigenen strategischen Ansatz die Chance eröffnet, in Ergänzung zu den Aktionsprogrammen von Kalmar die Entwicklung regionaler Strukturen und eines gemeinsamen regionalen Bewußtseins herauszubilden:

- Mit **BALTIC-21** verfügt die Ostseeregion über das bislang weltweit einmalige Programm zur Umsetzung der „Agenda 21“ in einer Großregion; gemeinsam arbeiten die Ostseeanrainer sowie zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen daran, im Ostseeraum das querschnittsorientierte Konzept nachhaltiger Entwicklung umzusetzen. Die Ostseeregion hat die Chance, sich weltweit als Modellregion zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung zu profilieren.

- Mit **HELCOM** („Helsinki Commission“) verfügt die Ostseeregion seit 1980 über ein etabliertes und vertraglich verankertes Netzwerk der Zusammenarbeit, das auf die Lösung und Sanierung der dringlichsten Umweltprobleme der Ostsee orientiert ist („hot spot-programme“). Über die Ostseeanrainer selbst hinaus arbeiten hier auch die EU-Kommission, NGO's und Internationale Finanzinstitutionen zusammen.
- Mit **VASAB 2010** („Visions and Strategies around the Baltic Sea“) verfügt die Ostseeregion über ein selbst entwickeltes Raumordnungskonzept, das sich nahtlos in das neue „Europäische Raumordnungskonzept“ (EUREK/ESDP) einfügt. Bereits in der Förderperiode 1997-99 haben einzelne Projekte unter INTERREG II C die darin skizzierten Perspektiven weiter vertieft.

Um so mehr kommt es darauf an, die EU-Gemeinschaftsinitiative **INTERREG III B** für Projekte zu nutzen, die die Entwicklung der Ostseeregion zum Ziel haben. Dies schließt auch die Entwicklung von Teilregionen ein, die für sich genommen zu dynamischen Entwicklungszentren in der Ostseeregion werden können und damit das strategisch ausgerichtete Konzept des „region building“ nachhaltig unterstützen.

4.2. **EU-Osterweiterung - Herausforderung (auch) an die Ostseeregion**

Der EU-Gipfel von Helsinki (Dezember 1999) hat beschlossen, EU-Beitrittsverhandlungen ebenfalls mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei aufzunehmen (sog. „**Helsinki-Gruppe**“); die Verhandlungen wurden im Februar 2000 begonnen. Mit den Staaten der sog. „**Luxemburg-Gruppe**“ (Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) laufen die Beitrittsverhandlungen bereits seit März 1998. Mit der Türkei, der in Helsinki ebenfalls der Kandidatenstatus zugewilligt wurde, sollen konkrete Verhandlungen erst dann aufgenommen werden, wenn die politischen Beitrittskriterien von Kopenhagen (1993) erfüllt sind.

Die EU **löst sich** damit erstmals auch aus ihrer **westeuropäischen Orientierung**, die durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges bedingt war und sich durch die friedlichen Umwälzungen in Mitteleuropa überlebt hat. Am Horizont steht eine EU mit 27 statt bisher 15 Mitgliedstaaten; sie wird um 100 Millionen auf 470 Millionen Menschen wachsen - ein Binnenmarkt größer als der der USA.

Um die **Beitrittsfähigkeit der Kandidatenländer** wirksam zu unterstützen, stellt die EU **jährlich 3 Milliarden EURO** zur Verfügung:

- Das seit zehn Jahren bestehende PHARE-Programm, das ursprünglich zur Unterstützung des Transformationsprozesses (Demokratie und Marktwirtschaft) in den mittel- und osteuropäischen Ländern eingerichtet worden war, unterstützt mit jährlich 1,5 Milliarden EURO Investitionen, den Aufbau von Institutionen und Maßnahmen zur Übernahme des „acquis communautaire“ (gemeinschaftlicher Besitzstand).
- Hinzugekommen sind zu Jahresbeginn 2000 die neuen Förderinstrumente ISPA (Infrastruktur- und Umweltinvestitionen, 1 Milliarde EURO p.a.) und SAPARD (Agrarverwaltung und Entwicklung ländlicher Räume, 500 Millionen EURO p.a.).

Insgesamt soll mit der Erweiterung der Zahl der Kandidatenländer der Erweiterungsprozeß nicht verzögert werden. In realistischer Einschätzung der Komplexität des Prozesses hat der EU-Gipfel von Helsinki (Dezember 1999) daher beschlossen, dass

- die Verhandlungen stärker nach den individuellen Fortschritten der Beitrittsländer bei der tatsächlichen Umsetzung des „acquis communautaire“ differenziert werden sollen;
- die interne Erweiterungsfähigkeit der EU bis Ende 2002 hergestellt werden soll (Regierungskonferenz 2000).

Die Vorbereitung auf die EU-Erweiterung (Vor-Beitrittsprozeß) stellt dabei sowohl die Kandidatenländer als auch die „alte EU“ und ihre Mitgliedstaaten vor **bedeutende Herausforderungen**. Die in den Beitrittsländern zu leistenden Umstellungs- und Anpassungsprozesse zeigen bereits Folgewirkungen, die die Zustimmung der Bevölkerung zum Ziel des EU-

Beitritts aktuell sinken lassen.

Unverändert jedoch bedeutet die Osterweiterung eine Verantwortung und historische Chance für Gesamteuropa, der insbesondere Deutschland, aber auch die Ostseeregion in ihre spezifischen geopolitischen Lage verantwortungsvoll und konstruktiv begegnen müssen. Dies erfordert

- eine realistische und vorurteilsfreie Analyse der tatsächlichen Chancen und Risiken der Osterweiterung;
- die Bereitschaft, eigene Anstrengungen zu unternehmen, um den Beitrittsprozeß angesichts seiner historisch einmaligen Bedeutung aktiv zu befördern
- die Verantwortungsbereitschaft, Vorurteilen, unberechtigten Befürchtungen und interessengeleiteten politischen Kampagnen konstruktiv und aufklärend entgegenzutreten.

Insbesondere die Ostseeregion hat dabei die Chance, die Potenziale der gewachsenen Kooperation in diesen Prozeß einzubringen. Gemeinsam können „alte“, „junge“ und künftige EU-Mitgliedstaaten demonstrieren, wie regionale Zusammenarbeit den Vor-Beitrittsprozeß aus eigener Kraft unterstützen kann. Zugleich kann Ostseekooperation damit das Startsignal geben, wie in einer vergrößerten Europäischen Union **Großregionen** zu einer tragenden Säule des künftig **stärker dezentralisierten Europa** werden können.

Diese Herausforderung stellt sich keiner Region in Europa so wie der Ostseeregion. Ihr müssen sich alle Akteure der Ostseekooperation - Staaten, Subregionen, NGO's - gemeinsam und koordiniert stellen: Strategien, Verabredungen und Strukturen, die diese gemeinsamen Anstrengungen zu leisten im Stande sind, müssen organisiert werden; Beiträge zu deren Umsetzung müssen weit stärker als bisher koordiniert werden.

Diese Aufgabe stellt sich zunächst vorrangig dem Ostseerat der Außenminister (CBSS) und den Gremien der Ostseekooperation. Als engagierter Partner der Ostseeregion steht aber auch Schleswig-Holstein in der Verantwortung: Die Landesregierung hat in einer ersten Positionsbestimmung die tatsächlichen Chancen und Risiken der Osterweiterung für das Land zusammengestellt, um auch öffentlich zu einer realistischeren Betrachtung beizutragen.

Richtschnur für den EU-Beitritt ist dabei für die Landesregierung die Erfüllung der **Kriterien von Kopenhagen (1993)**; sie verlangen, dass die Beitrittsländer

- den gemeinschaftlichen Bestand an Rechtsnormen in nationales Recht übernommen haben und daß ihre Institutionen darauf eingestellt sind, diesen Bestand auch anzuwenden;
- die Bestimmungen des Binnenmarktes erfüllen und ihre Volkswirtschaften dem Wettbewerbsdruck des Binnenmarktes Stand halten können;
- institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten gewährleisten können.

Diese Kriterien gilt es, sorgfältig abzuarbeiten und in den Beitrittsverhandlungen zu überprüfen. Weitergehende Forderungen jedoch, die mitunter bereits erhoben werden, sind abzulehnen, um den gesamten Prozeß der Osterweiterung in seiner historischen Bedeutung für Gesamteuropa nicht zu gefährden.

4.3. Nördliche Dimension - eine Chance zur Entwicklung der EU-Ostseepolitik

Mit der ursprünglich von Finnland lancierten Initiative für eine „Nördliche Dimension der EU-Politiken“ (1997) ist eine Entwicklung vorangetrieben worden, die einen neuen Impuls für die Entwicklung des EU-Engagements in der Ostseeregion begründen kann. Letztmals hatte die EU ihre „Baltic Sea Region Initiative“ 1996 beschlossen, die sich jedoch vorwiegend in einer Bestandsaufnahme der im Ostseeraum wirksamen EU-Politiken erschöpfte; obwohl die Schwerpunkte dieser Positionierung denen der „Aktionsprogramme von Kalmar“ entsprachen, hat sich die EU-Ostseepolitik seitdem nicht spürbar weiterentwickelt.

Zusammen mit den Bezugspunkten „EU-Russland-Strategie“ und „EU-Vor-Beitritts-Strategie“ eröffnet das Konzept der „Nördlichen Dimension“ die Chance, eine EU-Ostseepolitik vor allem mit Blick auf die regionale Implementierung der entsprechenden EU-Politiken zu entwickeln, die sich auf das existierende Netzwerk der Ostseekooperation gründet.

Der EU-Gipfel in Feira (19./20. Juni 2000) hat den Aktionsplan zur Nördlichen Dimension der EU angenommen. Die darin aufgeführten vorrangigen Maßnahmen u.a. in den Bereichen Infrastrukturen, Umwelt und nukleare Sicherheit, Bildung, Forschung und Humanressourcen, öffentliche Gesundheit und Sozialverwaltung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollen im Zeitraum 2000 bis 2003 umgesetzt werden. Über die bestehenden EU-Förderinstrumente hinaus wird die EU jedoch keine weiteren Mittel zur Verfügung stellen; stattdessen sollen hier EU-Programme mit nationalen Finanzierungen und Internationalen Finanzinstitutionen (EIB, EBRD, Nordische Investitionsbank) zusammengeführt werden.

Aufgabe der Ostseekooperation ist jetzt, aus dem Katalog der Möglichkeiten des Aktionsplans heraus Schwerpunktaktionen zu definieren und innerhalb der Foren der Ostseekooperation in praktische Projekte umzusetzen. Unter Nutzung der verfügbaren EU-Förderinstrumente kann damit die Ostseeregion nachhaltig unterstreichen, daß Ostseekooperation das Netzwerk bietet, innerhalb dessen die gesamteuropäisch ausgerichteten Zielsetzungen der „Nördlichen Dimension“ regional wirkungsvoll umgesetzt werden können.

Damit kann die Ostseekooperation aus eigener Kraft dazu beitragen, die „Nördliche Dimension“ als politischen Prozeß auf EU-Ebene auch über den Zeitrahmen des Aktionsplanes hinaus zu verstetigen. Möglich wird damit auch eine stärkere Einflußnahme der Ostseeregion auf sektorale EU-Politiken im Ostseeraum, wie z.B. Transseuropäische Transportnetze, Infrastrukturen (Energie, Telekommunikation) oder die zu entwickelnde Kaliningrad-Strategie der EU.

Eine wesentliche Aufgabe kommt dabei dem Ostseerat (CBSS) zu, der die Vermittlung zwischen der EU, den Anrainerstaaten und den Netzwerken der Ostseekooperation leisten muß. Den Subregionen, Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's) und ihren Netzwerken im Ostseeraum kommt die Rolle zu, praktische Projekte zur Umsetzung der „Nördlichen Dimension“ zu entwickeln zu vereinbaren.

4.4. Rolle und Struktur des Ostseerates reformieren - Anforderung an die Ostsee-

politik der Bundesregierung

Auch der Ostseerat - bislang vor allem in der Funktion als Brücke zwischen EU- und Nicht-EU-Mitgliedstaaten - muß seine Rolle und Struktur angesichts der absehbaren Entwicklungen im Ostseeraum überdenken und neu ausrichten.

Mit Blick auf die Notwendigkeit, eine eigene Entwicklungsstrategie für die Ostseeregion zu formulieren, kommt dem Ostseerat eine entscheidende Rolle zu. Seine Aufgaben sollten vor allem darin bestehen:

- **politische Ziele** für die Entwicklung der Ostseeregion zu formulieren;
- die **prioritären Maßnahmen und Projekte** für den region-building-Prozeß festzulegen, mit denen diese Ziele umgesetzt werden sollen, orientiert an den Aktionsprogrammen von Kalmar;
- sich bei deren Verwirklichung auf die existierenden verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen, regionalen und lokalen **Akteure und Netzwerke** im Ostseeraum zu stützen, die unter dem Schirm des Ostseerates arbeiten;
- soweit erforderlich, die verschiedenen Aktivitäten zu **koordinieren**;
- eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit der **Europäischen Union**, dem Baltic Euro-Arctic Council (BEAC) und dem Arctic Council zu suchen.
- Im Hinblick auf die EU geht es insbesondere darum,
 - der Ostseeregion in Brüssel mit Hilfe des Vorsitzes des Ostseerates Gesicht und Stimme bei der Interessenvertretung zu geben;
 - und die Mechanismen und das know-how der Ostseekooperation in die Umsetzung der Gemeinsamen Strategie der EU für Russland sowie die weitere Gestaltung des Heranführungsprozesses einzubringen.

In einer Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung haben die norddeutschen Länder mit Blick auf den im Juli 2000 beginnenden deutschen Vorsitz im Ostseerat entsprechende Anforderungen an die Arbeitsweise des Ostseerates formuliert.

Für den im Juli 2000 beginnenden deutschen Vorsitz im Ostseerat haben die norddeutschen Länder in ihrer Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung vorgeschlagen,

- eine Bestandsaufnahme zum bisherigen Stand der **Umsetzung der Aktionsprogramme von Kalmar (1996)** vorzunehmen („inventory report“);
- unter den weiter zu verfolgenden Themen ein bis zwei herauszugreifen, die beispielhaft (ggf. auch in Verknüpfung bislang separat verfolgter Einzelthemen) weiter verfolgt und implementiert werden sollen; als ein Beispiel hat Schleswig-Holstein die Weiterentwicklung von „Ars Baltica“ vorgeschlagen, das als multilateral getragene Nicht-Regierungsorganisation zum „label“ für Spitzenprodukte der Kultur des Ostseeraumes aufgebaut werden könnte;
- in die Implementierungsarbeit die unterschiedlichen Ebenen und NGO's im Ostseeraum aktiv einzubeziehen;
- und diese Themen ggf. als Schwerpunktthemen des CBSS-Ministertreffens im Juni 2001 vorzusehen.

Mit dieser exemplarischen Vorgehensweise kann - über die ohnehin erforderliche Zwischenbilanz zur Umsetzung der Aktionsprogramme von Kalmar hinaus - die neue Arbeitsweise des Ostseerates nachhaltig verdeutlicht und praktisch dergestalt umgesetzt werden, dass sie vom nachfolgenden Vorsitz entsprechend weitergeführt werden kann.

4.5. Die Subregionen im Ostseeraum stärken

Unbestritten sind die Subregionen des Ostseeraumes - Länder, läns, fylkeskommuner, Wojewodschaften, maakond usw. - neben den Nicht-Regierungsorganisationen die praktischen Träger der Ostseekooperation. Mit ihren Projekten und ihrer pragmatischen Zusammenarbeit leisten sie seit Jahren notwendige und wertvolle Beiträge zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Ostseekooperation.

Zugleich hat Ostseekooperation wesentlich dazu beigetragen, die Stärkung der regionalen Strukturen in den traditionell

überwiegend zentralstaatlich geprägten Ostseeanrainerstaaten voranzutreiben (vgl. hierzu die *Ostseeberichte 1998 und 1999, Drs'en 14/1638 und 14/2289*).

Unverändert gilt es, die Handlungsmöglichkeiten der Subregionen in den Ostseeanrainerstaaten (regionale Gebietskörperschaften unterhalb der nationalen Ebene) ebenso zu stärken wie die Fördermöglichkeiten für praktische Kooperationsprojekte auf Ebene der Subregionen.

Dies gilt insbesondere mit Blick auf die EU-Beitrittsländer des Ostseeraums: So, wie die Nord-Erweiterung der EU zur Stärkung der Subregionen in Schweden und Finnland beigetragen hat, muß auch die Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung zur Stärkung der Subregionen in den Beitrittsländern der Ostseeregion beitragen. Mit großen Erwartungen sehen daher die Subregionen des Ostseeraumes der Ankündigung der EU-Kommission entgegen, in kommenden PHARE-Twinning-Ausschreibungen verstärkt auch Projekte zur Stärkung der subregionalen Ebenen in den Beitrittsländern auszuschreiben.

Dies gilt auch für den Aktionsplan zur „Nördlichen Dimension“, in dessen Umsetzung nach Auffassung der Landesregierung ein Schwerpunkt auf die Stärkung der administrativen Kapazitäten der Regionen Nordwest-Russlands (einschl. Kaliningrad) gelegt werden sollte. Insgesamt kommt den Subregionen die Rolle zu, mit praktischen gemeinsam zu vereinbarenden Projekten und Maßnahmen die Umsetzung des Aktionsplanes innerhalb der Ostseeregion mit Leben zu erfüllen.

Die Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC) bietet das Forum, um die Potenziale, aber auch die Anforderungen der Subregionen des Ostseeraumes an die Ausgestaltung der Ostseekooperation zu vermitteln, abzustimmen und zu formulieren.

Die Förderung der subregionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum ist primär eine Anforderung an die EU und ihre im Ostseeraum verfügbaren Förderinstrumente. Ergänzend können nationale Förderungen von Seiten der EU-Mitgliedstaaten im Ostseeraum hinzutreten.

“ **Abkürzungs-
verzeichnis**

BAC

Baltic Sea Business Advisory Council
(eingesetzt durch den CBSS)

BALTIC 21

A regional Agenda 21 for the Baltic
Sea Region (Stichworte: Umwelt-
schutz, nachhaltige Entwicklung)

BSSSC Baltic Sea States
Subregional Cooperation (Konferenz
der Subregionen des Ostseeraums)

BCCA Baltic Chamber of
Commerce Association (Organisation
der Handelskammern des Ostsee-
raums)

CBSS

Conference of the Baltic Sea States
(Ostseerat der Außenminister)

CSO Committee of Senior
Officials (Ausschuß höherer Beamter
des CBSS)

DKK

Dänische Krone

EBRD

European Bank for Recovery and De-
velopment (Europäische Bank für
Wiederaufbau und Entwicklung,
EBWE), London

EIB European Investment Bank
(Europäische Investitionsbank), Lu-
xemburg

EURO

europäische Währungseinheit (früher:
ECU; Umrechnungskurs 1 EURO =
1,95583 Mark)

EU

European Union - Europäische Union

HELCOM

Helsinki Kommission

INTERREG II A / III A

EU-Gemeinschaftsinitiative zur Förde-
rung von Projekten grenzüberschrei-
tender Zusammenarbeit

INTERREG II C / III B

EU-Gemeinschaftsinitiative zur Förde-
rung transnationaler Zusammenarbeit
im Bereich der Raumordnung
(Ostseeraum, Nordseeraum, etc.)

ISPA

Instrument for Structural Policies for
Pre-accession - EU-Programm zur
Förderung von Investitionen in den Be-
reichen Umwelt und Verkehrsinfra-
strukturen in den Beitrittsländern
(2000 - 2006; KOM-Vorschlag: 1 Mrd.
EURO p.a.)

MAGS

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales des Landes Schleswig-
Holstein

MBWFK

Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Kultur des Landes
Schleswig-Holstein

MFE

Ministerium für Finanzen und Energie
des Landes Schleswig-Holstein

MJF

Ministerium für Justiz, Frauen,
Jugend und Familie des Landes
Schleswig-Holstein

MLR

Ministerium für ländliche Räume, Lan-
desplanung, Landwirtschaft und Tou-
rismus des Landes Schleswig-
Holstein

MOE

mittel- und osteuropäische Staaten

MUNF

Ministerium für Umwelt, Natur und
Forsten des Landes Schleswig-
Holstein

MWTV

Ministerium für Wirtschaft, Technolo-
gie und Verkehr des Landes Schles-
wig-Holstein

PCA

Partnership and Cooperation Agree-
ment (Partnerschafts- und Kooperati-
onsabkommen, Ende 1997 zwischen
der EU und der Russischen Föderati-
on vereinbart)

PHARE

Aufbauprogramm der EU für die Mittel-
und Osteuropäischen Staaten

PHARE/CBC

PHARE Cross Border Cooperation
Programme

RISI

Regional Information

Society Initiative

SAPARD

Special Action for Pre-accession Aid
for Agriculture and Rural Development
- EU-Programm zur Heranführung von
Politik/Verwaltung in den Bereichen
Agrar und ländliche Räume in den Bei-
trittsländern (2000 - 2006; KOM-
Vorschlag 500 Mio. EURO p.a.)

SEK Schwedische Krone

UBC

Union of the Baltic Cities

Übersicht über Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 1999/2000 (Stand: 27.06.2000)

Staatskanzlei:

1. Unter dem Vorsitz der Ministerpräsidentin hat sich am 27. Januar 1999 der **Initiativkreis Ostsee** konstituiert. Ziel des Gremiums, dem Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Gewerkschaften, Hochschulen, Kultur und Kommunen sowie der Hansestadt Hamburg und der Landesregierung angehören, ist es, gemeinsam wichtige strategische Entscheidungen für die Zukunft Schleswig-Holsteins im Ostseeraum zu beraten sowie Zielvereinbarungen und Projekte zu verabreden.

In bislang drei Sitzungen hat der Initiativkreis die Themenkomplexe „Entwicklungskonzept Südliche Ostsee“, „Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein/Sønderjylland“, „Verkehrsplanungen“, „Informationsgesellschaft“, „Hochschulkoope-ration“ sowie „Zukunftsfähige Energieversorgung“ im Ostseeraum erörtert. Das vierte Treffen ist für Juni 2000 vorgesehen.

2. Am 9. Januar 2000 sind in Kiel **Bundeskanzler Gerhard Schröder** sowie die nordischen EU-Regierungschefs **Göran Persson** (Schweden), **Paavo Lipponen** (Finnland) und **Poul Nyrup Rasmussen** (Dänemark) zusammengetroffen. An dem Treffen nahm auch Ministerpräsidentin Simonis teil. Im Vordergrund der Beratungen standen die Themen: Nördliche Dimensionen der EU, institutionelle Reformen der EU, Zusammenarbeit im Ostseeraum sowie transeuropäische Verkehrsnetze.
3. Am 12. Januar 2000 fand in Kiel eine **gemeinsame Sitzung** von Kabinettsausschüssen der **Bundes- und der Landesregierung** statt. Ein Schwerpunktthema war dabei die Ostseekooperation. Die Kabinette bekräftigten, dass die aktive Zusammenarbeit im Ostseeraum im Interesse Deutschlands liege.

Bundes- und Landesregierung begrüß-

ten insbesondere die Entscheidung des Europäischen Rates von Helsinki, auch mit Lettland und Litauen EU-Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, da die Beitrittsperspektive zusätzliche politische Stabilität schaffe. Daneben gewinne die Einbeziehung des Kaliningrader Gebiets in die regionale Zusammenarbeit zunehmende Bedeutung. Die Bundesregierung begrüßte in diesem Zusammenhang die bislang von Schleswig-Holstein unternommenen Anstrengungen, im Rahmen der bilateralen Partnerschaft mit Kaliningrad Kooperationsprojekte zu entwickeln und umzusetzen.

Vereinbart wurde die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des Bundes und der norddeutschen Ostseeländer, die Vorschläge für konkrete Projekte zur Umsetzung des „Aktionsplanes zur Nördlichen Dimension der EU“ erarbeiten soll. Zum Thema Fehmarnbelt-Querung bestätigten Bundes- und Landesregierung, dass die feste Fehmarnbelt-Querung das europäische Verkehrsprojekt mit der größten Bedeutung für Norddeutschland darstelle.

4. Aus Anlass des 60. Jahrestages des Beginns des 2. Weltkrieges besuchte die Ministerpräsidentin vom 31. August bis zum 2. September 1999 **Gdansk/Danzig** und die Wojewodschaft **Pomorskie/Pommern** in Begleitung einer Delegation.

Vom 8. bis 14. September 1999 reiste die Ministerpräsidentin an der Spitze einer Delegation Schleswig-Holsteins nach **Finnland (Helsinki und Vaasa), Dänemark (Kopenhagen) und Estland (Tallinn)**. Beim Besuch in Finnland auf Einladung der finnischen Regierung führte die Ministerpräsidentin Gespräche unter anderem mit Staatspräsident Antisaari und Ministerpräsident Lipponen; in Kopenhagen mit dem Umweltminister und dem Arbeitsminister. In Tallinn standen neben politischen Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten und weiteren Regierungsmitgliedern die feierliche Eröffnung der neuen Räume der Delegation der Deutschen Wirtschaft und des Schleswig-Holstein-Büros im Mittelpunkt.

Für den 05./06. Juli 2000 ist ein Besuch der Ministerpräsidentin in **Nor-**

- wegen** vorgesehen; er dient vor allem den Gesprächen mit der im März 2000 neu gebildeten Regierung unter Ministerpräsident Jens Stoltenberg.
5. Nach der Neubildung der Landesregierung im April 2000 ist die Zuständigkeit für **Europa- und Ostseeangelegenheiten** in die Staatskanzlei überführt worden. Der zuständige Abteilungsleiter wurde zum **Beauftragten für Ostseeangelegenheiten** benannt.
 6. Die Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei **koordiniert** ressortübergreifend die Ostseepolitik des Landes. Hierzu wurde 1998 der seit 1994 existierenden IMAK-Ostsee mit dem seit 1988 bestehenden IMAK-Europa zum **Interministeriellen Arbeitskreis Europa- und Ostseeangelegenheiten** zusammengeschlossen. Die Pflege und Weiterentwicklung der interregionalen **Partnerschaften** Schleswig-Holsteins im Ostseeraum obliegt der Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten.
 7. Im Rahmen der **BSSSC (Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes)** ist Schleswig-Holstein durch eines von zwei deutschen Mitgliedern im Board (Vorstand) vertreten. Ein Mitarbeiter der Staatskanzlei ist beauftragt, als „corresponding member“ an der Arbeit des BSSSC-Sekretariats mitzuwirken, das bis April 2000 von der Association of County Councils in Denmark (Amtsrådsforeningen) vorgehalten wurde. Mit Wirkung zum 01.05.2000 ist diese Sekretariatsfunktion auf die Wojewodschaft Pomorskie/Pommern übergegangen; im Rahmen der bestehenden Partnerschaft mit Schleswig-Holstein soll die bisherige Unterstützung des BSSSC-Sekretariats fortgesetzt werden.
 8. Zwischen den Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ist eine enge **Abstimmung der Ostseepolitik der norddeutschen Länder** vereinbart, die auch eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber dem Auswärtigem Amt einschließt. Die turnusgemäß jährlich wechselnde Koordinierungsfunktion unter den norddeutschen Ländern wurde seit Juli 1999 von Mecklenburg-Vorpommern (Staatskanzlei) wahrgenommen und geht ab Juli 2000 auf Schleswig-Holstein (Staatskanzlei) über. Damit übernimmt Schleswig-Holstein eine besondere Verantwortung angesichts des zeitgleich (bis Juni 2001) stattfindenden erstmaligen deutschen Vorsitzes im Ostseerat (CBSS).
 9. Die im Jahre 1995 eingerichteten **Schleswig-Holstein-Büros** in Malmö, Tallinn und Gdansk/ Danzig sowie die Förderung des „Hanse-Büros“ in Kaliningrad/Königsberg waren auf Beschluß der Landesregierung vom 03.06.1997 zunächst bis Ende 2000 befristet. Am 09.05.2000 hat die Landesregierung diesen Beschluß um weitere drei Jahre verlängert. Zugleich soll das Netz um ein weiteres Büro in Vilnius (Litauen) erweitert und das bestehende Büro in Malmö auf die Öresund-Region neu ausgerichtet werden; die Förderung des Hanse-Büros soll in ein eigenständiges „Schleswig-Holstein-Büro“ in Kaliningrad umgewandelt werden. Ein entsprechender Bericht ist dem Landtag zugeleitet worden.
 10. Die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark**, insbesondere die im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A notwendigen Tätigkeiten werden von der Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei wahrgenommen.
 11. An dem **Operationellen Programm für INTERREG II C (Ostsee)**, das am 11. Dezember 1997 angenommen wurde, sowie an der **vertraglichen und praktischen Umsetzung** von INTERREG II C wirkte Schleswig-Holstein mit, hat den Vorsitz im Deutschen Unterausschuß inne und ist Mitglied im Steering- and Monitoring Committee INTERREG II C. Die Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei arbeitet in den internationalen Gremien zur programmlichen Gestaltung des Nachfolgeprogramms III B (Ostsee) mit; der Beginn der Programmumsetzung ist im 1. Halbjahr 2001 vorgesehen.
 12. Die Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei koordiniert federführend die Mitwirkung Schleswig-Holsteins im INTERREG II C-geförderten **Projekt STRING** (South-Western Baltic Sea TransRegional Area - Inventing New Geography): Ver-

tretung in der transnationalen Steering Group, Vorsitz in der Projekt-Arbeitsgruppe „common potentials and barriers“, Vorsitz im schleswig-holsteinischen Koordinierungsgremium, Koordinierung aller Beiträge aus Schleswig-Holstein.

13. Die Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei unterstützt im Rahmen ihrer europapolitischen Informationsarbeit:
 - **Informationsaktivitäten** regionaler Akteure zu Ostseefragen,
 - im Rahmen der institutionellen Förderung der Europa-Union bzw. der Europäischen Bewegung SH deren ostseepolitischen Informationsaktivitäten und
 - weitere Aktivitäten, die der Information über die Zusammenarbeit im Ostseeraum dienen.
14. In der **Konferenz Norddeutschland** (Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen) koordinieren die norddeutschen Länder auch u.a. ihre Ostseeaktivitäten mit den Vertretern der Wirtschaft. Im Oktober 1999 hat die Konferenz ein von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe erarbeitete Positionspapier zum Thema „Nördliche Dimension der Europäischen Union“ zustimmend zur Kenntnis genommen und an das Auswärtige Amt als Beitrag zur deutschen Positionsbestimmung in der Diskussion zur „Nördlichen Dimension“ übermittelt.
15. Mit Unterstützung der Landesregierung fördert die Europäische Union die **Journalistenausbildung im Baltischen Raum** mit 1,6 Millionen Mark. Empfänger der Mittel ist das Baltic Media Centre (Bornholm), das mit Hilfe Schleswig-Holsteins zu einer Kontaktstelle für die Kooperation der Ostseeanrainerstaaten wurde.
16. Unterstützt werden die Aktivitäten der Landesregierung auch durch die vom **Expo Projekt 2000** Schleswig-Holstein vorbereiteten weltweiten Projekte mit Bezug zum Ostseeraum, wie z.B. „Kulturen, Sprachen, Minderheiten: Die Deutsch-Dänische Grenzregion - Beispiel einer Konfliktlösung“ und das gemeinsame Projekt mit Mecklenburg-Vorpommern „Entwicklung und Anwendung eines 3 D - Sediment-Echolot-

Systems“.

Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie (MJF)

17. In Zusammenarbeit mit der **Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit** (DiRZ), in der das MJF durch den Präsidenten des Landgerichts Lübeck vertreten ist, findet wie 1999 auch 2000 wieder ein Richterhospitationsprogramm statt. Drei Hospitanten aus Estland werden nach Schleswig-Holstein kommen.
18. Alle 2 Jahre finden unter Leitung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts und der LVA Schleswig-Holstein **die Nordischen Sozialrechtstage** statt. Zur diesjährigen Veranstaltung vom 7.-8. September 2000 in Schleswig werden Gäste und Referenten aus Schweden, Norwegen und Dänemark erwartet.
19. Ein gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern erarbeitetes Projekt zur **Stärkung des Justizsystems in Estland** hat die EU-Kommission im Rahmen ihres Programms „PHARE Institution building“ im März 1999 genehmigt. Dieses auf zwei Jahre ausgelegte umfangreiche Fortbildungsprojekt für Richter, Staatsanwälte, Bewährungshelfer und Gerichtsvollzieher wird in voller Höhe (1,032 Millionen Euro = 2 Millionen Mark) aus EU-Mitteln finanziert.

Kern des Projekts ist die Entsendung von Langzeitexperten für jeweils 1 Jahr nach Estland. Die Projektleitung wird ab 1. September 2000 auf das Land Mecklenburg-Vorpommern übergehen; der Langzeitexperte wird von diesem Zeitpunkt an ebenfalls durch Mecklenburg-Vorpommern gestellt.
20. Vom 9. bis 11. März 2000 fand in Helsinki die **2. Baltic Sea Womens Conference** mit dem Titel „Gleichberechtigung und die Zukunft“ statt. Repräsentantinnen aus Politik, Wissenschaft, Kirche und Verbänden sowohl aus Schleswig-Holstein als auch aus Mecklenburg-Vorpommern brachten die norddeutschen Positionen zu den Schwerpunktthemen Gleichstellungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Umweltschutzpolitik und Schutz vor sexualisierter Gewalt ein. Damit wurde die

Chance genutzt, die mit der ersten Ostseefrauenkonferenz vom 6. bis 8. März 1997 in Lübeck begonnene Vernetzung fortzusetzen. Die 3. Ostseefrauenkonferenz wird voraussichtlich 2003 in Estland stattfinden.

21. Gemeinsam mit den Partnerregionen sollen im Rahmen der Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität die Ursachen des organisierten Frauenhandels und der Zwangsprostitution eingehender beleuchtet und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frauen in ihren Heimatländern ergriffen werden. Das **Modellprojekt contra**, ein Unterstützungs- und Beratungsprojekt für von Frauenhandel betroffene Frauen in Trägerschaft des Nordelbischen Frauenwerkes, sucht in enger Zusammenarbeit mit Hamburg zur Zeit Partnerprojekte im Ostseeraum.

22. Die „**Conference on Baltic Sea Youth Cooperation**“ vom 15. bis 18. Juni 2000 in Lübeck, ausgerichtet vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit dem Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten beim Landesjugendring Schleswig-Holstein, hat als Nachfolgetreffen der Ostseejugendministerkonferenz 1998 in Visby/Schweden die seither unternommenen Aktivitäten bewertet und weitere Schritte der Kooperation festgelegt. Teilnehmer waren Vertreter der Jugendministerien, der Jugendringe und von Jugendprojekten aus dem gesamten Ostseeraum.

23. Im Rahmen der **Ostseekooperation der Jugendarbeit** werden regelmäßig Austauschmaßnahmen zwischen Jugendlichen aus Schleswig-Holstein und den Ostseeanrainerstaaten gefördert. Darunter u.a.:

- Projekte des **Landesjugendringes Schleswig-Holstein** wie die jährliche **Ostseejugendkonferenz** (19.-26. September 1999 sowie 10.-15. Juni 2000 in Lübeck zum Thema „Perspektiven junger Menschen in der Ostseeregion“), Besuch eines Jugendparlaments (2.-5. März 2000 in Hultsfred/Schweden) und Teilnahme an einer Ostsee-Jugendversammlung (26.-29. September 2000 in Kalmar/Schweden).

- den „**European Youth Congress** der „Initiative für Europäische Jugendbegegnung“ (14.-17. Oktober 1999 in Lübeck).
- die **Internationale Sommerakademie TRI-ANGEL** auf dem Jugendhof Scheersberg (31. Juli bis 10. August 1999 und 3.-13. August 2000).
- „**Hafentour 2000 - Segelnd die Ostsee schützen**“: Interkulturelles Lernen und Förderung des aktiven Umweltschutzens von Jugendlichen im Rahmen lokaler Hafenaktionen und international vorbereiteter Seminare (30. Juni bis 15. August 2000).

24. Gemeinsam mit dem Bundesjugendministerium und der schwedischen und der finnischen Regierung wird für die Dauer von drei Jahren die Einrichtung einer **Projektstelle „Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten“**, angesiedelt beim Landesjugendring Schleswig-Holstein, gefördert.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK)

25. **Partnerschaften von Schleswig-Holsteins Universitäten und Fachhochschulen:**

Die **Fachhochschule Flensburg** führt im Jahre 1999 regelmäßig im Rahmen verschiedener EU-Programme einen Dozenten- und Studentenaustausch mit ihren Partnerhochschulen in Dänemark, Schweden, Finnland, Polen sowie in Rußland durch. Der aus Mitteln von INTERREG II A geförderte gemeinsame deutsch-dänische Studiengang „Energie- und Umweltmanagement“ - Partner sind die Süddänische Universität in Sønderborg und die Universität Flensburg - läuft. Seit 1998 gibt es darüber hinaus mit der Wyzsza Szkola Morska und der Maritime Academy in Stettin (Polen) Vereinbarungen über Studienprogramme, Personalaustausch und Studentenaustausch.

Die **Fachhochschule Kiel** hat 1999 neue Partnerschaftsverträge abgeschlossen mit der Kaunas University of Technology (Litauen), mit der Håme

Polytechnic (Finnland), mit der Academia Economiczna w Krakowie und der University of Gdansk (Polen), so dass zwischen der Fachhochschule Kiel und Hochschulen in den Ostseeanrainerstaaten insgesamt 15 Partnerschaftsverträge bestehen.

Aus der von der **Fachhochschule Lübeck** formulierten Idee einer „Virtuellen Fachhochschule“ ist auf gemeinsame Initiative mit der Landesregierung ein Unterprojekt zu STRING entwickelt worden: Gestützt auf gemeinsame Projektvorarbeiten mit mehreren südschwedischen Universitäten soll im Laufe des Jahres 2000 das Konzept zum Aufbau eines „Baltic Sea Virtual Campus“ erarbeitet werden; Ziel ist der Aufbau Internet-basierter und Multimedia-gestützter transnationaler Bildungs- und „Life-long learning“-Angebote im Ostseeraum. Für dieses Projekt wurden 50.000 EURO aus INTERREG II C bewilligt (Gesamt volumen: 100.000 EURO).

In enger Zusammenarbeit mit der Danmarks Designskole in Kopenhagen wurde im Wintersemester 1999/ 2000 erstmalig ein neuer „Internationaler Studiengang Informationstechnologie und Gestaltung“ angeboten. 30 Studienanfänger haben dies interdisziplinäre Studium aufgenommen, bei dem die Produktion und Gestaltung der „Neuen Medien“ im Vordergrund steht.

Die **Fachhochschule für Kunst und Gestaltung** (Muthesius-Hochschule) strebt eine Zusammenarbeit mit der schwedischen Kunstakademie Vasa Nykarleby an und plant den Abschluß eines Kooperationsvertrages mit dem „Interstudio“ St. Petersburg/Puschkin (Teil der Kunsthochschule in St. Petersburg/Puschkin).

Die **Fachhochschule Westküste** pflegt weitere Partnerschaften mit dem Herning Institute of Business Administration and Technology (Dänemark) und mit der Högskolan Trollhättan (Schweden).

Die **Universität Flensburg** pflegt Kontakte zu Hochschulen in Kopenhagen, Jelling, Silkeborg, Aarhus und Odense (Dänemark), Göteborg (Schweden), Vaasa, Turku und Joensuu (Finnland), in Klaipeda (Litauen) und in Danzig (Polen). Mit diesen Hochschulen wird

überwiegend wissenschaftlich zusammengearbeitet, bzw. es findet ein Studenten- und Dozentenaustausch statt. Zwischen der BWH Flensburg und der Universität Trollhättan/Vanersborg (Schweden) besteht eine Kooperation im Rahmen des SOKRATES-Programms.

Im Rahmen der INTERREG II A-Projektförderung sind gemeinsam mit der Süddänischen Universität (ehemals Handelshøjskole Syd in Sønderborg) die deutsch-dänischen Studiengänge „Betriebliche Bildung und Management“, „Kultur- und Sprachmittler“ sowie (unter Beteiligung der FH Flensburg) „Energie- und Umweltmanagement“ aufgebaut worden.

In Vorbereitung ist ein internationaler Kurs für Studierende der Ostseeanrainerstaaten zur Umweltbildung: Ökosystem Ostsee; teilnehmende Institutionen sollen außer der BWH Flensburg die Universität Klaipeda (Litauen), die Universität St. Petersburg (Rußland), das Frederiksberg Seminarium Kopenhagen (Dänemark) und die Universität Kristianstad (Schweden) sein.

Die **Medizinische Universität Lübeck** führt aufgrund von Partnerschaftsverträgen aus dem Jahr 1988/89 gemeinsam mit den Universitäten Bergen (Norwegen) und Tartu (Estland) Forschungsprojekte durch und tauscht Studierende, Professoren und Dozenten sowie junge Wissenschaftler aus. Finanziert werden diese Vorhaben mit Landesmitteln oder Fördermitteln des Deutschen Akademischen Austauschdienstes.

Die **Christian-Albrechts-Universität (CAU) Kiel** ist durch ein weit gespanntes Netz nationaler und internationaler Beziehungen in den Ostseeverbund der Wissenschaft und Lehre integriert. Hochschulpartnerschaften bestehen auch im Rahmen von SOKRATES/ERASMUS mit Dänemark, Norwegen, Polen, Schweden, Finnland, Estland, Lettland und Litauen. Für 1998/1999 hat die CAU mit 29 Hochschulen SOKRATES-Partnerschaften vereinbart.

Für den Austausch mit den Universitäten Tallinn (Estland) und Kaliningrad (Rußland) nutzt die CAU das „Förder-

programm der Germanistischen Institutspartnerschaften“. 1998/1999 nahmen 11 Studierende und Dozenten der Germanistik aus Kaliningrad an Studien- und Forschungsaufenthalten in Kiel teil. Auch die Sachmittelausstattung des Kaliningrader Germanistischen Seminars mit modernen Lehr- und Unterrichtsmaterialien konnte weiter verbessert werden.

Im Rahmen der Direktaustauschprogramme kooperiert die CAU mit 14 ausländischen Partnerhochschulen. Insgesamt stehen 30 Stipendien zur Verfügung, darunter ein Stipendium des dänischen Staates, das für alle dänischen Hochschulen genutzt werden kann. Die Programme des Deutsch-Norwegischen Studienzentrums, die sog. „Study abroad“-Programme für die Partneruniversitäten Penn State University und University of Utah sowie der Vorbereitungskurs für amerikanische Fulbright-Stipendiaten werden fortgeführt.

Aus der Ostsee-Initiative der Christian-Albrechts-Universität „Science without frontiers“ hat sich im Berichtszeitraum die geplante Kooperation der Medizinischen Fakultäten in Kiel, Lund und Kopenhagen erfolgreich entwickelt. Nach dem Start in Kopenhagen 1999 wird die „Baltic Summer School 2000“ in Kiel stattfinden. Über einen Zeitraum von vier Wochen werden junge Forscherinnen und Forscher in theoretischen und praktischen Laborkursen in aktuellen Medizinthemen auf hohem Niveau geschult.

Die **Musikhochschule Lübeck** hat seit längerem Partnerschaftsverträge geschlossen mit der Akademie für Musik „Fryderyk Chopin“ in Warschau (Polen), mit der Jazeps Vitols Akademie für Musik (Lettland) und der Musikhochschule Stockholm (Schweden).

26. Das 1995 als eine der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel angegliederte, selbständige wissenschaftliche Einrichtung des Landes gegründete **Schleswig-Holsteinische Institut für Friedenswissenschaften (SCHIFF)** beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Kooperation und Konflikt in der Ostseeregion.

1999 wurden Arbeiten abgeschlossen, die sich mit dem Staatsbürgerschaftskonflikt in Estland (in Kooperation mit dem ECMI in Flensburg) und mit der Bedeutung befassen, die dem Ansatz präventiver Diplomatie, insbesondere der OSZE-Langzeitmission in Tallinn, für seine Bearbeitung zukommt (gefördert durch die Schweizerische Friedienstiftung in Bern). Neu begonnen wurde ein Rahmenprojekt mit dem Titel „Brückenschläge“ - Ostseekooperation, Russland und die europäische Integration“, wobei zunächst vor allem die Entwicklungsperspektiven der russischen Exklave Kaliningrad im Kontext der EU-Erweiterung thematisiert werden.

In der Veranstaltungsreihe „SCHIFF-Kolloquium Kooperation und Konflikt in der Ostseeregion“ waren als Referenten u.a. der Direktor des Sekretariats des Ostseerates, Jacek Starosciak, der deutsche Botschafter in Vilnius, Detlof von Berg, sowie der Generalkonsul in St. Petersburg, Dieter Boden zu Gast. 1999 wurde der zweite Band des „NEBI-Yearbook of North European and Baltic Sea Integration“ veröffentlicht, an dessen Herausgabe SCHIFF gemeinsam mit allen nordischen Außenministerien und mehreren auf die Region bezogenen Forschungseinrichtungen aus den nordischen Ländern beteiligt ist.

27. Die **Bildungsministerien Schleswig-Holsteins und Lettlands** arbeiten in organisationsstrukturellen Fragen der Sonderpädagogik seit Jahren eng zusammen. In den vergangenen Jahren haben schleswig-holsteinische Schulräte über mehrere Jahre regelmäßig Fortbildungsmaßnahmen für die lettische Schulaufsicht durchgeführt. Diese Zusammenarbeit soll fortgesetzt und intensiviert werden.
28. Schleswig-Holstein beteiligt sich im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Bundesrepublik Deutschland (KMK) an der Zusammenarbeit mit der **European Agency for development in special educational needs** mit Sitz in Middelfart (Dänemark) durch die Entsendung einer Arbeitspartnerin und der Vertreterin der Länder im Verwaltungsrat der Agency. Dadurch ist es bisher gelungen, auch Kontakte zwischen Sonder-

schulen in den Ostseeländern sowie Kooperation in fachlichen sonderpädagogischen Fragen zu etablieren.

29. Im Bereich Lehrerfortbildung und Schüleraustausch sollen folgende Projekte gesondert hervorgehoben werden:

- Unter dem Projekttitel „**Baltic Sea Project School**“ besuchten 27 Realschüler der Klassenstufe 10 auf einer Arbeitsreise Ostseeanrainerstaaten (24. August bis 25. September 1999). Im Rahmen von Projekten trafen sie mit Jugendlichen in Schweden, Finnland, Estland, Litauen und Polen zusammen und brachten Hilfsgüter nach Tallinn (Estland).
- Ein **Austausch von Fremdsprachenassistenten** erfolgt im Rahmen von SOKRATES (Lingua C) mit Dänemark, Schweden, Norwegen sowie den Niederlanden, Frankreich und Italien. Im Schuljahr 1999/2000 sind insgesamt 17 angehende Fremdsprachenlehrer aus Schleswig-Holstein zu 3- bis 8-monatigen Aufenthalten an Schulen in Schweden (7), Dänemark (1), Norwegen (2), den Niederlanden (4), Frankreich (1) und Italien (2) eingesetzt.
- **Hospitationen finnischer Deutschlehrkräfte** werden von der Deutschen Auslandsgesellschaft Lübeck e.V. organisiert. Während ihres Aufenthaltes hospitieren 15 finnische Lehrkräfte für eine Woche an schleswig-holsteinischen Gymnasien und Gesamtschulen, vermittelt durch das schleswig-holsteinische Bildungsministerium; Zuschüsse gewährt das Auswärtige Amt.
- Der bereits traditionell bestehende Schüleraustausch im Rahmen von **Schulpartnerschaften** mit den Ostseeanrainerstaaten weitet sich aus. So pflegen 226 Schulen aus Schleswig-Holstein einen regelmäßigen Schüleraustausch im Ostseeraum.
- Auch die **Projektzusammenarbeit** von Schulen im Rahmen des EU-Förderprogramms SOKRATES (COMENIUS Aktion 1) zeigt steigende Tendenz. Über 100 Schulen

aus dem Ostseeraum sind mittlerweile an solchen Schulpartnerschaften beteiligt. Es ist eine weitere Ausweitung mit dem Programm SOKRATES II ab dem Jahr 2000 zu erwarten.

30. Das **Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule (IPTS)** ist an mehreren von der EU geförderten Projekten beteiligt bzw. hat die EU-Förderung beantragt:

Das IPTS ist koordinierende Dienststelle für das u.a. mit Finnland bereits im zweiten Jahr durchgeführte Projekt „Autonomere Schulen - Förderung von Eigeninitiative und Selbstmanagement“. Die Fortführung für ein drittes Jahr ist beantragt. Die Ergebnisse wurden im Herbst 1999 im Rahmen eines von der EU geförderten und international besetzten Fortbildungsseminars in Hamburg vorgestellt.

Das IPTS ist teilnehmende Dienststelle an dem u.a. mit Dänemark durchgeführten Projekt „Interkulturelle Pädagogik in Praxis und Theorie“. - Außerdem beabsichtigt das IPTS, im Herbst 1999 (voraussichtlich im Oktober) in Zusammenarbeit u.a. mit Norwegen das Projekt „Entwicklung von Qualitätsbewusstsein in der Bildung“ zu beginnen. EU-Förderung ist beantragt.

Das vom IPTS gemeinsam mit Dänemark und Großbritannien durchgeführte und von der EU geförderte Projekt „**FLIPS**“ - **Fremdsprachenlernen in der Primärstufe**. Es werden im Rahmen dieses Projekts Lehr- und Lernmaterialien für Englisch und Dänisch entwickelt, so u.a. ein deutsch/dänisches Video für Aus- und Fortbildung.

Das ebenfalls vom IPTS gemeinsam mit Dänemark durchgeführte und von der EU geförderte Projekt „**LEDU**“ - **Lehrmittel für den Dänisch-Unterricht**. Es werden schulartübergreifend Lehr- und Lernmaterialien für den Dänisch-Unterricht in der Sekundarstufe II und computergestütztes Material für die Sekundarstufe I entwickelt.

31. **Fremdsprachengegegnungen** in der Grundschule in den Sprachen Englisch und Dänisch, an einzelnen Schulen auch in Französisch, wird mittlerweile

an 195 Grundschulen in Schleswig-Holstein angeboten. Das bedeutet, dass im Schuljahr 1999/2000 an jeder dritten Grundschule die Schülerinnen und Schüler in der 3 und 4 Klassenstufe eine Fremdsprache kennenlernen. Die flächendeckende Einführung ist ab Schuljahr 2002/2003 geplant.

32. Die im Jahre 1999 sehr erfolgreich begonnenen **Landesprojekte „Schulans Netz“** (im Rahmen des Investitionsprogramms „Arbeit, Bildung, Innovation“) und „Schulen im Netz“ (im Rahmen der Initiative Multimedia Schleswig-Holstein und der Deutschen Telekom AG) werden in diesem Jahr fortgeführt. Der ebenfalls 1999 eröffnete Landesbildungsserver als regionale Internetplattform für alle an Bildung Interessierten wird in diesem Jahr weiter ausgebaut. Nach seiner Anfangsphase verzeichnete er inzwischen etwa 30.000 Zugriffe täglich.

33. **Verkürzung der Schul- und Studienzeiten:** Überlange Schul- und Ausbildungszeiten mindern die Chancen der nachwachsenden Generation, sich in der internationalen Konkurrenz zu behaupten. Daher wird Schleswig-Holstein das Abitur bei Wahrung der Standards auch nach 12 Jahren möglich machen.

Beginnend zum Schuljahr 2001/2002 werden unterschiedliche Modellversuche an verschiedenen Orten für den Erwerb des Abiturs nach 12-jähriger Schulzeit durchgeführt. Das Angebot, das mit allen Betroffenen, den Schülern, den Eltern, den Lehrkräften, intensiv vorbereitet wird, wird ein kompakteres Curriculum aufweisen, es richtet sich an schnell lernende Schülerinnen und Schüler mit einem breiten Begabungsspektrum. Für die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler wird die Elternentscheidung maßgeblich sein; ggf. müssen weitere Kriterien herangezogen werden.

Die Landesregierung wird dieses Vorhaben behutsam, ohne Gefährdung der bestehenden Einrichtungen und unter Wahrung des anerkannt hohen Niveaus des schleswig-holsteinischen Abiturs beginnen.

32. Unter dem Motto **„Ibsen - Grieg - Munch - Norwegische Kultur in den**

Schulen Schleswig-Holsteins“ führte das IPTS in Zusammenarbeit mit dem Königlichen Norwegischen Außenministerium in Oslo und dem norwegischen Generalkonsulat von Hamburg vom 13. bis zum 15. Oktober 1999 eine Lehrerfortbildungsveranstaltung durch. Dabei werden fächerübergreifende Aspekte (Kunst, Musik, Literatur, Landeskunde) im Mittelpunkt stehen. Daneben sind besondere Referate norwegischer Persönlichkeiten der Zeitgeschichte sowie der Natur bzw. der Wirtschaft Norwegens gewidmet. Vom 10. bis 13. September 2000 wird das Thema „Norwegische Kultur in den Schulen Schleswig-Holsteins“ in der Lehrerfortbildungsreihe „Kooperation im Ostseeraum“ behandelt.

33. Unter der Federführung des Landes Schleswig-Holsteins übernimmt ab August 2000 für drei Jahre die Bundesrepublik Deutschland die Koordination des **Baltic-Sea-Project**, einem regionalen Programm der Ostseeanrainerstaaten im Schulnetz der **UNESCO-Projektschulen**. Das Projekt läuft seit 1989 und wird alle drei Jahre wechselnd von den nationalen UNESCO-Kommissionen der Ostseeanrainer koordiniert. Schulen, Lehrer und Erziehungsbehörden aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Litauen, Lettland, Polen, Rußland und Schweden arbeiten zusammen, um das Engagement der Schüler für Umwelt, Mensch und Natur zu steigern.

34. Vorgesehen ist die Erweiterung der Arbeitsgruppe **„Cercles Europe“** (Zusammenarbeit im schulischen Bereich) mit den Regionen Pays de la Loire (Frankreich), Emilia Romagna (Italien), Nordirland, Republik Irland, Balaton (Ungarn) um die Region Skåne (Schweden).

35. Unter dem Dach der Kulturinitiative **Ars Baltica** existiert auch weiterhin eine grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Im Berichtszeitraum konnten einige vielbeachtete Gemeinschaftsprojekte realisiert werden:

- Die **1. Ars Baltica-Triennale der künstlerischen Fotografie** mit Stationen im gesamten Ostseeraum sowie einer erfolgreichen Schlußpräsentation in Paris kann als das bisher erfolgreichste Ars Baltica-

Projekt angesehen werden.

- An diesen Erfolg knüpft schon jetzt die 1999 in Kiel begonnene **2. Ars Baltica-Triennale der künstlerischen Fotografie** an, die nach einer ersten Station in Kiel an weiteren Stationen in Rostock, Bergen, Dresden, Gdansk, Helsinki, Odense, Stockholm und Vilnius gezeigt wird.
 - **JazzBaltica**, das seit 10 Jahren stattfindende Fest des Ostseejazz, hat sich zum zentralen Ars Baltica-Projekt mit internationaler Ausstrahlung und Anerkennung entwickelt. Heute wird es in der Fachwelt als eines der wichtigsten Jazz-Festivals in Europa gewürdigt.
 - Die von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam realisierte **Ausstellung „Ernst Barlach - Künstler des Nordens“** hatte gefeierte Stationen in Rostock, Danzig, Helsinki, Wedel und Aalborg.
 - Die von Finnland ausgehende **Ars Baltica-Initiative „Artists in Hospital“** wird zur Zeit unter Beteiligung schleswig-holsteinischer Künstlerinnen und Künstler in verschiedenen Workshops und Seminaren realisiert. Sie ist ein weiteres Beispiel für den wachsenden Beitrag der Ars Baltica-Initiative zum engeren Zusammenrücken und zum besseren Verständnis über Grenzen hinaus.
36. Die vierte **Konferenz der Ostseekulturminister** fand am 20./21.09.1999 in Gdansk statt. Sie wurde in enger Zusammenarbeit mit Hamburg, das zuletzt auch aktiv in die Arbeit des Ars Baltica-Organisationskomitees einbezogen werden konnte, vorbereitet. Den Auftrag, Ars Baltica zu einem funktionsfähigen internationalen Netzwerk der Kultur im Ostseeraum auszubauen, hat das Ars Baltica-Organisationskomitee im Oktober 1999 nochmals bekräftigt. In der 4. Konferenz der Ostsee-Kulturminister wurde der Vorschlag Norwegens diskutiert, Ars Baltica organisatorisch an den Ostseerat (CBSS) anzugliedern, diskutiert; diesen Vorschlag haben die norddeutschen Kulturminister aufgegriffen und gegenüber der Bundesregierung mit Blick auf den deutschen Vorsitz im Ostseerat unterstützt.
37. Im Rahmen des **Kulturaustausches mit Osteuropa** - bezogen vorwiegend auf die Region Gdansk (Danzig) in Polen, das Gebiet Kalinigrad/ Königsberg in Rußland und die Republik Estland - wurden 1999 wieder zahlreiche Projekte und Veranstaltungen gefördert, die einerseits die kulturellen Traditionen der dortigen deutschen Minderheiten unterstützen und andererseits der Mehrheitsbevölkerung zugute kommen sollen.
38. Der **grenzüberschreitenden kulturellen Zusammenarbeit mit Dänemark** kommt wachsende Bedeutung zu. 1998 wurde eine INTERREG-Kulturgruppe mit Vertretern der Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, der Stadt Flensburg und dem Land Schleswig-Holstein ins Leben gerufen, die seitdem gemeinschaftliche grenzüberschreitende deutsch-dänische Projekte unterstützt.
- So konnten bisher ein Deutsch-Dänische Kindertheaterfestival sowie das Projekt „Grenzklang“, ein grenzüberschreitendes Märchenmusical unter Beteiligung von vier Schulen im deutsch-dänischen Grenzraum sowie ein deutsch-dänisches Ziegelkunstsymposium im Ziegeleimuseum Cathrinensminde verwirklicht werden. Der Landesmusikrat wird in Zusammenarbeit mit dem „Sønderjysk Amatørsymfonieorkester“ im August 2000 eine „Nordschleswigsche Musikwerkstatt“ in Sønderborg durchführen.
- Ein INTERREG II-A-Projekt zur grenzüberschreitenden digitalen Vernetzung von 3 deutschen und 5 dänischen Büchereien in der Grenzregion wurde Ende März 2000 abgeschlossen. Im Rahmen der regionalen Veranstaltungen zur EXPO 2000 haben über 20 deutsche, dänische und friesische Bibliotheken im Rahmen eines umfangreichen Gemeinschaftsprojekts ein breit gefächertes Programm zur Präsentation der in dieser Form in Deutschland wie in Dänemark einzigartigen Bibliotheken- und Kulturlandschaft der Region erarbeitet.
39. Mit Unterstützung des MBWFK und der Beschäftigungsgesellschaft Schleswig-Holstein bemüht sich der in

- Schleswig-Holstein ansässige „Verein der Freunde und Förderer des ehemaligen **Hauptgestüts Trakehnen** e.V.“ um die Restaurierung zunächst zweier bedeutender Gebäude des früheren Gestüts im heutigen Jasnaja Poljana (Gebiet Kaliningrad). Nachdem die Zustimmung aller vier Verwaltungsebenen innerhalb der Russischen Föderation zu dem Projekt inzwischen vorliegt, werden derzeit Finanzierungsfragen (u.a. EU-Förderung) untersucht.
40. In der im Februar 2000 in Kiel durchgeführten **Literaturveranstaltung „NordOstPassagen“** waren Teilnehmer aus Russland, Schweden, Dänemark und Deutschland vertreten. Die alle zwei Jahre unter Einbeziehung der Generalkonsulate der jeweiligen Länder stattfindende Veranstaltung dient als Forum für nordosteuropäische Länder.
41. Die **Filmwerkstatt** der Kulturellen Filmförderung Schleswig-Holstein e.V. beteiligte sich 1999 an der „International Media Summer Academy“ in Dänemark, dem „Balticum Film & TV Festival Bornholm“ (traditioneller Erfahrungsaustausch), dem „Nordisk Forum - Nordisk Panorama“ (jährliches Treffen mit skandinavischen Filmschaffenden), dem „International Documentary Film Symposium Riga“ (Treffen alle 2 Jahre in Riga) sowie an drei gemeinsam mit der dänischen Videowerkstatt Haderslev durchgeführten Seminaren.
42. Die **41. Nordischen Filmtage Lübeck** waren mit knapp 130 Filmen und 180 Vorführungen wieder das größte und umfassendste Schaufenster in Deutschland für Filme aus den skandinavischen, den baltischen Ländern und aus Schleswig-Holstein. Aus Anlaß des 125. Todestages von Hans Christian Andersen wurde 1999 eine Retrospektive mit 18 Filmen präsentiert, die auf Märchen des dänischen Dichters basieren. Nach Island im Jahr 2000 werden die 43. Nordischen Filmtage 2001 schwerpunktmäßig Finnland gewidmet sein.
43. Das aus dem EU-Programm SOKRATES (Comenius 2) geförderte Projekt „Das bin ich-Det er mig-Dat sin ech-Dit ben ik“ zur **Interkulturellen Bildung und Erziehung** läuft seit 01.09.1997 bis 31.08.2000 und ermöglicht Lehrkräften, Anliegen der interkulturellen Bildung und Erziehung in den regulären Fachunterricht in der Grundschule zu integrieren. Beteiligt sind das MBWFK, das IPTS, sowie Institutionen in Amsterdam, Luxemburg und Dänemark.
44. Im Rahmen der kommunalen Städtepartnerschaften gibt es Kontakte der **schleswig-holsteinischen Volkshochschulen** zu Bildungsstätten im Ostseeraum. Der Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. führte zahlreiche Ostseeveranstaltungen 1999 durch, z.B. eine Ostseekonferenz mit 80 Vertretern der Erwachsenenbildung aus dem Ostseeraum.
- Die Volkshochschulen Kiel, Neumünster, Rendsburg und Eckernförde führten im Jahre 1998 mit vergleichbaren Einrichtungen der Insel Fyn ein INTERREG II A-Projekt zum Aufbau von Kooperationsstrukturen (Regio-link) durch. Es führte zum Folgeprojekt Regio Link II (Gemeinsames Bildungsprojekt der Bildungseinrichtungen der Region K.E.R.N. / Fyns Amt, ebenfalls gefördert aus INTERREG II A). Darüber hinaus wurde ein gemeinsames „Steering Committee Adult Education“ innerhalb der Region K.E.R.N. / Fyn zur Vernetzung der Bildungseinrichtungen eingerichtet.
- Die Volkshochschulen Flensburg, Husum und Schleswig haben Anfang 1999 im Rahmen von INTERREG ein Multimedia-Projekt mit der Amtsverwaltung Sønderjylland begonnen (Entwicklung einer CD für Deutsch-Dänische Sprachkurse).
45. Daneben kommt im Weiterbildungsbereich den institutionell vom Land geförderten **Akademien, Bildungsstätten und Heimvolkshochschulen** eine besondere Rolle in der Ostseezusammenarbeit zu. Zu nennen sind insbesondere das Nordkolleg Rendsburg, die Europäische Akademie Schleswig-Holstein e.V. in Sankelmark und die Ostsee-Akademie in Lübeck-Travemünde sowie die Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg in Quern, Kreis Schleswig-Flensburg.
- Aus dem Bereich der **politischen Bildung** sind hervorzuheben die institutionell über die Landeszentrale für politische Bildung geförderte Hermann-

Ehlers-Akademie in Kiel, die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente, die Bildungsstätte Zündholzfabrik in Lauenburg sowie die Bildungsarbeit von Anderes Lernen e.V., Kiel und der Sydslesvigks Oplysningforbund, Flensburg.

46. Die **Landeszentrale für Politische Bildung** setzt auch im Jahre 2000 ihre intensive Arbeit mit den und über die nordeuropäischen Staaten fort:

In Zusammenarbeit mit dem „Ministry for Administration Reforms and Local Authorities“ in Vilnius findet das sechste **Seminar für litauische Bürgermeister und Landräte** zum Thema „europa und die Kommunalpolitik“ in Schleswig-Holstein statt. Möglich wird dies durch eine Mitfinanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern.

Im Kieler Schloß wurde das **Forum „Politik, Wirtschaft und Sicherheit im Ostseeraum“** mit herausragenden Referenten aus dem In- und Ausland durchgeführt.

„**Polen - Nachbar und Partner**“ hieß ein Seminar, das in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr in Rendsburg stattfand und die Offiziere auf den neuen NATO-Partner Polen vorbereitete.

Unter dem Thema „**Häfen der Ostsee unter dem Banner von Wirtschaft und Politik - sanfter Tod oder Wachstumsmotor?**“ findet im Kieler Schloß ein Forum statt, das hauptamtliche Vertreter der Hafenwirtschaft aus den Ostseeanrainerstaaten mit Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung zusammenführt.

In Zusammenarbeit mit der Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages findet eine Studienexkursion nach Weißrußland und Litauen für Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale Mecklenburg-Vorpommern statt.

Für Multiplikatoren aus Politik, Bildungswesen und Medien führt die Landeszentrale eine **Studienfahrt nach Polen (Danzig, Warschau und Thorn)** durch, die Bild vom heutigen Polen vermitteln soll.

Seit vielen Jahren wird von der Landeszentrale ein wechselseitiger **Besuchsaustausch** schleswig-holsteinischer Pädagogen und Kommunalpolitiker mit polnischen Kollegen aus der Woiwodschaft Oppeln (Opole) durchgeführt. So werden im September 2000 polnische Pädagogen/innen und Kommunalpolitiker/innen sich über Politik, Wirtschaft und Bildungswesen in Schleswig-Holstein sowie über die Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum informieren

„**Polonia ante partas: Polen auf dem Weg in die EU**“ heißt ein Forum im Kieler Schloß, das unter Beteiligung polnischer und deutscher Experten ein realistisches Bild der Problemfelder, Chancen und Perspektiven für Polen und für das deutsch-polnische Verhältnis zeichnen soll.

47. Das **Museumsamt Schleswig-Holstein** vermittelt vielfältige Kontakte zwischen einzelnen Museen der Ostseeländer und unterstützt den einschlägigen Austausch mit den Regionen im Ostseeraum, namentlich mit den Partnerregionen Schleswig-Holsteins.

Intensive Verbindungen bestehen zur ostrobothnischen Partnerregion in Finnland, um die kulturelle Präsentation Finnlands zum Länderschwerpunkt des „Schleswig-Holstein Musikfestivals 2001“ vorzubereiten. Nach der Eröffnung der repräsentativen Emil-Nolde-Ausstellung in der norwegischen Hauptstadt Oslo wurden für das laufende Jahr erste Kontaktaufnahmen mit Museen in der Partnerregion Ost-Norwegen verabredet. Kooperationsmöglichkeiten der Museen mit der polnischen Woiwodschaft Pomorskie/Pommern waren Gegenstand einer Tagung der Ostseeakademie Travemünde.

Mit dem benachbarten Dänemark entwickelten sich in den letzten Jahren, beschleunigt durch Gründung der Euro-Region Schleswig/Sønderjylland, ein lebendiger Austausch sowie erste gemeinsam erarbeitete Ausstellungsprojekte der Museen. Für das im Aufbau befindliche „Industriemuseum Slesvig/Schleswig“ wird erstmals eine integrierte deutsch-dänische Trägerschaft

angestrebt.

Innenministerium

47. Mit dem Ziel einer **Sicherheitspartnerschaft im Ostseeraum** hatte der Innenminister bereits mehrere bilaterale Vereinbarungen über die polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Kriminalität mit den entsprechenden Verwaltungen der baltischen Staaten, Polens, Rußlands und Dänemarks getroffen. Im April 1999 wurden diese im Rahmen eines Besuchs des Innenministers in **Stockholm und Helsinki** durch entsprechende Vereinbarungen mit Schweden und Finnland ergänzt. Angestrebt wird dabei u.a. eine internationale Konzeption für das Unfallmanagement im Ostseeraum sowie eine engere Zusammenarbeit im Bereich regionaler und lokaler Kriminalprävention.

48. Die Landespolizei Schleswig-Holstein leistet - wie bereits in den vergangenen Jahren - weiterhin **Beratungs-, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe** für Partner im Ostseeraum. Für das Jahr 2000 sind insgesamt 23 Projekte geplant.

Schwerpunkt der Ausstattungshilfe wird 2000 das **Juristische Institut Kaliningrad** mit dem Milizkrankenhaus sein. Neben ausgesonderten Computern wird eine komplette Krankenhaus-einrichtung des Amtes für Katastrophenschutz nach Kaliningrad befördert werden.

Im Rahmen der Ausbildungshilfe finden zahlreiche Austauschprojekte mit Dozentinnen und Dozenten sowie Studierenden aus **Estland, Litauen** und **Kaliningrad** statt.

Im Jahr 2000 wird die Zusammenarbeit mit der **Rechtsakademie Litauen** den Schwerpunkt der Beratungshilfe bilden. Im Rahmen des TEMPUS (Phare)-Programms der EU werden insgesamt zehn Hochschullehrerinnen und -lehrer der Rechtsakademie Litauen in verschiedenen Rechtsfeldern unterwiesen, z.B. in den Bereichen Kriminalprävention, Sicherheitspartnerschaft, Menschenrechte und Datenschutz. Im Mai 2000 nehmen Angehörige der Polizeiabteilung des Innenministeriums an einem kriminalpräventiven Seminar der

estnischen Polizei in Tallinn teil.

Ein Beamter der Landespolizei Schleswig-Holstein hielt 1999 im Auftrag des Europarates mehrere Vorlesungen zum Thema „Polizei und Menschenrechte“ an den Universitäten von Moskau und Vilnius.

49. Unter Federführung des Landeskriminalamtes wurde vom 18. bis 20. Oktober 1999 eine **internationale Konferenz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität** (OK) im Ostseeraum in Kiel durchgeführt. Hieran nahmen Führungskräfte aus den zentralen OK-Bekämpfungsdienststellen bzw. den Innenministerien aller Ostseerainerstaaten sowie der Leiter des OK-Teams von Europol teil. Folgende Ziele wurden beraten: Erstellung aktueller Lagebilder, Intensivierung des Informationsaustausches, verbesserte Möglichkeiten der operativen Zusammenarbeit, Planung gemeinsamer Bekämpfungsstrategien und -konzepte, Erfahrungsaustausch, Aufbau und Verbesserung der Kommunikation.

50. Die **Task-Force on Organized Crime** des Ostseerates tagte im Herbst 1999 zum ersten Mal gemeinsam mit dem von ihr eingesetzten „Operative Committee“ (OPC) in Deutschland (Lübeck). Schleswig-Holstein wird künftig ebenso wie Mecklenburg-Vorpommern im OPC vertreten sein. Die Landespolizei wird sich auch 2000 an internationalen Maßnahmen und Kontrollaktionen zur Bekämpfung der OK im Ostseeraum beteiligen.

51. Die Leiter der Polizeiabteilungen der Länder und des Bundes treffen sich halbjährlich (zuletzt im Oktober 1999 in Wildbad Kreuth) mit ihren Kollegen aus den MOE-Staaten, den baltischen und den skandinavischen Staaten zu einem Informationsaustausch auf der Ebene des polizeilichen Aufgabenvollzugs (**Arbeitsgemeinschaft „Polizeiliche Zusammenarbeit MOE“**).

52. Im September 1999 fand in Brandenburg die 22. Sitzung der **Arbeitsgruppe „Rauschgifthandel Nord-Ost“** statt, daran nahmen u.a. die baltischen Staaten und Polen teil. Die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe obliegt seit mehreren Jahren dem LKA Schleswig-Holstein.

53. In Zusammenarbeit mit Dänemark hat die Polizeidirektion Nord im Jahr 2000 ein dreijähriges **grenzüberschreiten- des deutsch-dänisches Fortbil- dungsprojekt** begonnen, das aus INTERREG II A mit rd. 500.000 DM gefördert wird (u.a. Sprachkurse, Erarbeitung eines Handbuches über Aufgaben, Zuständigkeiten und Arbeitsweisen der Polizeidienststellen). Dieses Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der in den vergangenen Jahren aufgebauten praktischen grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit.

54. Ein Vertreter der Landespolizei nahm 1999 an einer Sitzung der **Arbeitsgruppe „Checkliste Memorandum of Understanding“ (MoU)** teil. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind u.a. Finnland, Estland, Litauen, Schweden, Dänemark, Polen und Deutschland. Ziel der Sitzung war es, die Vorgehensweise bei **Kontrollen des Schiffsverkehrs** untereinander abzustimmen. Zu diesem Zweck wurde eine Checkliste erarbeitet, die der 2000 stattfindenden 24. MoU-Konferenz vorgelegt wird.

55. Darüber hinaus finden 2000 - wie bereits 1999 - zwischen Dänemark und Deutschland abgestimmte **Schwerlast- und Gefahrgutkontrollen** des Straßenverkehrs statt.

56. Aktivitäten der **Verwaltungsfachhochschule Altenholz (VFHS)** und der **Verwaltungsschule Bordesholm**:

1999 absolvierten neun Studierende der VFHS im Rahmen ihrer berufspraktischen Studienzeit Praktika bei Behörden in Dänemark, Schweden, Norwegen und Estland.

Der Leiter des Auslandsamtes der VFHS nahm an einer vom MJBE durchgeführten Studienfahrt nach Norwegen teil.

Die Verwaltungsschule Bordesholm arbeitet mit der „Wyższa Szkoła Administracji Publicznej“ in Stettin zusammen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit sind für Studierende der Stettiner Verwaltungsschule u.a. Exkursionen nach Schleswig-Holstein sowie deren Teilnahme an Seminaren und Lehrveranstaltungen der VFHS und Praktika bei schleswig-holsteinischen Landes-

und Kommunalverwaltungen geplant.

Darüber hinaus wird interessierten Kommunalpolitikern aus Schleswig-Holstein angeboten, an Informationsveranstaltungen über Polen und die polnische Kommunalpolitik teilzunehmen.

Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten(MUNF)

57. Am 22./23. Juni 1998 wurde vom Ostseerat die AGENDA 21 für den Ostseeraum (**Baltic-21**) verabschiedet, ein umfassendes Programm zur regionalen Umsetzung der 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen AGENDA 21. In einem ressortübergreifenden Workshop der Landesverwaltung wurden für die 30 Leitprojekte der BALTIC 21 konkrete Anknüpfungspunkte für Schleswig-Holstein in Form von Maßnahmenvorschlägen entwickelt. In die Steuerungsgruppe (Senior Officials Group) der BALTIC 21 wurde als Vertreter der BSSSC ein Mitarbeiter des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums aufgenommen.

58. Gemeinsam mit SydSam und der Woiwodschaft Pomerania wurde das EU-geförderte **Projekt SEMLA** („Strategies for Eco-Management among Local and Regional Authorities, Organisations and Enterprises in the Baltic Sea Area“) entwickelt. Dieses in 1999 in einer ersten Phase durchgeführte Projekt zielt auf die Vermittlung von Know-how und Erfahrungen im Bereich betrieblicher Umweltschutz- und Umweltmanagement-Systeme (UMS) ab. In der Projektzusammenarbeit sollen Erfahrungen mit UMS vermittelt, ausgetauscht und - besonders in Polen - bekanntgemacht werden. Neben etablierten UMS (EMAS und ISO 14.001) sollen weitergehende Ansätze vorgestellt werden.

Ein Zusatznutzen soll durch Intensivierung wirtschaftlicher Kontakte sowie durch einen allgemeinen kulturellen Austausch erreicht werden.

Ziel einer zweiten Phase des Projektes ist es, die aufgebauten Kooperationen zwischen den Fachhochschulen Lübeck, Kalmar und Danzig zu verstärken und für die betriebliche Praxis zu nutzen (siehe auch nachfolgende Ausführungen).

rungen zu Ziffer 2).

59. Im Rahmen von INTERREG II C wurde 1998 das Projekt „Baltic Eutrophication Network“ (**BERNET**) begonnen. Es handelt sich um eine Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Dänemark (Fyn), Estland (Pärnu), Russland (Kaliningrad), Polen (Danzig), Finnland (Vaasa) und Schweden (Bostad/Laholm) zur Verringerung der Nährstoffeinträge in Küstengewässer durch einen Vergleich der angewandten Planungsinstrumente in den Bereichen Abwasserbeseitigung, Raumplanung, Küstengewässermonitoring, Management von Feuchtgebieten und Landwirtschaft und den Transfer der darin in den jeweiligen Ländern bereits bestehenden Erfahrungen. Ziel ist die gemeinsame Entwicklung konkreter Projekte und damit die Umsetzung der in dieser Zusammenarbeit gewonnenen Erfahrungen in die Praxis.

60. Als Nachfolger des 1994 im Rahmen des Projektes „Baltic States Regional Environmental Development for Estonia, Latvia and Lithuania“ entwickelten **Baltic Environmental Forum (BEF)** zur Initiierung und Förderung der Zusammenarbeit der drei baltischen Staaten auf dem Gebiet des Umweltschutzes unter Beteiligung Schleswig-Holsteins wurde 1998 das Projekt BEF 2 begonnen mit dem Ziel, die Umweltverwaltung in den baltischen Staaten auf die Vorgehensweisen und den Umgang mit den EU-Richtlinien im Umweltbereich vorzubereiten. Dabei besteht eine stärkere Eigenbeteiligung der baltischen Staaten an BEF 2 mit finanziellen Beiträgen der EU, Schwedens und Finnlands sowie des Bundes.

Aus Schleswig-Holstein sind die noch vorhandenen geringen Restmittel genutzt worden, um zusätzlich zu den bisher durch Schleswig-Holstein finanzierten Übersetzungen und den Druck von Handbüchern für Wasserver- und -entsorgung in die estnische, lettische und litauische Sprache auch eine Übersetzung ins Russische sowie die anschließend anfallenden Druckkosten zu tragen. Hierdurch soll sowohl russischsprachiges Personal in Kläranlagen der drei baltischen Staaten als auch der BERNET-Partner Kaliningrad profitieren.

61. Die **BSSSC** hat eine Arbeitsgruppe zum Umwelt- und Naturschutz eingesetzt, in der auch Schleswig-Holstein vertreten ist. In der Arbeitsgruppe werden derzeit Projektideen vorangetrieben und die strategische Ausrichtung von Umweltkooperationen, insbesondere im Hinblick auf Herausforderungen der Nachhaltigkeit und der BALTIC 21 diskutiert. Auf der letzten Jahreskonferenz der BSSSC in Kaunas hat die Arbeitsgruppe die auf den fachlichen Inputs Schleswig-Holsteins basierende Förderfibel für EU-Mittel im Umweltbereich vorgelegt.

62. **Helsinki-Kommission (HELCOM)**: Im Rahmen der Umsetzung des Übereinkommens von 1992 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (Nachfolge zum Übereinkommen von 1974) ist Schleswig-Holstein in verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten. Eine Mitarbeiterin des Umweltministeriums nimmt an den Treffen des HELCOM EC-Nature teil. Ein Mitarbeiter aus dem Geschäftsbereich des Umweltministeriums leitet die Arbeitsgruppe im Bereich Coastal Monitoring and Assessment.

63. Im Rahmen des Baltic Environmental Forum hat ein Vertreter des MUNF an einem Work-shop am 02./03. März 2000 in Riga teilgenommen, bei dem Grundzüge einer Informationskampagne zur Umsetzung von **NATURA 2000** erarbeitet wurden. Dabei konnten die vergleichsweise erfolgreichen schleswig-holsteinischen Erfahrungen einfließen in die Vorbereitung der drei baltischen Staaten zu NATURA 2000 und damit zur Erfüllung einer der Voraussetzungen für den geplanten EU-Beitritt beitragen.

64. Im Rahmen des DFG-Projektes „Erkundung und Bewertung der geothermischen Nutzungsmöglichkeiten tiefelegener Porenspeicher in Norddeutschland“ (**Erkundung Erdwärmepotentiale**) sollen gemeinsam mit dänischen Partnerinstituten Konzepte zur Nutzung von Erdwärme erarbeitet werden.

Ministerium für Finanzen und Energie (MFE)

65. Auch während der Kieler Woche 2000

werden die **Kieler-Ostsee-Energietage** (Titel: „Instrumente des Klimaschutzes“) als 3. Veranstaltung mit Beteiligung aus den Ostseeanrainerstaaten fortgesetzt. Damit findet nach 1997 (1. Parlamentarische Ostsee-Energie-Konferenz) und 1999 (2. Kieler-Ostsee-Energie-Tage) eine weitere themenbezogene Energieveranstaltung in Schleswig-Holstein statt.

66. Am 8. November 1999 hat sich der Initiativkreis Ostsee mit der „**Zukünftigen Energieversorgung im Ostseeraum**“ befaßt. Er hat auf Grundlage einer Vorlage des MFE Handlungsempfehlungen diskutiert. Als Handlungsfelder eines schleswig-holsteinischen Engagement sind die Mitwirkung an einer parlamentarischen Nachfolgekonzferenz in Kaliningrad, die Mitarbeit bei der Entwicklung von Visionen für ein Ostsee-Energieversorgungssystem und die Verfolgung von konkreten Projekten, ansetzend an den bisherigen Aktivitäten im Lande Schleswig-Holsteins, empfohlen worden.

67. Mit dem Bundeswirtschaftsministerium wurde Kontakt aufgenommen, um eine Mitarbeit der Landesregierung bei der Arbeit der **Ostsee-Energieministerkonferenz** zu erörtern. Auf Grundlage der Beschlüsse der Ostsee-Energieministerkonferenz am 24. und 25. Oktober 1999 in Helsinki/ Finnland ist ein Energie-Sekretariat und eine Group of Senior Energy Officials (GSEO) eingerichtet worden, die die weitere Arbeit für die Ministertreffen vorbereiten soll.

Die GSEO hat die Einrichtung von vier Arbeitsgruppen zu folgenden Themen beschlossen: Elektrizitätsmarkt, Gasmarkt, Klimaschutz und Energieeffizienz. Mit dem Bundeswirtschaftsministerium wird diskutiert, daß Vertreter des Landes zu einzelnen Fragestellungen in den Arbeitsgruppen mitwirken können. Auf einem Treffen der GSEO am 6. April 2000 in Tallin/ Estland sind die Gespräche hierüber auch mit den Vertretern der Ostseeanrainerstaaten fortgesetzt worden.

68. Die **Energiestiftung Schleswig-Holstein** ist an mehreren EU-geförderten Projekten beteiligt und bringt hier ihr Know-how ein:

- **Baltic Chain - Baltic Clearing House And Information Network** zielt auf die Unterstützung neuer Energietechnologien und Strategien der räumlichen Planung zur Stimulierung von Marktprozessen und Investitionen in den Staaten des Ostseeraums; gefördert wird das Projekt aus der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C (Ostsee). Dieses Projekt läuft bis Mitte 2001.

- **Baltic Energy Task Force** hat die baltischen Staaten und Polen bei der Entwicklung einer Energiepolitik und -gesetzgebung sowie bei der Schaffung geeigneter Investitionsbedingungen im Energiebereich unterstützt und der Ostsee-Energieministerkonferenz am 24./25. Oktober 1999 in Helsinki einen Abschlußbericht vorgelegt.

- Im Rahmen eines federführend von Österreich entwickelten Projektes zum **Aufbau von Umweltpolitik und -verwaltung in Slowenien** übernimmt die Energiestiftung die Aufgabe, Strategien für die Reduktion der Luftschadstoffe aus Energieumwandlung und Energienutzung zu entwickeln; finanziert wird das Projekt aus dem EU-Programm „PHARE Institution building“. Das Projekt läuft bis Ende 2000.

69. Im Juli 1999 führte eine ca. 20-köpfige **Studentengruppe aus Kaunas/ Litauen** auf Einladung der Fachhochschule Kiel ein Praktikum „Regenerative Energietechnologie in Schleswig-Holstein“ durch. Aus diesem Anlass empfing Staatssekretär Voigt die Gruppe am 15. Juli 1999 und erläuterte die schleswig-holsteinischen Bemühungen um einen Ausstieg aus der Atomenergie

70. Im Rahmen der EXPO 2000 war das Projekt „**EXPO2000-Windpark**“ bei Koszalin (Köslin) in Zusammenarbeit zwischen schleswig-holsteinischen und polnischen Unternehmen vorgesehen. Durch Entscheidung der Kommune kann dieses Projekt trotz erheblicher Vorarbeiten nicht mehr verwirklicht werden.

71. Zwischen der Landeshauptstadt Kiel, den Stadtwerken Kiel, der Energiestif-

tung SH und dem MFE sind Gespräche aufgenommen worden, um gemeinsam **Kaliningrad/Russland Hilfestellung in Energiefragen** Kaliningrad/Rußland zu geben. Es ist besprochen worden, wie eine konzertierte Aktion aussehen könnte. Diese Gespräche sollen zur Projektkonkretisierung führen.

Dazu hat ein Seminar mit Beteiligten aus Kaliningrad und Sovetsk (Russland), Gdynia (Polen) und Tallinn (Estland) im Mai 2000 in Kiel stattgefunden, ausgerichtet von der Landeshauptstadt Kiel. Die dort diskutierten Projektideen sollen weiter vertieft werden.

Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr (MWTV)

72. Die diesjährige **Ostsee-Wirtschaftsministerkonferenz** in Bergen (Norwegen, 07./08. Februar 2000), im Rahmen der norwegischen Ostseeratspräsidentschaft, hat die Diskussion um die Anforderungen an einen gemeinsamen Wirtschaftsraum vertieft. An den Arbeiten der Arbeitsgruppe Wirtschaft des Ostseerates (CBSS) sind die norddeutschen Länder im Rahmen der deutschen Delegation beteiligt; die bis Juni 2000 bei Mecklenburg-Vorpommern liegende Federführung unter den norddeutschen Ländern geht für 2000/2001 auf Schleswig-Holstein über.

73. Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit **Norwegen** war ein Schwerpunkt in der außenwirtschaftlichen Marktpflege Skandinaviens. Während des Besuchs von Minister Dr. Rohwer in Norwegen am 12./13. April 2000 konnte sich Schleswig-Holstein als Partner, insbesondere mit den Ostnorwegischen Fylker verstärkt ins Gespräch bringen.

74. Die im Oktober 1999 von der WSH arrangierte norwegisch-deutsche **Wirtschaftspräsentation „Expinnova '99“** in Kiel war ein besonderer Erfolg: An dieser nunmehr dritten Präsentation, die wechselweise in Norwegen und in Schleswig-Holstein ausgerichtet wurden, nahmen 70 Unternehmen aus beiden Partnerregionen teil; erste Kooperationskontakte konnten zwischen ein-

zelnen Unternehmen vereinbart werden.

75. **Moderne Technologiefelder** sind besonders geeignet, Wirtschaftsbeziehungen mit den skandinavischen Ländern zu intensivieren. Der damalige Wirtschaftsminister Bülck hatte den Hamburger Wirtschaftssenator Dr. Mirow im August 1999 bei einer Unternehmerreise während der Etappe Stockholm begleitet; im Vordergrund standen unternehmerische Kontakte aus Norddeutschland in Richtung Schweden in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, Biotechnologie im Vordergrund. - Der **Technologiedialog mit Norwegen** konnte im März 2000 in Kiel aufgenommen werden.

76. Der **Wirtschaftspartner Polen** liegt, was schleswig-holsteinische Exporte angeht, bereits jetzt hinter Dänemark mit Schweden. Das große Marktpotential beim polnischen Nachbarn stand im Mittelpunkt einer Unternehmerreise des damaligen Wirtschaftsministers Bülck im Oktober 1999 nach Nordpolen mit den Branchenschwerpunkten Ernährungs- und Bauwirtschaft. Die Unternehmergruppe konnte dabei das schleswig-holsteinische Projektengagement zum Aufbau von Kammerstrukturen in der Region Koszalin/Köslin für erste unternehmerische Kontakte nutzen können.

77. Die **Einbindung Rußlands in die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit** rund um die Ostsee ist ein Prüfstein dafür, daß diese Region modellhaft für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in Europa steht. Besonderes Engagement Schleswig-Holstein gilt dem Gebiet Kaliningrad. Das schleswig-holsteinische Wirtschaftsministerium und die Hamburger Wirtschaftsbehörde haben eine Aus- und Fortbildungsveranstaltung für Hafenexperten (25. Juni bis 01. Juli 2000) auch für Teilnehmer aus Kaliningrad geöffnet. Hamburg bindet Schleswig-Holstein ein in seine partnerschaftlichen Beziehungen mit der Stadt St. Petersburg.

78. Im Rahmen des **Europäischen Verkehrsprojektes VIKING** hat Schleswig-Holstein Anfang 1999 den Entwurf eines integrierten Güterverkehrskonzeptes vorgestellt. Grundlage für das Güterverkehrskonzept ist ein Gutachten

„Güterverkehr Schleswig-Holstein“ des Institutes für Seeverkehrswirtschaft und Logistik in Bremen vom September 1998. „Eine Vielzahl von Telematikprojekten wurde von den Vertragspartnern Schweden, Finnland, Norwegen, Dänemark, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in der ab dem Jahr 2000 laufenden Phase IV bei der EU zur Förderung beantragt

79. Zum Projekt **Fehmarnbelt-Querung** hat die Landesregierung die Öffentlichkeit über die Untersuchungsergebnisse umfassend informiert, die Gutachten ausgewertet und einen breit angelegten Dialog im Lande mit allen relevanten Gruppen auf den verschiedenen Ebenen geführt. Es wurden zahlreiche Informationstermine, Regionalkonferenzen und Fachgespräche zu Schwerpunktthemen durchgeführt.

In der **Konferenz „Fehmarnbelt-Querung** - eine Chance für den Norden“, die am 4. Oktober 1999 in Lübeck auf Anregung des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr von der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck veranstaltet wurde, konnten die Ende September 1999 veröffentlichte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und die sozioökonomische Regionalstudie zu diesem Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt und u.a. mit Vertretern der Bundesregierung, Dänemarks und Schwedens diskutiert werden.

Die Landesregierung hat zum Jahresende 1999 ein positives Votum beschlossen und der Bundesregierung zugestellt. Jetzt wird eine politische Grundsatzentscheidung der Regierungen in Kopenhagen und Berlin erwartet.

80. Über das Verkehrsprojekt einer **kombinierten Transportverbindung „Baltic Bridge“** wurde am 03.02. 1998 zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Hansestadt Hamburg sowie St.Petersburg und der Region Leningrad eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Aufgrund der wirtschaftlichen Krise in Rußland verzögerten sich die Gespräche zwischen den Partnern; Regierungs- und Wirtschaftsvertreter aus Schleswig-Holstein und anderen norddeutschen Küstenländern nahmen im Juni 1999 an der Konferenz zur Entwicklung der Ostseeverkehrsin-

frastruktur in St.Petersburg teil. Eine Fortsetzung der deutsch-russischen Schifffahrtsgespräche ist für den 19./20. September 2000 in St.Petersburg geplant.

Im Rahmen der sich abzeichnenden Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Russland ist eine Steigerung der Ergebnisse im Frachtbereich bei den Osteuropaverkehren zu beobachten. Durch den Einsatz einer weiteren großen kombinierten Fähre konnten die Ergebnisse des Vorjahres übertroffen werden. Darüber hinaus werden weitere positive Effekte von dem in der ersten Jahreshälfte 2000 aufgenommenen Liniendienst Kiel - Riga erwartet.“

81. Die Idee eines **ostseeweiten Netzwerkes von Technologietransfer-Einrichtungen** ist im Rahmen eines internationalen Kongresses weiter entwickelt werden, den die Technologiestiftung im Oktober 1999 zusammen mit einer Vielzahl von Akteuren aus Europa und Nordamerika unter dem Titel „Perspectives of Change“ durchgeführt hat.

82. Das EU-geförderte Projekt **BOPCOM - Baltic/Basic Open Port Communication** - wird federführend vom Technikzentrum Lübeck (TZL) durchgeführt. Das Projekt dient dem Aufbau eines Informationsaustauschsystems der Hafen- und Verkehrswirtschaft des Ostseeraumes. Das TZL ist auch federführend bei dem Projekt „TEDIM - Telematics in Foreign Trade Logistics and Delivery Management“ befaßt, das auf die Verbesserung der Effizienz, Verlässlichkeit und Sicherheit von Gütertransporten zwischen der EU und der Russischen Föderation zielt.

83. Die Arbeiten an der Umsetzung eines Ostsee-weiten Konzeptes zur **Ölent-sorgung von Schiffen in der Ostsee** nach dem sogenannten „no-special-fee-system“, wie von der Helsinki-Kommission (HELCOM) im März 1998 in einer Empfehlung angenommen, laufen weiter. Sie müssen jedoch zunächst mit dem Entwurf einer EU-Richtlinie über eine EU-weite Schifffent-sorgung abgestimmt werden; Verzögerungen bei der Umsetzung sind daher zu erwarten.

84. Die „**Gemeinsamen Erklärungen**“ zwischen Schleswig-Holstein und **Estland sowie Lettland im Agrarbereich** werden in 2000 überarbeitet und von den beteiligten Partnern unterzeichnet. Die Fortentwicklung der „Gemeinsamen Erklärungen“ wird ausdrücklich von den estnischen und lettischen Partner gewünscht. Die „Gemeinsamen Erklärungen“ können zukünftig die Grundlage für mögliche gemeinsame Projekte im Rahmen des EU-Programms „SAPARD“ bilden. Daneben werden zukünftig Hospitationen von estnischen und lettischen Fachleuten in Schleswig-Holstein einen Schwerpunkt bilden.

85. In 2000 wird nochmals ein **Regierungspraktikantenprogramm mit Lettland** durchgeführt.

86. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Zusammenarbeit mit dem **Gebiet Kaliningrad**:

In 2000 wird bereits zum zweiten Mal eine Gruppe von Agrarfachkräfte aus Kaliningrad ein sechsmonatiges **Regierungspraktikum** in Schleswig-Holstein absolvieren. Des weiteren wird mit der Unterstützung des MLR ein Schulkontakt zwischen dem landwirtschaftlichen Berufsslyzeum in Polesk und der Beruflichen Schule Rendsburg, Fachschule für Landwirtschaft, aufgebaut.

Eine Partnerschaft zwischen dem **Kreislandfrauenverein** Schleswig-Flensburg und dem Frauenkomitee „BALTFER-DOSUG“, Kaliningrader Gebiet ist in Vorbereitung. BALTFER ist eine Beratungsgesellschaft mit ca. 120 landwirtschaftlichen Mitgliedsbetrieben.

Weiterhin wurde dem Komitee für **Tourismus des Kaliningrader Gebietes** Schulungsmaterial für den Aufbau von „Ferien auf dem Bauernhof“ zur Verfügung gestellt.

87. Mit der Wojewodschaft Pommern ist ein **Seminar zur Entwicklung des ländlichen Raumes** geplant.

88. Um die **schleswig-holsteinische Ernährungswirtschaft** mit ihren hochwertigen Produkten an den Märkten in Osteuropa teilhaben zu lassen, wurde trotz der negativen wirtschaftlichen Entwicklung wieder die PRODEXPO im Februar 1999 in Moskau besucht. Da sich die Entwicklung auf einem sehr niedrigen Niveau stabilisiert hat, nahmen Firmen der Ernährungswirtschaft auch an der **PRODEXPO** im Februar 2000 teil, um den Neuaufbau der Handelskontakte zu betreiben.

Weitere Messebeteiligungen im Jahre 1999 fanden auf der **AgroBalt** in Vilnius, Litauen und auf der **Polagra** statt. Beide Messen werden auch im Jahr 2000 wieder besucht.

Um die Firmen der Ernährungswirtschaft auf die Chancen im Ostseeraum - vor allem in den EU-Beitrittsländern - hinzuweisen, führte das MLR gemeinsam mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein im Mai 2000 eine Informationsveranstaltung durch. Schwerpunktthemen waren „Förderung und Finanzierung von Aktivitäten in den Beitrittsländern“, „Chancen des Agribusiness in den Beitrittsländern“ sowie „Erfahrungen vor Ort - Das Beispiel der Schwartauer Werke in Polen“. Eine Auswertung der Veranstaltung ist in Vorbereitung.

89. Die **Ausweitung der Fremdsprachenkenntnisse im Tourismus** Schleswig-Holstein und die mehrsprachige Darstellung in touristischen Informationssystemen ist Bestandteil der Aktivitäten, die gemeinsam mit den Tourismusorganisationen in Schleswig-Holstein vorangetrieben werden.

Das **nordkolleg rendsburg** hat im Rahmen des Projektes „**Tourismusmanagement Skandinavien**“ Mitgliedern des Landfrauenverbandes eine berufsbegleitende Skandinavienkompetenz vermittelt. Neben der Schulung einer skandinavischen Sprache standen Netzwerkarbeit, Analysen und Projektentwicklung für Agrarstruktur, Agrartourismus, interkulturelle Aspekte, Wirtschaftspolitik und Zielgruppenmarketing im Zentrum des Lehrgangs. Zielsetzung war, die zahlreichen Erfahrungen, Kontakte und Netzwerke des nordkollegs rendsburg mit Skandinaviern aus Norwegen, Finnland, Dänemark und Schweden für den Tourismus

nutzbar zu machen und zur Kompetenzvermittlung bei den hier tätigen - oder zukünftig tätigen- Multiplikatoren beizutragen. Das Projekt wird aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER II (ESF) gefördert.

90. Im Rahmen des EU-Förderprogramms INTERREG II C wird unter Federführung des MLR das transnationale Vorhaben **"PROCOAST: Harmonisation of uses and interests in the Baltic Sea coastal zones"** durchgeführt. Projektpartner sind die Küstenbehörde (Kystinspektoratet) des dänischen Verkehrsministeriums sowie die schwedische Provinz Västernorrland.

Übergeordnetes Projektziel ist die Erarbeitung von gemeinsamen Richtlinien über die Umsetzung bzw. Integration von Umweltaspekten, insbesondere der HELCOM- und VASAB-Empfehlungen, im praktischen Planungsprozess. Hauptaktivität des von September 1999 bis Juli 2001 laufenden Projektes ist der Austausch von Erfahrungen.

Hierzu hat jeder Projektpartner ein Projektgebiet ausgewählt, in dem die Umsetzung von Umweltbelangen im praktischen Planungsprozess zu Problemen führen kann bzw. geführt hat. Während Ortsbegehungen sollen die Probleme vorgestellt und mögliche Lösungen diskutiert werden. Des weiteren werden zwei Seminare (11.-13. September 2000 in Schleswig-Holstein und April 2001 in Dänemark) organisiert, auf denen Fragen des integrierten Küstenmanagements in Workshops diskutiert werden sollen.

91. Im Rahmen des „Baltic Tourism Project“ fand am 11. November 1999 in Lübeck ein Workshop zum Thema **„Fahrradtourismus im Ostseeraum“** mit Teilnehmern aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Dänemark und Schweden statt. Angestrebt wird eine einheitliche Beschilderung und Vermarktung des **Ostseeküstenradweges** (Baltic Cycle Route); diese Route ist Bestandteil des geplanten Deutschland-weiten Radfernwege-Netzes als auch des EuroVelo-Netzes.

Auch die Vermarktung der Radfernwege „Oxsenweg“ (in Dänemark: „Hærvej“), der ebenfalls Bestandteil einer EuroVelo-Route ist, und „Fyn-

Holstein-Tour“, der gerade eröffnet wurde, wird in Kooperation mit dänischen Partnern durchgeführt.

92. Am 10./ 11. Mai 1999 veranstalteten die Hansestädte Lübeck und Wismar, die Landeshauptstadt Schwerin und die Kreise Ostholstein und Nordwestmecklenburg gemeinsam mit ihren internationalen Partnern Østfold, Växjö, Karlskrona und Kalmar in Lübeck den internationalen Kongreß „Kulturgüter für eine nachhaltige Tourismusentwicklung“. Dieser Kongreß war der „Startschuß“ zum gemeinsamen **INTERREG II C-Projekt „HOLM - Cultural Assets for the Sustainable Development of Tourism“**, der das einzigartige Kulturerbe der Städte und den Naturreichtum der beteiligten Regionen aktivieren und auch touristisch besser nutzbar machen soll.

93. Die Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung hat vom 16. bis 18. November 1999 in Eckernförde das **Forum „Nachhaltiger Küstentourismus im Ostseeraum“** als Folgeveranstaltung der „Rügener Gespräche“, die erstmalig im November 1997 in Binz auf der Insel Rügen stattgefunden haben, ausgerichtet. Die Dokumentation der Veranstaltung ist geplant.

94. Die Abteilung Landesplanung beteiligt sich an der raumordnerischen Zusammenarbeit im Ostseeraum. Ergebnisse sind u.a. die Berichte **„Visions and strategies around the Baltic sea 2010“** und „From vision to action“. Um die Leitplanung der zukünftigen räumlichen Entwicklung im Ostseeraum zu aktualisieren und projektorientierter auszugestalten, wird mit Beteiligung Schleswig-Holsteins derzeit das INTERREG II C-Projekt „VASAB 2010+“ umgesetzt.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS)

92. Die Medizinische Hochschule Lübeck kooperiert seit längerer Zeit mit der Universität Tartu/Estland. Im Rahmen gemeinsamer fachbezogener Projekte hat das Universitätsklinikum Lübeck gemeinsam mit dem Leiter des anatomischen Instituts (Tartu) die **Errichtung einer Ausbildungseinrichtung für medizinisch-technische Assisten-**

tinnen/Assistenten (MTA) in Tartu vereinbart, da es im gesamten Baltikum bisher keine MTA-Schule gibt. Dies war u.a. auch deshalb dringend erforderlich, weil in Tartu seit September 1999 ein neues hochmodernes Biomedicum der Medizinischen Fakultät mit einer Reihe von Wissenschaftlern - die speziell in Europa und den USA weitergebildet worden sind - existiert, dort aber medizinisch-technischen Assistenten fehlen.

In Gang gebracht wurde das Projekt wurde mit privatwirtschaftlicher finanzieller Hilfe (u.a. Anmietung eines Gebäudes, Beschaffung der Ausstattung). Das fachliche know-how wird vom Universitätsklinikum Lübeck zur Verfügung gestellt, in dem das Lehrpersonal für die MTA-Schule Tartu zum Teil am Universitätsklinikum Lübeck hospitiert oder in Tartu qualifiziert wird. Die Ausbildung von ca. 25 - 30 Schülerinnen/Schülern für den MTA-Beruf soll entsprechend den deutschen Ausbildungsvorschriften erfolgen. Die Schule wird für Schülerinnen/Schüler aus den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie den russischen Gebieten St. Petersburg und Kaliningrad offen sein.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat - wegen der Einmaligkeit des Projekts - für die Qualifizierung von Lehrkräften für die MTA-Schule Tartu aus dem Programm "Gesundheitshilfe für internationale Krisengebiete" 1999 kurzfristig Mittel für die **Hospitation einer Lehrkraft aus Tartu** am Universitätsklinikum Lübeck zur Verfügung gestellt. Auch im Jahr 2000 soll das begonnene Projekt nochmals finanziell aus diesem Programm gefördert werden.

93. Im November 2000 ist ein **"Baltisches Alkoholsymposium"** geplant, in dem Konzepte und Erfahrungen der Ost-seeanrainerstaaten zum strukturellen Umgang mit Alkohol ausgetauscht werden sollen. Projektpartner sind das MAGS zusammen mit der Landesstelle gegen die Suchtgefahren für Schleswig-Holstein sowie der deutsche Gewerkschaftsbund.

94. Die **Freien Wohlfahrtsverbände** engagieren sich in starkem Maße beim Ausbau von Sozialstrukturen **in balti-**

sche Staaten und in Polen. Beispielfür die zahlreichen einzelnen Aktivitäten seien genannt:

- Das **Diakonische Werk Schleswig-Holstein** und zahlreiche Kirchenkreise der **Evangelischen Kirche** haben Partnerschaften mit Kirchenkreisen in den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Es wird umfangreiche praktische Hilfe geleistet, wie z.B. Fahrzeugbeschaffung, Medikamenten- und Lebensmittellieferung; zugleich erfolgt aber auch inhaltliche Zusammenarbeit, z.B. in der Alten- und Behindertenhilfe und der Psychiatrie.
- Der **Caritasverband** pflegt enge Kontakte und Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen in Litauen in den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe und der Psychiatrie.
- Das **Deutsche Rote Kreuz** engagiert sich regelmäßig in den baltischen Staaten, aber auch in Russland durch Lieferungen von Nahrungsmitteln, Kleidung, Medikamenten und medizinischen Hilfsgütern.
- Die **Arbeiterwohlfahrt** arbeitet mit im Rahmen der Sozial-Hanse.
- Der **Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband** hat intensive Arbeitsbeziehungen nach Polen und engagiert sich sehr stark in der Zusammenarbeit mit Selbsthilfeorganisationen und Nicht-Regierungsorganisationen.

Stand der interregionalen Partnerschaften im Ostseeraum im Jahre 2000 (Stand: 27.06.2000)

Die formellen Grundlage und Strukturen des Partnerschaftsnetzes wurden in den letzten zwei Jahren der Entwicklung angepaßt: So wurden die Partnerschaften mit Ost-Norwegen und den westfinnischen Regionen 1998 und mit der Wojewodschaft Pommern 1999 in erneuerten „Gemeinsamen Erklärungen über die regionale Zusammenarbeit“ bekräftigt; mit SydSam ist im Herbst eine Unterzeichnung einer neu gefaßten Vereinbarung vorgesehen.

▮ Region Ost-Norwegen

Im Mai 1998 wurde die seit 1995/96 bestehende Partnerschaft mit der Stadt Oslo und dem Bezirk Akershus um die Bezirke („fylkeskommuner“) Buskerud, Hedmark, Oppland, Telemark, Vestfold und Østfold erweitert; die Kooperation umfaßt nunmehr den gesamten regionalen Zusammenschluß „Eastern Norway County Network“ (*Østlands Samarbeidet*) mit 2,2 Millionen Einwohnern.

Die im Oktober 1999 von der WSH arrangierte Wirtschaftspräsentation „Expinnova '99“ in Kiel war ein besonderer Erfolg: An dieser nunmehr dritten Präsentation, die wechselweise in Norwegen und in Schleswig-Holstein ausgerichtet wurden, nahmen 70 Unternehmen aus beiden Partnerregionen teil; erste Kooperationskontakte konnten zwischen einzelnen Unternehmen vereinbart werden.

Die gemachten Erfahrungen mit „Expinnova '99“ können modellhaft in zukünftigen Wirtschaftstreffen verwertet werden. Für ein Folgetreffen im Jahr 2001 wird erwo-gen, den Teilnehmerkreis in ausgesuchten Branchen über die bilaterale Partnerschaft auch auf andere Partnerregionen Schleswig-Holsteins im Ostseeraum auszuweiten.

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein (WSH) ist mit der Deutsch-Norwegischen Handelskammer (DNHK) in Oslo in eine vorerst befristete Projektkooperation eingetreten, damit über die DNHK die schleswig-holsteinischen Unternehmensinteressen insbesondere

mit Blick auf Ost-Norwegen vertreten werden können.

Die erste Auslandsreise von Wirtschaftsminister Rohwer führte am 13./14. April 2000 nach Oslo. In Gesprächen mit der neuen norwegischen Wirtschaftsministerin wurden Möglichkeiten zur Vertiefung der Wirtschaftskontakte erörtert. Auch nach Auffassung der norwegischen Regierung kommt hierbei der bestehenden Partnerschaft mit Eastern Norway County Network eine besondere Rolle zu.

Um die kulturelle Zusammenarbeit zu vertiefen, wurde eine gemeinsame Expertengruppe eingesetzt. Erste Ergebnisse und Vorschläge werden zur Zeit geprüft.

Die „Emil-Nolde Ausstellung“ im Stenersen Museum (Oslo) war der Beitrag Schleswig-Holsteins zum 1000-jährigen Jubiläum der Stadt Oslo. An der Eröffnung im Januar 2000 nahm der Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Gerd Walter, teil.

Weitere Kooperationskontakte sind in den Bereichen Technologietransfer, Forschung und Umwelt aufgenommen worden, so im Rahmen eines Informationsbesuches von Vertretern aus den ost-norwegischen Bezirken Telemark und Akershus im Kieler Wirtschaftsministerium und in der Technologie-Transfer-Zentrale (ttz) Ende März 2000. Verstärkt werden konnten ebenfalls die Kontakte im Bereich Lehrer- und Schülerbegegnung. Neben der einmal jährlich stattfindenden Sitzung des gemeinsamen Lenkungsausschuß (Common Commission) sollen künftig auch turnusmäßige gemeinsame Sitzungen auf Verwaltungsebene stattfinden, um die wechselseitige Kenntnis der Strukturen und Potenziale zu vertiefen.

Bemerkenswert ist das ausgeprägte Interesse sowohl der norwegischen Partnerregion als auch der Regierung, in die sich entwickelnde Zusammenarbeit in der südlichen Ostsee stärker einbezogen zu werden. Die Region Ostnorwegen ist als „benachbarte Region“ in die thematische Arbeit des Projekts STRING-Prozeß einbezogen.

Beide Partner streben gemeinsame Projektanträge für die angelaufene Programmphase INTERREG III B (2000 - 2006) nach Möglichkeit in beiden Kooperationsräumen (Ostsee, Nordsee) an. Dar-

über hinaus wollen beide Partnerregionen die norwegische „Deutschland-Strategie“ nutzen, um sich gemeinsam als „Kompetenzzentrum“ für deutsch-norwegische Beziehungen zu etablieren; hierzu wurden mit Institutionen und Akteuren aus Schleswig-Holstein in einem Workshop in Rendsburg (März 2000) Ideen und Anregungen gesammelt, die zu einer Antwort Schleswig-Holsteins auf die „Deutschland-Strategie“ Norwegens weiterentwickelt werden sollen.

Zu beiden Zielsetzungen fand ein erster Abgleich möglicher Ideen und Projekte im Rahmen der Sitzung der „Common Commission“ am 15./16.06.2000 in Oslo statt.

P Finnische Partnerregion

Die zuvor mit der Provinz Vaasa bestehende Partnerschaft mußte vor dem Hintergrund der Funktionalreform in Finnland erneuert werden. Im August 1998 wurde eine Gemeinsame Erklärung über die regionale Zusammenarbeit mit den neu geschaffenen Regionalverbänden Ostrobothnia, Central Ostrobothnia und Etelä-Pohjanmaa (South Ostrobothnia) unterzeichnet. Vorrangige Handlungsfelder der erneuerten Partnerschaft sind Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Forschung, Bildung, Technologietransfer, Umwelt, Energie, Kultur, Jugend und administrative Zusammenarbeit.

Der gemeinsame Lenkungsausschuß (Common Commission) trat erstmals im Januar 2000 in Kokkola (Finnland) zusammen. Erste gemeinsam entwickelte Vorschläge in den Bereichen Wirtschaft, Entwicklung der ländlichen Räume, Energie, Technologie und Landwirtschaft werden zur Zeit auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten geprüft.

Maßgebliches Vorhaben ist, kulturelle Ereignisse wie z.B. in Schleswig-Holstein das SHMF, Jazz Baltica oder die Nordischen Filmtage gezielt für die Intensivierung der Kooperation zu nutzen. Möglich könnten Verbindungen mit Unternehmertreffen oder gegenseitigen Standortpräsentationen sein.

Im Mittelpunkt der aktuellen Kooperation mit den westfinnischen Partnerregionen steht die Ausgestaltung des „Finnland-Schwerpunktes“ des Schleswig-Holstein-Musik-Festivals 2001. Gleichzeitig unter-

stützt Schleswig-Holstein die finnischen Partnerregionen in ihren Bemühungen, sich verstärkt in weitere Kooperationsnetzwerke einzubringen; insbesondere die Partnerschaft mit Eastern Norway County Network verspricht, weitere multilaterale Kooperationsprojekte zu ermöglichen. Verstärkt sollen EU-Förderprogramme für gemeinsame Projekte genutzt werden.

P SydSam/Süd-Schweden:

Mit der Unterzeichnung einer „Gemeinsamen Erklärung“ am 21. April 1995 wurde eine Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und dem Zusammenschluß auf parlamentarischen Ebene von sechs südschwedischen Regierungsbezirken (läns) und kommunalen Vertretungen, dem Verband SydSam (*Samverkan i Sydsverige*), besiegelt. Dieser eher als Arbeitsgemeinschaft einzustufende Zusammenschluß SydSam vertritt die regionalen Interessen seiner Mitglieder sowohl innerhalb Schwedens als auch innerhalb Europas.

Angestrebt wird, die Zusammenarbeit zwischen SydSam und Schleswig-Holstein im Herbst durch Unterzeichnung einer neu gefaßten Deklaration zu an die gegenüber 1995 veränderten Rahmenbedingungen und Schwerpunkte anzupassen. Als Handlungsfelder sind gegenwärtig vorgesehen: Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Informationstechnik, Berufliche Bildung, Ausbildung und Forschung, Verkehr, Umwelt und Energie, Kultur und Jugend sowie Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verwaltung.

Anläßlich dieser Unterzeichnung soll ein gemeinsames Seminar zum Thema „region-building“ stattfinden.

Hauptsäulen der aktuellen Zusammenarbeit mit Südschweden sind zur Zeit die Universitätspartnerschaften: ein Memorandum über die Hochschulkooperation zwischen der Universität Lund und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ergänzte 1999 die Verbindungen mit schwedischen Bildungseinrichtungen. Feste Beziehungen unterhalten darüber hinaus z.B. die Landespolizei, der Landesjugendring, Gewerkschaften. Die Kooperationskontakte mit Südschweden werden durch die Arbeit des Schleswig-Holstein-Büros in Malmö nachhaltig unterstützt.

Gemeinsam mit den Partnerregionen

SydSam und Wojewodschaft Pomorskie/Pommern wurde das EU-geförderte Projekt SEMLA („Strategies for Eco-Management among Local and Regional Authorities, Organisations and Enterprises in the Baltic Sea Area“) entwickelt und in der ersten Phase Ende 1999 erfolgreich abgeschlossen. Dieses Projekt zielt auf die Vermittlung von Know-how und Erfahrungen im Bereich betrieblicher Umweltschutz- und Umweltmanagement-Systeme. In der zweiten Phase sollen die aufgebauten Kooperationen zwischen den Fachhochschulen Lübeck, Kalmar und Gdansk/Danzig systematisch ausgebaut und für die betriebliche Praxis genutzt werden.

Völlig neue Kooperationsmöglichkeiten entwickeln sich über die Kooperation Schleswig-Holsteins mit der Öresund-Region, vor allem über das Projekt STRING („South-Western Baltic Sea TransRegional Area - Inventing New Geography“): Gestützt auf Projektvorarbeiten der Fachhochschule Lübeck und mehrerer südschwedischer Universitäten soll im Laufe des Jahres 2000 das Konzept zum Aufbau eines „Baltic Sea Virtual Campus“ erarbeitet werden; Ziel dieses Zusatzprojektes unter STRING ist der Aufbau Internet-basierter und Multimedia-gestützter transnationaler Bildungs- und „Life-long learning“-Angebote im Ostseeraum. Für dieses Projekt wurden 50.000 EURO aus INTERREG II C bewilligt.

P Wojewodschaft Pomorskie/ Pommern (vormals: Gdansk/Danzig)

Die schon 1992 als erste unter den bestehenden Partnerschaften Schleswig-Holsteins begründeten Beziehungen zur Region Danzig konnte bereits kurzfristig nach der zum 01.01. 1999 in Kraft getretenen Wojewodschaftsreform durch eine erneuerte Gemeinsame Erklärung mit der neuen Wojewodschaft Pomorskie (Pommern) am 12.03.1999 nahtlos fortgesetzt werden: Als vorrangige Handlungsfelder wurden vereinbart: Wirtschaft, Verkehr und Kommunikation, Hochschulkooperation, Schulen, Jugend, Forschung, Umwelt, Energie und Kultur.

Schleswig-Holstein ist damit innerhalb der Europäischen Union die erste Region, mit der eine polnische Wojewodschaft nach Inkrafttreten der Gebiets- und Funktional-

reform in Polen eine Zusammenarbeit vereinbart hat.

Die jetzt nur noch 16 Wojewodschaften (zuvor: 49) haben mehr Kompetenzen erhalten und auch politisch an Bedeutung gewonnen: Die Zuständigkeit für interregionale Kooperation, die offenkundig von der Zentralregierung in Warschau aktiv befördert wird, ist vom (eingesetzten) Wojewoden auf den (gewählten) Sejm-Marschall (Parlamentspräsident) der Wojewodschaft übergegangen.

Durch die neugefaßte Gemeinsame Erklärung wurde ein „Gemeinsamer Ausschuß“ eingesetzt, der im kleinen Kreis von Politikern und Fachleuten am 16./17.11.1999 das Arbeitsprogramm für 2000 festlegte: Bei den 16 verabredeten gemeinsamen Projekten überwiegen die im Hinblick auf Polens möglichen EU-Beitritt den polnischen Partnern von schleswig-holsteinischer Seite angeboten Unterstützungsmaßnahmen, wie z.B. Unterweisungen von Verwaltungsmitarbeiter aus der Wojewodschaft durch Fachleute der Landesregierung in der Nutzung von EU-Strukturfonds, Hospitationen im Hanse-Office in Brüssel, landwirtschaftliche Seminarveranstaltung in Kiel, Praktika und Hospitationen bei der Investitionsbank.

Vereinbart sind Kooperationen im Bereich Landwirtschaft sowie die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zum Thema Tourismus im Ostseeraum. Ein Ostsee-Verkehrsseminar zum Thema „Ost-West-Verkehre“, mit dem auch die „Via Hanseatica“ diskutiert werden soll, wird gemeinsam in diesem Jahr vorbereitet. Die Technologische Kooperation wird durch ein Expertenseminar ausgebaut.

Gemeinsam mit Wojewodschaft Pomorskie/Pommern und der Partnerregion SydSam wurde das EU-geförderte Projekt SEMLA („Strategies for Eco-Management among Local and Regional Authorities, Organisations and Enterprises in the Baltic Sea Area“) entwickelt und in der ersten Phase Ende 1999 erfolgreich abgeschlossen.

Die Wojewodschaft Pommorskie hat starkes Interesse, die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit dem Gebiet Kaliningrad durch Belange der grenzüberschreitenden polnisch-russischen Kooperation zu ergänzen. Schleswig-Holstein beteiligt sich bereits an den Vorarbeiten

für das Projekt „Baltic Spits“, ein umfangreiches Planungsprojekt zur geordneten Entwicklung der baltischen Nehrungen, an dem neben Kaliningrad auch die Wojewodschaft Pomorskie und die litauische Region Klaipeda teilnehmen wollen. Schleswig-Holstein hat sich bereit erklärt, einen fachlichen Berater zu stellen, der für dieses wichtige Planungs- und Entwicklungsprojekt die fachliche Leitung hat, und die individuellen Antragstellungen (INTERREG III B, PHARE, TACIS) zu koordinieren.

Das seit 1995 in Danzig bestehende Schleswig-Holstein-Büro ist bei der Projektarbeit intensiv tätig und durch gute Kontakte zum Wojewodschaftsamt und den zentralen Behörden in Warschau eine wertvolle Hilfe.

P Gebiet Kaliningrad/ Königsberg

Die Beziehungen des Landes Schleswig-Holstein zum **Oblast Kaliningrad** (Königsberg) haben sich erfreulich entwickelt: Die direkten Kontakte mit den Verantwortlichen der Gebietsadministration sind offen und vertrauensvoll und zeigen das verstärkte Interesse der russischen Exklave und guten partnerschaftlichen Beziehungen zu Schleswig-Holstein.

Die freundschaftliche Verbindungen auf regionaler Ebene bestehen bereits seit Anfang der 90er Jahre und wurden durch die seit 1992 bestehende Städtepartnerschaft der Landeshauptstadt Kiel mit der Stadt Kaliningrad gestärkt. Im Februar 1999 ist es gelungen, diese Beziehungen, die durch die Arbeit des „Hanse-Büros“ in Kaliningrad seit 1995 nachhaltig unterstützt werden, erstmals durch Unterzeichnung eines Memorandums auch auf eine formelle Grundlage zu stellen. Das Dokument ist die erste Gemeinsame Erklärung über regionale Zusammenarbeit, die Kaliningrad mit einer Region aus der EU vereinbart hat. Eine Zusammenarbeit wurde vor allem in den Bereichen Industrie, Transport, Post und Telekommunikation, Landwirtschaft, Bildung, Umweltschutz und Kultur sowie zwischen den Rechtsschutzorganen vereinbart.

Die Bedeutung der Beziehungen zu Kaliningrad sowie das besondere Engagement Schleswig-Holsteins unterstreicht auch die Unterzeichnung eines Memorandums über die parlamentarische Zusammenarbeit

zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Duma des Gebietes Kaliningrad am 31.01.2000.

Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit steht die Unterstützung der Gebietsverwaltung, sich mit Blick auf die Perspektiven und Herausforderungen als „russische Enklave im europäischen Binnenmarkt“ gegenüber der Ostseeregion, aber auch bei der Europäischen Kommission Gehör zu verschaffen. Als wichtiger Schritt hierzu diente der offizielle Besuch einer Delegation der Gebietsadministration sowie des Vertreters der Russischen Föderation in Kaliningrad im März bei der Europäischen Kommission in Brüssel. Auf Einladung des Landes konnten die Kaliningrader Vertreter hochrangigen Vertretern verschiedener Kabinette nicht nur die Probleme zu den Themen Visa und Freizügigkeit verdeutlichen sondern ein differenziertes Bild der ökonomischen Situation Kaliningrads mit Blick auf den Aktionsplan zur „Nördlichen Dimension“ zeichnen. Diese Anfang einer direkten Kontaktaufnahme Kaliningrads mit der Europäischen Kommission ist als sehr bedeutend zu bewerten.

Die Landesregierung vereinbarte bei einem Arbeitstreffen am 20.11.1999 in Kaliningrad, an dem auch Vertreter von Institutionen aus Schleswig-Holstein sowie des Landtages teilnahmen, acht konkrete Kooperationsprojekte. Darunter gegenseitige Wirtschaftspräsentationen, eine Zusammenarbeit sozialer Organisationen, ein gemeinsames Raum- und Städteplanungsprojekt, die Beteiligung an Energienetzwerken oder die Aus- und Fortbildung von Agrar-Fachleuten (erstmalig nahm eine Gruppe russischer Praktikanten aus dem Kaliningrader Gebiet von Juni bis November 1999 an dem Regierungspraktikantenprogramm des MLR teil).

Die Landespolizei Schleswig-Holstein leistet im Rahmen ihrer Beratungs-, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für Partner im Ostseeraum seit Jahren aktive Unterstützung bei der Modernisierung der Miliz in Kaliningrad. Die Wirtschaftsakademie Kiel (WAK) beabsichtigt, mit Blick auf positive Erfahrungen mit EU-geförderten Berufsakademien in osteuropäischen Staaten in Zukunft Seminare auch in Kaliningrad durchzuführen.

Neben dem „Hanse-Büro“, das wertvolle Unterstützungsarbeit leistet und neben der Arbeit für den Trägerverein noch mit der

Projektarbeit im Rahmen der Regionalpartnerschaft befaßt ist, unterstützen das Deutsch-Russische Haus und die Delegation der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation (Außenstelle Kaliningrad) den Ausbau der regionalen Zusammenarbeit.

Dänemark

Obwohl die historisch gewachsenen engen grenzüberschreitenden Beziehungen zu Schleswig-Holsteins Nachbarregionen in Dänemark - insbesondere mit Sønderjyllands Amt - bislang nicht formal geregelt sind, haben sie sich seit 1990 gestützt auf praktische Projektförderungen aus der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG-A erfolgreich entwickeln können. Diese hat mit ihren Fördermitteln auch zum Aufbau einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Ostholstein/Lübeck und Storstrøms Amt sowie zwischen der Region K.E.R.N. und Fyns Amt beigetragen.

Vor diesem Hintergrund kommt der Programmphase INTERREG III A (2000 - 2006) besondere Bedeutung zu. Bereits im vergangenen Jahr haben die Vorsitzenden der drei dänisch-deutschen INTERREG-A-Begleitausschüsse eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Die parallel zu erstellenden Programmplanungsdokumente in den INTERREG-III A Regionen (Landesteil Schleswig/Sønderjyllands Amt, Region K.E.R.N./ Fyns Amt und Ostholstein/Lübeck/ Storstrøms Amt) sollen in gemeinsamen Handlungsfeldern auch vernetzte Kooperationsprojekte ermöglichen (einschl. der INTERREG III A-Region Öresund).

Damit können Projektförderungen über die Entwicklung der jeweiligen deutsch-dänischen Grenzregion hinaus zur Stärkung der Netzwerke in der „Region Südliche Ostsee“ (vgl. Ziffer 3.2.) beitragen. In der aktuellen Förderphase (bis 2006) werden in den drei Kooperationsräumen voraussichtlich EU-Mittel von insgesamt rund 32 Mio. EURO zur Verfügung stehen, die verstärkt auch für vernetzte Projekte zwischen den drei Kooperationsräumen genutzt werden sollen.

Insgesamt strebt die Landesregierung eine stärker strategisch ausgerichtete Zusammenarbeit mit den dänischen Nachbarregionen an, die über die engere Grenzregi-

on hinausreicht und wie sie bereits mit Storstrøms Amt im Rahmen des STRING-Projektes praktiziert wird.

Baltische Staaten:

Mit den drei Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen unterhält Schleswig-Holstein partnerschaftliche Beziehungen; mit Estland seit 1988, mit Lettland und Litauen seit einigen Jahren. Formelle Abkommen bestehen nicht, da entsprechende handlungsfähige Strukturen auf regionaler Ebene überwiegend noch fehlen. Fachpolitische Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit einzelnen Ministerien in den baltischen Staaten bestehen jedoch in den Bereichen Agrarwirtschaft und Polizei.

Im Mittelpunkt von Kooperationsprojekten ist mittlerweile die Unterstützung bei der Erlangung der EU-Beitrittsfähigkeit getreten:

- Umfangreichstes Projekt im Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen zu den baltischen Staaten ist das unter „PHARE Institution building“ entwickelte Projekt zur Stärkung des Justizsystems in **Estland**.
- Als Nachfolger des 1994 maßgeblich mit schleswig-holsteinischer Unterstützung entwickelten Projektes „**Baltic States Regional Environmental Development for Estonia, Latvia and Lithuania**“ (BEF) zur Initiierung und Förderung der Zusammenarbeit der drei baltischen Staaten auf dem Gebiet des Umweltschutzes im Jahre 1998 BEF 2 begonnen. Ziel ist, die Umweltverwaltung in den baltischen Staaten auf die Vorgehensweisen und den Umgang mit den EU-Richtlinien im Umweltbereich vorzubereiten. Dabei besteht eine stärkere Eigenbeteiligung der baltischen Staaten an BEF 2 mit finanziellen Beiträgen der EU, Schwedens und Finnlands sowie des Bundes. Die noch vorhandenen geringen Restmittel aus Schleswig-Holstein sind für abschließende Übersetzungs- und Druckarbeiten von Handbüchern eingesetzt worden..
- Im **Agrarbereich** sind im Rahmen der vereinbarten „Gemeinsamen Erklärungen“ mit Lettland und Estland seit 1995 zahlreiche Praktikantenprogramme und

Hospitationen von Fachkräften durchgeführt worden. Die zwischen den Landwirtschaftsministerien Schleswig-Holsteins und der beiden baltischen Staaten in diesem Jahr überarbeiteten Erklärungen sollen künftig auch gemeinsame Projekte im Rahmen des neuen EU-Programms SAPARD zur Heranführung der Agrarverwaltungen an EU-Standards ermöglichen.

- Im Rahmen der Ausbildungshilfe der Landespolizei finden diverse Dozenten- und Studentenaustauschprojekte mit Estland und Litauen und Kaliningrad statt. Schwerpunkt der Beratungshilfe im Jahre 2000 ist die **Zusammenarbeit mit der Rechtsakademie Litauen**: Das Innenministerium ist an einem aus TEMPUS (PHARE) finanzierten Projekt „Training of Officials for the Legal System Reform“ beteiligt, in dessen Rahmen insgesamt 10 Hochschullehrer der Rechtsakademie Litauen in diversen Rechtsfeldern unterwiesen werden, z.B. im Bereich Kriminalprävention, Sicherheitspartnerschaft, Menschenrechte und Datenschutz.

Alle drei baltischen Staaten haben ihre Schleswig-Holstein-Aktivitäten verstärkt, darunter vor allem Litauen. Das Engagement der Industrie- und Handelskammern insbesondere in Vilnius, Klaipeda und Tallinn konnte verstärkt genutzt werden.

Die auf der Informationsreise der Delegation des Europaausschusses des Landtages im Oktober 1999 in Lettland und Litauen sowie im Rahmen des Besuchs der Ministerpräsidentin ein Jahr zuvor in Litauen geknüpften Kontakte haben Ansatzpunkte für Kooperationsmöglichkeiten ergeben.

Neben der zunehmend für eine intensivere Zusammenarbeit interessanten Wirtschaftsentwicklung in Litauen waren diese neu gewonnenen Kontakte ausschlaggebend für die Entscheidung, in Anlehnung an die neue Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft ein zusätzliches „Schleswig-Holstein-Büro“ in Vilnius (Litauen) einzurichten. Damit können - in Ermangelung adäquater regionaler Strukturen in Litauen - die bilateralen Kooperationen auch auf der Ebene von Organisationen und Verbänden künftig nachhaltig unterstützt werden.

Bestärkt in dieser Entscheidung wurde die

Landesregierung durch die erfolgreiche Arbeit des „Schleswig-Holstein-Büros“ in Tallinn (Estland), das sich in einer vergleichbaren Konstruktion als verlässlicher und vielfach nachgefragter Ansprechpartner vor Ort im Rahmen der Zusammenarbeit mit Estland etabliert hat.

Öresund-Region

Mit der Eröffnung der Öresund-Brücke am 01.07.2000 erfährt die Entwicklung der Öresund-Region einen weiteren Höhepunkt. Mittlerweile gelingt es dem Großraum Kopenhagen/Malmö zusehends, das Interesse von Industrie und Unternehmen auf sich zu ziehen. Gleichzeitig gelingt es den Akteuren in der Region in zunehmendem Maße, die Strukturen und Institutionen innerhalb der Öresund-Region aufeinander auszurichten.

Diese dynamische Entwicklung auf die „Region Südliche Ostsee“ auszudehnen ist Ziel des INTERREG II C-Projekts STRING (siehe hierzu Ziffer 3.2.). Gleichzeitig wird im Rahmen dieses Projekts ein Netzwerk der Zusammenarbeit entwickelt, das weit über bilaterale Kooperation hinausreicht. Um diese Zusammenarbeit zu stärken, soll das bislang vor allem auf Südschweden ausgerichtete Schleswig-Holstein-Büro künftig verstärkt auf die Öresund-Region ausgerichtet werden.

Abschlußerklärung des 3. Gipfeltreffens der Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten (Kolding/Dänemark, 12./13.04.2000)

CHAIRMAN'S CONCLUSIONS:

BALTIC SEA STATES SUMMIT Kolding, Denmark, 12-13 April 2000

BALTIC SEA CO-OPERATION AND EUROPEAN STABILITY AND INTEGRATION

At the invitation of the Prime Ministers of Denmark, hosting and co-chairing the meeting, and Norway, presently chairing the Council of the Baltic Sea States, the Heads of Government and representatives of Denmark, Estonia, Finland, Germany, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, Poland, Russia and Sweden met in Kolding on 12-13 April 2000. Present were also the President of the European Commission and the Presidency of the European Union.

On the threshold to a new Millennium the Heads of Government wish to underline the progress achieved over the past decade in strengthening security and stability in the Baltic Sea Area. They welcome the improvement in co-operation among the countries of the Baltic Sea in a number of fields since their last meetings in Visby and Riga.

The region can become a leading growth area in the new century where economic development goes hand in hand with respect for the environment. The Heads of Government welcome the opening of EU accession negotiations with Latvia and Lithuania and the coming enlargement of the European Union as an important contribution to stability and security throughout Europe. Enlargement should lead to increased trade and economic growth in the European Union as well as with partners. They welcome the Northern Dimension in the external and cross-border policies of the EU, and stress the importance of the Agreement on Partnership and Co-operation between the European Union and the Russian Federation.

Democracy, rule of law, human rights, OSCE principles and norms of the Council of Europe are commitments which have to be honoured by the countries in the Baltic Sea region.

They emphasise the significance of the Council of the Baltic Sea States and other regional fora in contributing to increased understanding, security and growth. They also note the contributions by recent Ministerial meetings in the areas of labour-market policy, youth, children at risk, culture, energy, trade and economic co-operation, and education, as well as the continued progress in the co-operation to fight organised crime. They are committed to intensify regional and sub-regional co-operation and ask the Council of the Baltic Sea States to follow up their meetings. They welcome that the European Commission is actively participating in this process and that it will, after the adoption of the action plan for the Northern Dimension, contribute to substantial co-operation.

Growth and Sustainable Development

The Heads of Government discussed ways to fulfil the opportunities for co-operation and advance economic growth in the region. The promotion of employment and increased standards of living are key tasks. The overall aim is stable growth, sustainable development and the narrowing of economic disparities.

Private sector contributions are central. The Heads of Government welcome the work by the Baltic Sea Chambers of Commerce Association, the Baltic Sea Business Summit, the Business Advisory Council and the Baltic Development Forum. Obstacles to trade and investment will have to be further reduced. The ultimate objective is free trade and fair competition in the region.

They support

- the action plan from the Bergen meeting of the Ministers for Trade and Economic Co-operation on 7-8 February 2000. They stress the need to reduce the time for border crossing procedures for goods. Continuing the fight against corruption, solid legislative framework and improving the business environment for small and medium-sized enterprises are also key tasks.
- the initiative to establish a dialogue on labour market issues and related topics between the CBSS and the social partners.
- the need for concrete engagement in the action programme of the Agenda 21 for the Baltic Sea Region from all parties concerned, including the sector ministries.
- introducing education as an additional sector of Baltic 21 of importance for sustainable development, as agreed by the Ministers of Education at their meeting in Stockholm 23-24 March 2000.
- the readiness of HELCOM to make use of the legal basis of the Helsinki Convention to strengthen its contribution to sustainable development within its mandate, based on Baltic 21, and to analyse the need for re-enforcing the existing legal instruments to achieve this.
- that the EU and Russia and all interested countries, in particular in view of the enlargement of the EU and the situation in Kaliningrad, will actively develop, within appropriate frameworks, cross-border co-operation.
- continued co-operation to improve the safety of nuclear power plants. Safety management will have to be strengthened, nuclear safety hazards removed, and early warning systems for nuclear accidents maintained. Radiation monitoring data should be continuously available.
- management of nuclear and radioactive wastes to ensure reliable isolation of wastes from the biosphere.
- the commitment of the Barents Euro-Arctic Council members, the European Commission and other participating states to renew their efforts to bring the negotiations on the agreement for the Multilateral Nuclear Environmental Programme for Russia (MNEPR) to a successful conclusion.
- the regional co-operation initiative adopted by the Ministers for Energy of the Baltic Sea Region at their meeting in Helsinki in October 1999. The energy sector, including non-discriminatory delivery of energy, should be a driving force for further sustainable development of the Baltic Sea region.
- continued co-operation towards integration and deregulation and harmonisation of the framework conditions of the Baltic Sea regions' electricity and gas markets. The construction of new international transmission networks will be important for successful integration of the markets and a stable and environmentally safe energy supply system.
- continued co-operation towards harmonisation of regulations in the energy sector and on climate issues, renewables and energy efficiency.
- efforts for joint action to improve the water sector and waste water treatment facilities in St. Petersburg and Kaliningrad, as well as toxic wastes treatment in Leningrad oblast.
- the promotion of people-to-people contacts and tourism, and preservation of the region's rich cultural heritage.
- Important infrastructural investments in the transport sector. Many completed and planned transport projects in the Region serve as models for cross-border co-operation in the 21st century and illustrate that public-private partnership is an effective way of obtaining resources for investments in infrastructure.
- initiatives with the aim to develop and strengthen the Baltic Sea Region's already leading position in the IT sector in general, and at the same time asking the European Commission to

include relevant IT proposals in its draft working plan on the Northern Dimension.

- public and private sector and academic co-operation in the region on research and development and R&D based production and services.

Strengthening Regional and Sub-regional Co-operation

The future enlargement of the European Union and the development of its Northern Dimension on the one hand, and the strengthening of the Council of the Baltic Sea States and sub-regional and cross-border co-operation on the other complement each other.

They welcome continued financial support of the European Union for regional and sub-regional co-operation in the Baltic Sea region and the European Commission's aim to further improving the co-ordination of these instruments.

The Heads of Government confirm their willingness to play an active role in the consultation by the EU with partner countries and regional fora in preparing an action plan for the Northern Dimension.

They recommend

- consolidation within the framework of the Council of the Baltic Sea States of all regional intergovernmental, multi-lateral co-operation taking place among the group of CBSS members.
- close co-ordination between the Council of the Baltic Sea States, the Barents Euro-Arctic Council, and appropriate EU institutions. This is particularly valuable in connection with the action plan for the Northern Dimension.
- further steps to strengthen the sub-regional co-operation between municipalities and counties. They recognise the valuable contributions of the Baltic Sea States' Sub-regional Co-operation and the Union of the Baltic Cities, and the Barents Euro-Arctic Regional Council.
- expanded cross-border co-operation, in particular involving Kaliningrad Oblast

and other north-western regions of the Russian Federation.

- continued work on flexible mechanisms for financing cross-border projects.

Human Security

In times of rapid change it is necessary to safeguard human security in areas such as protection of human rights and development of democratic institutions, health and welfare, and against threats such as crime and natural disasters. Abuse and sexual exploitation of children in particular are unacceptable phenomena in our societies.

The Heads of Government particularly appreciate the concrete results achieved by the Task Force on Organised Crime. They approve of its detailed report and its proposals for the future organisation of the Task Force, which will continue to report directly to the Heads of Government, and prolong its mandate until the end of 2004. They express their appreciation of the valuable work done by the outgoing Swedish chairmanship and welcome the Danish chairmanship of the Task Force from 2001.

They appreciate the work done by the CBSS Commissioner.

They recommend steps to

- intensify regional co-operation and other measures to counteract the threat to public health caused by a sharp increase in communicable diseases, and decide to establish a task force of personal representatives of Heads of Government to be chaired by Norway to elaborate a joint plan to enhance disease control throughout the region. The task force should involve international expertise such as the World Health Organisation, UNAIDS and the European Union, and report back to the Heads of Government with its recommendations by the end of 2000.

- intensify efforts to enforce a co-ordinated and multidisciplinary approach towards children at risk in the Baltic Sea region, including, inter alia, initiatives at the local level, and to further develop the Child Centre for Children at Risk IT network for inter-governmental exchange of information and experiences in the area of child welfare and protection.
- promote co-operation between NGOs and authorities involved in children's issues.
- continue the co-operation on promoting active participation of young people in the development of democratic and pluralistic societies.
- continue to support the co-operation between the competent civil security authorities and specialists. The aim is co-ordinated action in the fields of disaster prevention and surveillance, as well as search-and-rescue operations and joint disaster relief oriented crisis management.

Abschlußerklärung der 9. Ministertagung des Ostseerates der Außenminister, CBSS (Bergen/Norwegen, 21./22.06.2000)

***Council of the Baltic Sea States
9th Ministerial Session
Bergen, 21-22 June 2000***

COMMUNIQUÉ

At the invitation of the Minister of Foreign Affairs of Norway, the Foreign Ministers of Denmark, Estonia, Finland, Germany, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway and Russia, State Secretaries from Poland and Sweden, and representatives of the Presidency of the European Union and of the European Commission met on 21-22 June 2000 in Bergen in the framework of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) for the 9th Ministerial Session of the Council. Representatives from France, Italy, Ukraine, the United Kingdom and the United States participated in the session as observers.

Since the last ministerial meeting of the CBSS, several important events have set the agenda for Baltic Sea Regional Co-operation into the new Millennium. In particular, the Council took note of the Third Baltic Sea States Summit in Kolding in April and Ministerial Meetings in the areas of culture, energy, trade and economics and education aiming at a result oriented program of co-operation. The Council highly welcomed this approach, and declared its willingness to take on the role of co-ordinating inter-governmental regional co-operation among the group of CBSS member countries and to act as a focal point of information in order to avoid duplication and to achieve the best possible use of the region's resources.

Baltic Sea Co-operation thus has confirmed its role as a dynamic instrument in a period of rapid economic growth and social change in the region and the coming enlargement of the European Union. The CBSS has proved to be an efficient forum for dialogue among EU members, applicant countries, and non-member partner countries. The CBSS has an important role in identifying joint

approaches to new challenges and in giving perspective to the development of the Baltic Sea region.

Follow up on the Third Baltic Sea States Summit

The Council welcomed the conclusions from the Kolding Summit and the role accorded to the CBSS for follow-up. Notably, the Council agreed on a set of concrete measures to further improve framework conditions for trade and investment, promote regional development of information technology, further regional co-operation on energy issues, support a joint task force on health, advance joint approaches to regional environment and climate issues, promote a dialogue on labour market issues, enforce a co-ordinated approach towards children at risk and promote people-to-people contacts in the region, according to the Agenda for Follow-up and Action in annex 1.

Northern Dimension

The Council welcomed the Action Plan for the Northern Dimension in the external and cross-border policies of the EU endorsed by the European Council and confirmed its intention to play an active role in its further development and implementation in key areas. The CBSS is actively involved in regional co-operation in a number of areas covered by the Action Plan. The Council stands ready to come up with concrete proposals for inclusion in the evolving Action Plan. The Council furthermore stands ready to offer the resources of its working bodies for co-ordination and as possible instruments for implementation and concretisation of elements of the Action Plan in areas such as health, information technology, energy, trade and investment, environment and the combat against organised crime. The CBSS can also act as a channel of co-operation with sub-regional actors.

The Council noted that the results of the

conference „The Northern Dimension and Kaliningrad Region: European and Regional Integration“ in Copenhagen in May were reflected in the EU Action Plan for the Northern Dimension. The conclusions of the Chair and other contributions presented at the Conference form elements for consideration in the further work on the EU Northern Dimension initiative and in promoting regional co-operation. The Council emphasises in particular the need to deepen the dialogue between the Russian Federation and the European Union within the framework of the PCA on all issues relevant to the development of this Russian region and its involvement in regional and cross-border co-operation in the light of the forthcoming EU enlargement.

The Council stressed the need for co-ordination of development projects in the framework of PHARE, TACIS and INTERREG, as well as bilateral assistance in order to promote balanced growth in the region.

CBSS Commissioner

The Council took note of the Commissioner's annual report and expressed its satisfaction with his work. Taking into account the important development towards strengthening democratic institutions and the protection of human rights in the Baltic Sea Region the Council adopted a revised mandate for the Commissioner for the period from 1 October 2000 to 30 September 2003 as set out in Annex 4.

The Council appointed Ms. Helle Degn as Commissioner of the Council of the Baltic Sea States on Democratic Development until 30 September 2003.

EuroFaculty

The Council took note of the annual report from the EuroFaculty. In order to strengthen the EuroFaculty, the Council adopted revised statutes for the EuroFaculty as set out in Annex 3. The Council furthermore decided to establish a EuroFaculty Kaliningrad project for support to the faculties of Economics and Law of Kaliningrad State University from 1 September 2000.

Baltic 21

The Council reaffirmed its political commitment to steer society on a sustainable route while recognising the long-term and complex character of the endeavour. In this light it expressed its satisfaction with the progress made in the implementation of the Agenda 21 for the Baltic Sea Region (Baltic 21) as outlined in its first biennial report.

The Council decided on a transitional arrangement for the Baltic 21 Secretariat limited in time up to 31 December 2000 as set out in Annex 2.

The Council requested the Baltic 21 Senior Officials Group to propose, by the end of November 2000, an appropriate solution for the Secretariat function of Baltic 21 to the Council for decision.

People-to-people contacts and sub-regional co-operation

The Council underlined the need to promote people-to-people contacts within the region and advance sub-regional co-operation.

The Council accepted, in general terms, the Danish proposal, which is presented in Annex 5, to establish a financing facility for sub-regional co-operation in the Baltic Sea Region as a complement to existing national and EU mechanisms. It requested the CSO to report back to the Ministers with a final proposal consisting of a legal text within six months.

Strengthening of the CBSS co-operation

The Council recognised the need for improved efficiency and co-ordination within the Baltic Sea co-operation and, while preserving the independence of the existing sectoral co-operation, decided to fully implement the recommendation made by the Third Baltic Sea States Summit concerning a new structure and working methods of the CBSS. The Council instructed the CSO to take all necessary steps in this regard, in particular those mentioned in Annex 6.

Final provisions

The Council thanked Norway for chairing

the CBSS during 1999/2000 and for organising the 9th Ministerial Session in Bergen. The Council entrusted Germany with the Presidency for the period 2000/2001. During this period Norway, Germany and Russia will compose the Troika. The 10th Ministerial Session of the CBSS will be held in Hamburg in 2001.

★ ★ ★ ★ ★

Annex 1: ***Agenda for Follow-up and Action***

Growth and sustainable development

The Council calls upon its Business Advisory Council to closely follow business related developments in the region and advise the CBSS on implementation of relevant decisions as well as proposing new measures, if necessary, to promote growth and integration. Member Countries will encourage active participation in the Advisory Council of their national business organisations.

In follow up to the Third Baltic Sea States Summit, the Council

1. instructs the CSO, the WGEC and the Secretariat to monitor and support the implementation of the Action Plan from the meeting of Ministers for Trade and Economic Co-operation on 7-8 February 2000 and report to the Council by June 2001.
2. asks the ministries for labour market policy of the CBSS countries and the social partners to follow up on the initiative to establish a dialogue on labour market issues and related topics. The Council asks the CSO to monitor developments in the area.
3. asks the CSO and the WGNRS to examine possible steps to complement other efforts to improve the safety of nuclear power plants, management of nuclear and radioactive wastes and reliable isolation from the biosphere.
4. asks the GSEO to follow up on the momentum provided by the Summit for accelerated integration of the regional energy networks and renewed efforts towards effective economically and

environmentally sound energy systems. Notably, it should explore the potential for increased co-operation on climate issues, and for development in the Baltic Sea Region of flexible mechanisms according to the Kyoto Protocol, including the possibility of launching pilot projects of joint implementation.

5. finds it appropriate to identify precise areas of co-operation with the objective to develop and strengthen the Baltic Sea Region's leading position in the IT sector. The Council welcomes the readiness of Finland and Estonia to convene a meeting of experts in order to propose setting up suitable mechanisms, such as an ad hoc working group, for the carrying out of such co-operation. One aim will be to put forward concrete IT proposals for inclusion in the Action Plan on the EU's Northern Dimension.
6. asks the CSO to look into ways of promoting people-to-people contacts in the region, including youth exchanges and NGO co-operation, and keep itself informed about the on-going work on preservation of the region's rich cultural heritage, carried out by structures set up by the Baltic Sea Ministers for Culture.

Strengthening Regional and Sub-regional Co-operation

Following up on the conclusions of the Third Baltic Sea States Summit, the Council

7. asks the CSO to maintain close contacts with established fora of sub-regional co-operation between municipalities and counties, particularly with the Baltic Sea States' Sub-regional Co-operation and the Union of the Baltic Cities.
8. instructs the CSO, in cooperation with the CBSS Secretariat to elaborate further the Danish proposal for a funding facility for sub-regional co-operation in Annex 5, i.a. with respect to minimum contributions, legal status and administrative structures, and report back to Ministers with a final proposal consisting of a legal text within six months.

9. instructs the CSO, in close co-ordination with Russian authorities and relevant EU institutions to support concrete projects and actions aimed at expanding cross-border co-operation, in particular involving Kaliningrad Oblast and other North-western regions of the Russian Federation, adding value to efforts being made within the framework of other fora. The CSO should also support the ongoing negotiations on projects to improve the water sector and waste water treatment facilities in St. Petersburg and Kaliningrad, as well as toxic wastes treatment in Leningrad Oblast, as indicated in the Kolding Summit Chairman's Conclusions.

10. urges municipalities and counties to increase and deepen co-operation and involving partners in Kaliningrad Oblast and other north-western regions of the Russian Federation.

Human Security

The Council notes with satisfaction the prolonged mandate of the Task Force on Organised Crime until 2004, and

11. requests the CSO to establish close contact with the Task Force of personal representatives of Heads of Government on Communicable Disease Control in the Baltic Sea Region and support the process of elaboration and implementation of a plan to enhance disease control throughout the region.

12. instructs the CSO and the WGDI to support the newly established reference group of senior officials from ministries responsible for child matters in its efforts to enforce a co-ordinated and multidisciplinary approach towards children at risk in the Baltic Sea region and to further develop the Child Centre for Children at Risk IT network for intergovernmental exchange of information and experiences in the area of child welfare and protection.

13. asks all CBSS members to continue to support regional cooperation in the fields of disaster prevention and surveillance, search-and-rescue operations and joint disaster relief oriented crisis management, where

Sweden has acted as the lead country, and welcomes in this context the proposal of Poland to convene a meeting of experts from competent authorities and specialists with the aim of setting priorities for further work on compatible and efficient surveillance and rescue facilities in the region.

14. instructs the CSO and the WGDI to carry on with their efforts aimed at providing practical assistance to democratic institutions in the Member States and promoting human rights, both on the legislative level and in the field of their implementation. Emphasis shall be placed on development and strengthening of national remedies, such as national Ombudsmen, including ombudsmen for children and other vulnerable groups of society.

15. instructs the WGDI to focus on a selected number of key issues, including i.a. the rule of law, civil society, good lawmaking, good administration, local democracy, co-operation with the CBSS Commissioner, as well as Children's issues.

16. asks the CBSS Commissioner to carry forward his/her work according to the new mandate on promotion of democratic institutions and human rights and report to the Council on his/her actions.

★ ★ ★ ★ ★

Annex 2: Baltic 21

The Council made the following decisions concerning the arrangements for a transitional solution for the Baltic 21 Secretariat.

1. The Baltic 21 Secretariat will remain in Stockholm on the current premises for a transitional period of 6 months, 1 July to 31 December, 2000. Sweden will continue as employer of two staff members from the current secretariat and be responsible for other administrative arrangements during this period of time.
2. The costs for the Secretariat during the half year transitional period is budgeted

to SEK 1 140 000 divided into the following items:

Rent and maintenance	240.000
Salaries and related costs	650.000
Travel	50.000
Other costs, including travel support to CITs	<u>200.000</u>
Total	SEK 1.140.000

3. These costs of the Secretariat will be shared in the following way.

Sweden will finance rent and maintenance (SEK 240 000);

Denmark, Finland, Germany, Norway and Sweden will contribute equally to the remaining costs, that is,

Sweden	SEK 180.000
Finland	180.000
Denmark	180.000
Germany	180.000
Norway	180.000

The contributions from Finland, Denmark, Germany and Norway should be paid to the Swedish Government not later than 1 November 2000.

Participation in the costs for the transitional arrangement is open to all member states.

4. The sharing of costs for the transitional secretariat will be without prejudice in relation to the establishment of the regular Baltic 21 Secretariat.

★ ★ ★ ★ ★

Annex 3: **EuroFaculty**

The academic co-operation programme EuroFaculty has long term policy goals to be reached by 2005 on curricula, teacher's training, libraries and IT support in the three universities in Tartu, Riga and Vilnius.

In order to streamline the structure of EuroFaculty for the second half of the project period, the Council adopted the revised statutes below, and concurred with the Steering Committee that the role of the EuroFaculty centres at the universities should be enhanced.

The Council furthermore decided to

establish a three-year EuroFaculty project in Kaliningrad for support to the economic and law faculties of the Kaliningrad State University.

The statutes below do not apply to the EuroFaculty project in Kaliningrad unless the CSO so decides.

Revised EuroFaculty statutes

Article 1

EuroFaculty is an independent international body established by, and answerable only to, the Council of the Baltic Sea States (CBSS) through the Committee of Senior Officials (CSO). EuroFaculty shall operate on a non-political basis and all its decisions concerning its activities shall be made on the basis of academic freedom of conscience and academic objectives.

Article 2

EuroFaculty operates academic programmes at the University of Tartu, Estonia, University of Latvia, in Riga, and Vilnius University, Lithuania, based on contracts between EuroFaculty and each host university. EuroFaculty may expand to sites in other States, in particular in Russia (specifically, but not exclusively, Kaliningrad and St. Petersburg) as approved by the Governing Board, cf. Article 5, provided the necessary funding is made available.

EuroFaculty is established to assist the host universities in reforming higher education in 1. Economics and Business Administration, 2. Law, and 3. Public Administration.

Article 3

To implement the above objective EuroFaculty is pursuing the following long-term goals:

- a) Introduction and transformation of core curricula in each field up to and including the level of Master's degree to internationally accepted academic standards.
- b) Retraining and training of local academic staff and new professionals

to ensure that the host universities have the means to sustain the new curriculum.

- c) Development of libraries and computer networks in support of teaching and research at the host universities.

Article 4

Operating funds for EuroFaculty are provided by Members and Observers of the CBSS participating in EuroFaculty on a voluntary basis. EuroFaculty is free to accept additional funding from any and all possible sources within and outside the Member States of the CBSS.

Article 5

Each member of the CBSS is entitled to nominate one member to the Governing Board. The Board is approved by the CSO for a period of three years. The CSO is entitled to grant representatives of other contributing countries the status of a member of the Governing Board.

The Governing Board decides on the budget and funds for the achievement of the EuroFaculty goals on the basis of an academic implementation plan for the academic programme and activities proposed by the Academic Board, cf. Article 6. The Chair of the Academic Board is a full member of the Governing Board.

The Governing Board elects a Chair and a Vice-Chair and has the right to organise and structure its work as it sees fit.

The Governing Board meets once a year with the possibility of calling extraordinary meetings as needed. The Governing Board adopts three-year rolling budgets with minimum requirements and projections for the future based on strategy targets, key data and the academic implementation plans.

Article 6

The Governing Board appoints an Academic Board consisting of two representatives in each of the three academic fields and one representative from each host university for a period of three years. The EuroFaculty Director, cf.

Article 8, and the Chair of the Governing Board are full members of the Academic Board.

The Rector's Conference for each participating country nominates at least one member in each field, and the Governing Board decides on the final representation to ensure a balanced composition of the Academic Board.

The Academic Board meets once a semester. The Academic Board elects a Chair and a Vice-Chair and has the right to organise and structure its work as it sees fit.

The main task of the Academic Board is to make proposals for academic implementation plans and to revise and adopt the academic plans according to the decision of the Governing Board on available funding.

Article 7

An Executive Committee is formed consisting of the Chair and the Vice-Chair of the Governing Board, the Chair and Vice-Chair of the Academic Board and the Director. The Executive Committee is the chief authority of EuroFaculty between Governing Board meetings.

Article 8

The Director is appointed by the Governing Board on the recommendation of the Academic Board. The Chair of the Governing Board will sign a contract with the Director.

The Director is the Chief Executive Officer of EuroFaculty and acts as secretary to the Governing and Academic Boards and the Executive Committee and shall implement their decisions. The Director provides three-year rolling budgets on an annual basis for the approval of the Governing Board. The Director provides annual accounts and the audit report produced by the auditor to be approved by the Governing Board. The Director provides half-yearly reports on academic progress to be presented to the Academic and Governing Boards.

Article 9

EuroFaculty shall have the right to award certificates for courses given by

EuroFaculty lecturers. Degrees and diplomas are awarded by the EuroFaculty host universities or faculties. Course credits are determined by the degree awarding universities and faculties.

Article 10

The Governing Board prepares guidelines for the audit of the EuroFaculty accounts and appoints a licensed internationally respected auditor to audit the accounts and report to the Governing Board, and on the basis of this report approves the annual report and accounts of EuroFaculty.

Article 11

The EuroFaculty budgets, annual report and audited accounts shall be presented to the CSO. When EuroFaculty matters are discussed in the CSO, EuroFaculty will be represented by the Chairman of the Governing Board or, if the Chairman is prevented, by the Director.

Annex 4: CBSS Commissioner

COMMISSIONER OF THE COUNCIL OF THE BALTIC SEA STATES ON DEMOCRATIC DEVELOPMENT

1. MANDATE

1.1. The Commissioner is an instrument for promoting and consolidating democratic development in the Member States, based upon respect of human rights. The Commissioner acts independently and is accountable to the Council.

1.2. The Commissioner is guided by the aims, principles and provisions of the UN Charter, the Council of Europe and OSCE standards, as well as other international standards relevant for democracy and human rights, and by relevant documents of the CBSS.

1.3. The Commissioner supports the functioning and development of democratic institutions, including human rights institutions, in the Member States, in particular concentrating his/her efforts on

such issues as democracy at national, regional and local level, good governance and administration, good law-making, local self-government, strengthening of civil society and promotion of human rights, including the rights of persons belonging to minorities.

1.4. The Commissioner may recommend/organise seminars and meetings on subjects comprising his/her Mandate, serves as a centre for exchange of information on available technical assistance and expertise, national and international programmes aimed at strengthening democratic institutions in the CBSS Member States.

1.5. In the beginning of each activity year, the Commissioner presents to the CSO a programme of planned seminars and meetings.

1.6. The Commissioner may receive communications from individuals, groups and organisations regarding functioning of democratic institutions and human rights issues. These communications are reviewed by the Commissioner confidentially. On these communications the Commissioner may report to the Council confidentially. The Council may, however, decide to publish the full report or parts of it. If the communications indicate the need for technical assistance, the Commissioner may propose concrete measures to assist CBSS Member States to such effect.

1.7. In addition to direct support to the Member States, the Commissioner studies and reports to the Council on issues relevant to his/her Mandate, provides the Council with advice on these issues and follows up when appropriate.

1.8. The Commissioner seeks to establish and maintain co-operation with national institutions relevant to his/her Mandate, in particular with national Ombudsmen, Chancellors of Justice, as well as non-governmental organisations.

1.9. The Commissioner seeks to co-operate and co-ordinate his/her activities with the Council of Europe, OSCE, UN institutions on human rights, as well as other relevant international institutions. The Commissioner draws upon the facilities of these institutions, as appropriate, in particular to enhance

information exchange. The Commissioner also seeks to establish and maintain co-operation with international non-governmental organisations.

1.10. The Commissioner exercises his/her mandate in a manner to avoid duplication with other activities within the field of his/her Mandate.

2. APPOINTMENT AND SUPPORT

2.1. The Commissioner shall be an eminent international personality from whom impartial performance of the function is expected.

2.2. The Commissioner is appointed by the Council of the Baltic Sea States upon recommendation of the CSO for a term of three years, before the expiry of which the Council reviews the future need and functions of the Commissioner. The same person shall henceforth be appointed to the office of the CBSS Commissioner for no more than two consecutive terms.

2.3. Financing of the Commissioner's activities shall be carried out from the special Commissioner Fund, which the Member States shall contribute to in accordance with an established scale of distribution. The fiscal year of the Commissioner starts on 1st January and ends on 31st December.

3. SOURCES OF INFORMATION

3.1. The Commissioner has the right to collect the information he/she requires.

3.2. Member States of the CBSS undertake not to persecute individuals and/or organisations for providing information to the Commissioner, and shall also provide the Commissioner with information upon his/her request.

3.3. Member States of the CBSS shall not prevent persons and organisations on their territory from communicating with the Commissioner.

4. CONDITIONS FOR TRAVEL BY THE COMMISSIONER

4.1. The Commissioner has the right to undertake visits to the CBSS Member States.

4.2. Prior to an intended visit, the

Commissioner shall inform the State concerned about the purpose of the visit. Within two weeks, the State concerned shall consult the Commissioner on the objectives of the visit, which may comprise the promotion of dialogue, confidence and co-operation. During the visit, the State concerned shall allow the Commissioner to travel and communicate freely.

4.3. During such visits the Commissioner is entitled to receive confidentially from every individual, group or organisation directly concerned, information on matters pertaining to his/her mandate.

4.4. Upon completion of a visit, the Commissioner shall issue a short account of his/her findings to the Member State concerned.

5. ACCOUNTABILITY

5.1. After termination of the involvement of the Commissioner in a particular issue, the Commissioner reports to the Council on the findings, results and conclusions.

5.2. The Commissioner monitors the implementation of the Council's decisions in areas covered by his/her Mandate.

5.3. The Commissioner shall prior to the annual Ministerial Session of the CBSS present the Council an activity report for the previous year.

5.4. The Commissioner may make his/ her annual report public after it has been presented to the Council at the annual Ministerial Session of the CBSS, unless the Council decides otherwise.

5.5. The Commissioner may decide to make his/her reports to the Council available to the public no sooner than one month after the report has been presented to the Council or the CSO, unless there is a consensus against publication. The Commissioner shall notify the Council or the CSO in writing of his/her intention to release the report no later than one month before publication.

5.6. The Commissioner shall conclude his/her term of office by providing the Council with a final report on matters related to his/her mandate.

Annex 5:
Establishment of a financing facility for sub-regional co-operation in the Baltic Sea region

- Proposal by Denmark -

Background

At the CBSS Ministerial Session in Palanga last year Denmark presented the idea of the establishment of a common financing facility for sub-regional co-operation in the Baltic Sea Region and at the Baltic Sea States Summit in Kolding April 12-13, 2000, the idea was further elaborated. The Danish idea met with great interest. The Summit in Kolding recommended further steps to strengthen the sub-regional co-operation between municipalities and counties and continued work on flexible mechanisms for financing cross border projects. The Danish proposal should be seen in this context.

Establishment of a financing facility

Denmark recommends to ministers to establish a financing facility (e.g. „the Fund for Sub-regional Co-operation in the Baltic Sea Region“) for sub-regional co-operation in the Baltic Sea region based on the following elements:

1. Objectives of the facility

The main objective of the facility shall be to provide supplementary financing for sub-regional/decentralised co-operative activities (projects) across the national borders in the Baltic Sea region involving regional or local authorities in at least two CBSS Member States of which at least one of the partners must be situated outside EU/EEA.

Particular attention should be paid to projects strengthening society at regional and local levels or projects with the aim to develop further links between EU/EEA and candidate countries and the Russian Federation. Projects with regard to expanded cross-border co-operation, in particular involving Kaliningrad and St. Petersburg and other north-western regions of the Russian Federation should be encouraged. Particular attention should be given to the transfer of knowledge and

the development of new projects in the social, administrative, health and educational sectors, as well as the development of business activities.

2. Membership and financing

All members and observers of the CBSS can become members of the facility. Funding for the project activities will be made available through voluntary contributions from members and observers of the CBSS, international organisations including the EU and from other sources deemed suitable. Contributions should be minimum 25.000 EURO. Each member of the facility shall undertake to pay an equal share of the administrative budget on a yearly basis. Any beneficiary member country of the CBSS whether it is a member of the financing facility or not could receive financing for sub-regional projects from the facility.

3. Administrative structure

The facility should be served by a minimal administrative structure and should be based on already existing structures in the Baltic Sea region, e.g. the CBSS Secretariat, and with direct involvement of regional and local authorities in the member states.

Approval of requests for funding will be processed rapidly and flexibly in accordance with established guidelines and priority projects.

4. Legal status

The facility should have the status of an independent legal personality that inspires confidence in i.a. donors and other financial institutions with whom it may wish to enter into co-financing arrangements.

The legal setting up of the facility should be finalised by experts within the framework of the CSO. A board representing the interests of the CBSS should be established. The board's main task should be to provide supervision and guidance so that the aims and objectives of the facility are met and report hereon to the CBSS. It should issue the terms of reference for the operations of the facility.

5. Start of operations

The facility shall start its operations when financial contributions to the amount of 3 mio. EURO have been committed and the legal and administrative aspects have been finalized. Contributions should be paid in either at once or over a three year period.

★ ★ ★ ★ ★

Annex 6: ***Implementation of new structure and working methods***

In order to increase co-ordination and ensure better results of the current wide range of activities taking place in the Baltic Sea region, the Third Baltic Sea States Summit recommended that the CBSS should in the future encompass all regional intergovernmental, multilateral co-operation among the group of CBSS countries. The annual meeting of the foreign ministers and a member of the European Commission will be a forum for co-ordination (and direction of the work) in the restructured CBSS. Such co-ordination will not infringe on the responsibility of field ministers for their own field of competence and expertise. Field ministers will meet on an ad hoc basis in accordance with their own decisions.

The Council instructs the CSO to take all necessary steps to fully implement the recommendations from the Third Baltic Sea Summit with respect to the structure and working methods of the CBSS. In particular the Council:

- instructs the CSO to monitor all multi-lateral regional intergovernmental co-operation taking place among the group of CBSS members, to facilitate the flow of information between the various fora, and to proceed with the establishment of a public register of contact points in the relevant sector ministries and agencies.
- asks the incoming Presidency to continue the process of reviewing, and updating as necessary, the working methods and the terms of reference for the working groups.
- asks the CSO and its working groups to take practical steps to ensure co-ordination between the Council of the

Baltic Sea States, the Barents Euro-Arctic Council, and appropriate EU institutions, particularly in the context of implementation of the action plan on the Northern Dimension.

- asks the CSO to continue and further develop the close contacts and exchange of information between the CBSS and the observer states and the special participants.

Conference Resolution

adopted by the 8th Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Region, Mariehamn, 8th September 1999

Members of the Parliaments of Åland, Bremen, Denmark, Estonia, the Federal Republic of Germany, the Faroe Islands, Finland, Greenland, Hamburg, Iceland, Kaliningrad, Karelia, Latvia, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, the Russian Federation, St Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden as well as the Baltic Assembly, the Council of Europe, the Nordic Council and the OSCE, met in Mariehamn on the Åland Islands on 7-8 September 1999 to discuss the social dimension of the EU-enlargement as well as the sustainable development and its environmental aspects specially for the Baltic Sea and to continue to develop the existing co-operation between representative institutions of the Baltic Sea Region.

The participants of the Conference

noting

- (1) the outcome of the 8th Ministerial Session of the Council of Baltic Sea States (CBSS) in Palanga in June 1999,
- (2) the Council of Europe's resolution of nuclear waste (no 1157),
- (3) the Baltic 21 adopted at the 7th Ministerial Session of the CBSS, Nyborg, June 1998,
- (4) the Treaty of Amsterdam, signed by the member states of the European Union in June 1997 and entered into force in May 1999,
- (5) the conclusions of the European Council, approving in Vienna in December 1998, the Northern Dimension report, in Berlin in March 1999 the Agenda 2000 and in Cologne in June 1999 the Common Strategy on Russia,
- (6) the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at work and its follow-up in June 1998,

call on the CBSS and Governments of the participating countries, as appropriate

- (7) to increase the co-ordination of the work concerning the Baltic Sea co-operation taking into account the different ministerial fora,
- (8) to report to the Parliamentary Conference concerning measures undertaken in the Baltic Sea Region to reduce the emission of climate gases, using the flexible mechanism introduced in the Kyoto Protocol for actors in one country to participate in cost effective implementation in another country, so called joint implementation, and to consider the possibility of establishing a pilot project for this purpose,
- (9) to meet the constant challenge of achieving a sustainable development, by continuing the implementation process of the Baltic Agenda 21, by improving especially the co-operation with industry and by information activities concerning sustainable development and how to be a sustainable consumer, comprising at the same time environmental and socio-economic aspects,
- (10) to reduce point source pollution in the Baltic Sea according to the 50 % reduction target including the so called "hot spots" by all possible administrative measures,
- (11) to take measures aiming at energy-saving and to encourage the governments to set up a common goal for increased energy efficiency, to phase out nuclear power as soon as possible and to make plans for terminal storage of nuclear waste,
- (12) to take measures designed to make greater use of renewable energy sources,
- (13) to provide the necessary conditions for the establishment of a common

electricity market around the Baltic Sea by using harmonisation and realisation of environmental and trading rules and regulations in order to avoid environmental dumping, and by creating a framework where environmental investments, such as rehabilitation of existing thermal power plants and the use of combined heat and power (CHP), can be financed on market terms,

(14) to provide the necessary conditions for the establishment of a common market for natural gas around the Baltic Sea, as stated by the Ministers of Energy of the CBSS in the Stavanger Communiqué of 1st December 1998, bearing in mind the interest of the European Union concerning such a market

(15) to set up a common goal for the reduction of the extensive emission of nitrogen from the traffic around and on the Baltic Sea and, when making infrastructural investments in the field of transportation, in each single case choose the alternative that causes the smallest stress upon the environment, which may imply a general shift from road transport to sea and train transport,

(16) to make time schedule for how and in which order the outlets that are mentioned in the HELCOM hot-spot list should be taken care of, if appropriate with common financing. The results of the Baltic Sea 2008 project should here be made use of,

(17) to make the outlets of the settlements more effective in order to reach the recommendations that are established. The principle of recycling of waste should be respected,

(18) to make a plan of information to agriculture, silviculture and fishing about climate, new methods for cultivation, new technology and new methods of work which can be more effective. In this way the leakage of nitrogen and phosphorus can be reduced at a minimum cost,

(19) to maintain a policy, stressing employment, lifelong learning, and social justice and to improve welfare and living conditions,

(20) to develop and strengthen the tripartite co-operation between governments, employers and their organisations and

employees and the trade unions, in accordance with the standards set up by the European Union and based on respect for the ILO's core labour standards,

(21) to define in co-operation with the EU the role of regional organisations and regional co-operation in the context of the Northern Dimension,

(22) to support and implement the initiative of the Finnish presidency to set up a concrete action programme as follow-up of the Northern Dimension strategy paper

(23) to develop and implement a programme on raising environmental awareness of the general public and environmental education at all levels (kindergarten, primary schools, high schools, universities, vocational training)

(24) to help the EU applicant countries to undertake the necessary efforts especially for the environmental legislation to take over the *acquis communautaire*,

(25) to assist the EU applicant countries in harmonising their policies with EU policy, especially in the fields of health and safety at work, equal opportunities for men and women, social dialogue and labour law,

(26) to increasingly integrate the principle of sustainable development into the policies of the EU and all European countries,

(27) to encourage institution building in the social sector with the aid of the PHARE and TACIS funds in close co-operation with local and regional authorities and NGOs,

have decided

(28) to adopt the new Rules of Procedure for the Parliamentary Conference and the Standing Committee. The rules will enter into force following the 8th Parliamentary Conference in Mariehamn;

(29) to ask the CBSS to continue to report to the parliamentary conference about its activities;

(30) to request Baltic Agenda 21 and HELCOM together with the CBSS to

further develop strategies in the environmental fields;

(31) to encourage the CBSS to make use of appropriate institutions in order to improve the information on the environmental situation;

(32) to accept with gratitude the invitation of the Parliament of Sweden to hold the 9th Baltic Sea Parliamentary Conference on the 4th to 5th September 2000 in Malmö.

Resolution der 7. BSSSC-Konferenz (Kaunas/Litauen, 28.-30.10.1999)

I.

The 7th annual Conference of the BSSSC convened in Kaunas, Lithuania, on October 28 to 30, 1999 on the invitation of the Governor of Kaunas County.

The representatives from the subregions of the Baltic Sea states - Denmark, Estonia, Finland, Germany, Latvia, Lithuania, Poland, Norway, Russia and Sweden – discussed progress and further perspectives of Baltic Sea co-operation and in particular possible contributions of the subregional level as well as requests from the subregional point of view to the concept of the Northern Dimension of the politics of the European Union, to the Pre-Accession-Strategy towards the countries acceding to the EU and to the further development of Information Society in the Baltic Sea Region.

As guests the Conference welcomed Mr. Vytautas Landsbergis, Chairman of the Parliament of the Republic of Lithuania, and Ms. Genovaitė Rokickienė, Vice-minister of Public Reforms and Local Authorities of the Republic of Lithuania, as well as representatives from the governments of the Baltic Sea Region, of the Council of Baltic Sea States (CBSS), the European Commission and – amongst others – of the Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), Union of Baltic Cities (UBC), Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA), Baltic Sea Commission (CPMR), EU Committee of the Regions, and Baltic Tourism Commission (BTC).

II.

The Conference

recalling

- the decision of the European Council in Cologne (1999) on the “Northern Dimension for the policies of the European Union”
- the Conclusions of the 6th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC) in Roskilde (1998), and in particular its call on the EU to

develop the Northern Dimension towards a Common Strategy comprising the whole Baltic Sea Region including the acceding countries, Russia and the Member States in this area and to include the subregional co-operation within the framework of Northern Dimension.

took note

- of a great number of encouraging activities in the Baltic Sea region linked up with the work of the BSSSC, such as the 8th CBSS Ministerial Conference (Palanga, 1999), the annual conferences of BSPC, BCCA, UBC and the Baltic Sea Commission (CPMR) as well as the 3rd Baltic Sea Regional Conference on co-operation between Local and Regional authorities in the Baltic Sea area, arranged by the Council of Europe (Kaunas, 1999)
- of the many conferences and seminars conducted by the subregions themselves.

welcomed

- the engaged work of the German and the Finnish EU Presidency, the European Commission, the European Parliament and the Committee of Regions on further developing the Northern Dimension of the European Union and on the Common Strategy on Russia
- the progress achieved so far in implementing the pre-accession-strategy of the EU, in particular the various respective contributions of subregions, governments and organisations in the Baltic Sea Region proving the quality of the framework of Baltic Sea co-operation
- the Communiqué of the 8th CBSS Ministerial Session, in particular its stated readiness of CBSS to play an active role in the implementation of the Northern Dimension and to contribute to the development of co-operation in the key areas; furthermore the noted need for a better co-ordination of ef-

forts undertaken by the EU and CBSS States in the region

- the Presidency's Conclusions from the European Council in Berlin (1999) concerning Agenda 2000 paving the way for future enlargement of the EU and for the implementation of EU Structural Funds until 2006 (including the INTERREG III programmes)
- the announcement of the current Norwegian Presidency of CBSS to further develop support of subregional co-operation as a priority of CBSS
- the conclusions of the 8th Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Region constituting the future permanent work of the Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) and stating that sustainable development and its environmental aspects as well as the social dimension of the enlargement of the EU are of utmost importance for the further common development perspectives of the region.

III.

The Conference welcomed the development of the "Northern Dimension" of the European Union achieved so far and

- stressed the need to further develop the concept of Northern Dimension towards a **strategy for stability and co-operation** comprising as a core element the whole Baltic Sea Region including the acceding countries and Russia as well as the Member States and the EU partner countries in this area, as well as the Barents Sea region and the Arctic Sea region
- underlined the perspective of Northern Dimension to be developed as well towards a **regional contribution to the main EU strategies** working in the region (Common Strategy on Russia and the Pre-Accession Strategy) as taking into account that the Baltic Sea Region is the only European region with direct borders to and already existing co-operation networks with acceding countries as well as Russia
- called upon the European Council meeting in Helsinki to mandate the

European Commission to develop an **action plan for implementation** of Northern Dimension and to identify priorities and projects, and pointed out to the specific the readiness of the subregions of the area to contribute to this implementation

- called upon the forthcoming Ministerial Conference on Northern Dimension to consider **subregional co-operation** as an important element and to incorporate subregional co-operation projects and networks as well as subregional needs and capacities in the Chairman's conclusions of the Conference
- called upon the European Commission and the respective governments to further develop the **Transeuropean Networks** in regard to still existing transport bottlenecks (e.g. in North-West Russia and Finland) and to define the Baltic Sea Region as a "European transport zone" according to the regulations of Transeuropean Networks
- called upon the European Union to develop a comprehensive European strategy for the **future perspectives of the region of Kaliningrad** taking into account that by future EU enlargement Kaliningrad will become a "Russian enclave" midst in the European Union
- called upon the European Union to further enhance respective funding for multilateral interregional co-operation in general and for **cross-border co-operation between subregions in the acceding countries and the subregions in North-West Russia** in order to enable close cross-border links across future external borderlines of the EU at an early state of development.
- welcomed the Common Strategy on Russia and in particular the aim to fund twinning projects and structures in order to strengthen and develop **administrative structures and institutions in Northwest Russia** as well on the regional and local level
- stressed the importance of youth exchange programmes, especially with the long-term perspective, in the

Baltic Sea Region and the necessity to adjust the different funding possibilities to the needs of young people

- thanked the BSSSC ad-hoc Working Group on Northern Dimension for their respective work and tasked it to consider subregional contributions to the further implementation of Northern Dimension in the light of the results of the Helsinki Conference (November 11-12, 1999).

IV.

The Conference welcomed the steps ahead of the Pre-accession strategy of the EU and

- stressed the quality and the capacities of the frameworks of ***Baltic Sea co-operation*** for contributing to the Pre-accession strategy
- called upon the EU and the national governments to better respect ***needs and capacities of subregions*** in the acceding countries as well as in the Member states of the region within the pre-accession strategy
- called upon the European Commission and the governments of the acceding states to emphasize twinning between regional and local authorities in Member States and candidate countries within the framework of institutional twinning (***PHARE Institution building***)
- stated that a high number of co-operation ***projects run by the subregions*** themselves already give active contributions to the pre-accession strategy related to the Baltic States and Poland
- called upon the governments of the Baltic States and Poland to give sufficient respect to the need of strengthening and developing ***regional administrative structures and institutions*** (including allocation of appropriate financial funds) within the respective countries and to actively engage the subregional governments in the accession process
- underlined that ***interregional and cross-border co-operation*** between subregions of the area as well is provi-

ding added value to the pre-accession process in the acceding countries, and called upon the EU and the respective governments to provide sufficient respective funding easily accessible to subregions

- stressed the need to improve environmental standards and natural resource management in the Baltic Sea Region and to direct development towards sustainability. For the acceding countries and Russia there is also an utmost need to strengthen the capacity of the environmental administration including for subregions. Further networking and project co-operation among subregions will contribute in this respect
- thanked the BSSSC ad-hoc Working Group on Pre-accession.

V.

The Conference welcomed the progress achieved so far in establishing an Information Society in the Baltic Sea Region and

- underlined the growing ***importance and opportunities*** of the emerging Information Society even for further development of Baltic Sea co-operation and of the subregions of the area themselves
- stressed that ***universal access*** to Information and Communication Technology (ICT) based services and applications in the area should be used as a necessary tool with a view to generating new employment opportunities, improving quality of life and addressing the challenges of structural adjustment, social inclusion, economic cohesion, democratic decision-making and sustainable development in less-favoured regions
- stated that ***regional co-operation*** on Information Society is contributing to enhanced economic and social development of participating regions by implementing new ICT-based applications and services, through sharing of good practice in benefiting from new opportunities and reducing risks
- called upon the subregions of the area to further consider the chances and

perspectives provided by the tools of Information Society in regard to their respective **development strategies and inter-regional co-operation** and to provide respective homepages of their own with a view to visibility, improved communication and enhanced inter-regional co-operation and to link them directly to the BSSSC homepage

- underlined the importance of the enhanced **BSSSC homepage** (bsssc.com) as becoming a universal tool for information and communication within the Baltic Sea Region
- asked the subregional authorities to participate in the **Helsinki Conference** on Information Society in the Baltic Sea Region (February 2-4, 2000) with a view to exchange and share existing know-how, strategies and experience
- called upon the EU to continue sufficient **funding for co-operative projects** contributing to increased awareness of Information Society on the subregional level and to the national governments to promote respective co-operation as well.
- called upon all respective actors to pay attention to the risk of new social differentiation of the population concerning the use of ICT
- thanked the BSSSC ad-hoc Working Group on IS and tasked it to further develop joint subregional projects making use of the opportunities given by IS for the benefits of subregions of the area.

VI.

The Conference called upon

the Council of Baltic Sea States (CBSS)

- to further develop the announcement of the Norwegian Chairmanship that furthering subregional co-operation should become a priority of CBSS
- to overcome the increasing multitude of actions and conferences on Baltic Sea issues in order to better streamline and coordinate the various forms of cooperation
- to play an active role in further developing and implementing the concept of Northern Dimension by using the existing and successfully working framework of Baltic Sea co-operation
- to widen the mandate of the meanwhile well established CBSS Secretariat towards a central information and contact point for the various fields and various initiatives within the network of Baltic Sea co-operation.

the European Union

- to enter into concrete negotiations on EU membership with Latvia and Lithuania
- to further implement the Common Strategy on Russia
- to overcome existing - and in addition probably forthcoming - lacks of interoperability between EU funding instruments available in the region (INTERREG III A and B, PHARE and TACIS) as outlined the latest in the Common Strategy on Russia, and in particular
 - * to harmonise the rules governing INTERREG, PHARE and TACIS and to establish similar regulatory frameworks, time tables and project selection criteria as well as joint decision procedures and bodies (under INTERREG as well for strand A as strand B)
 - * to indicate a certain share of the PHARE main programmes for transnational co-operation and to provide multi-annual budgeting of

PHARE in order to allow multi-annual joint projects under PHARE and INTERREG III B

- * to increase the budget for cross-border co-operation under TACIS and to allocate these fundings to the regions adjoining actual and future EU Member States, in particular in North-West Russia
- to accept and use the existing frameworks and projects on Baltic Sea co-operation as a contribution to implementing the Common Strategy on Russia, the Pre-accession strategy as well as of the Northern Dimension
- to strengthen focus on subregional needs (and available capacities in the area) within the Pre-accession strategy towards Poland and the Baltic states
- regretting the decision of the European Commission to abandon BSPF, to establish a new programme replacing the abolished Baltic Small Projects Facility (BSPF) aiming at facilitating the bottom-up process in the whole region in a broad sense by funding smaller scaled subregional co-operation projects; a decision making structure should comprise regional Baltic Sea organisations as well as the respective national associations of sub-national governments
- to continue the work of the Baltic Co-ordination Committee (BCC) being the only existing working body on implementation of EU funding available in the region.

the Ministerial Conference on Northern Dimension

- to be aware of the needs and capacities of the subregions of the Baltic Sea Region by further developing and implementing the concept of Northern Dimension
- to accept and incorporate the proposals of BSSSC for further development of Northern Dimension
- to give special attention to the needs of the regions in North-West Russia and to further develop Northern Dimension as a tool for regional implementation of the Common Strategy on

Russia as well as the Pre-accession strategy by making use of the existing and multi-dimensional framework of Baltic Sea co-operation

- to include the aims and objectives of an improved Information Society in the framework of the „Northern Dimension“.

the governments of the countries bordering to the Baltic Sea

- to enhance discussion on Baltic Sea issues with the respective subregions by using the „National Platforms“ established by the members of BSSSC in the Baltic Sea countries
- to include representatives of the subregions in the respective national delegations to the Ministerial Conference in Helsinki (November 1999) as proposed by the inviting Finnish Chairmanship
- to include the „National Platforms“ established by the members of BSSSC and/or the respective national associations of sub-national governments in the national decision making process of PHARE
- to incorporate capacities of subregions, which are able and ready to contribute to the implementation of Baltic-21, in the respective national Baltic-21 fora.

VII.

The Conference took note

- and recognised with great satisfaction that BSSSC has further improved and strengthened its structure by establishing National Platforms in all respective countries in addition to the work of the bodies of BSSSC (Chairman, Board, Working Groups)
- and accepted with gratitude the results of the ambitious Consultation Process run by BSSSC pointing out the specific interests, needs, experiences and capacities of the subregions into co-operation in the area and providing an inventory which can be used by all respective actors on Baltic Sea co-operation including the EU

- and welcomed the decision of the Board to arrange - under the umbrella of CBSS and together with other Baltic Sea organisations engaged - a seminar/conference on future perspectives of Kaliningrad region becoming an exclave in the future European Union
- and pointed out to the Board a need to arrange a similar seminar/conference on the future role of the regions of Northwest Russia in the Baltic Sea co-operation
- of the decision of the Senior Officials Group (SOG) of Baltic-21 to accept BSSSC as member in the implementation process, which since spring 1999 is provided by BSSSC Working Group on Nature and Environment
- of the work of the Working Group on Youth Mobility (consisting of representative of BSSSC, the Baltic Sea Youth Secretariat, Baltic Youth Forum), which will report to the next Conference on Baltic Sea Youth Co-operation (Lübeck June 15-18, 2000) on existing fundings or youth exchange available in the region, and recalled the proposal of the BSSSC Conference in Gdansk (1997) to establish a Baltic Sea Youth Foundation being able to enhance youth exchange in the region
- and welcomed the improved flow of information towards the subregions provided by the updated BSSSC homepage as well as by the BSSSC Newsletter and called for further improvement of the homepage towards a universal tool for information and communication within the Baltic Sea Region
- with satisfaction that the traditional BSSSC Partner Search Forum is now Internet based and run in close co-operation with UBC and BCCA (within the framework of Baltic Sea Alliance, BSA), and expressed its gratitude to the Regional Council of Etelä-Savo (Finland) for making the necessary funds and know-how available
- and welcomed the increased exchange and co-operation of the existing Secretariats of Baltic Sea co-operation (BSSSC, CBSS, BSPC, UBC, BCCA, BSC).

The Conference

- expressed its deep respect and its thanks to the outgoing Chairman of BSSSC, Knud Andersen, for his success in further developing BSSSC as a political organisation recognised by other respective actors in the Baltic Sea area and acting on behalf of the subregions towards i.a. CBSS and the EU
- thanked the Association of County Councils in Denmark for hosting and building up the BSSSC Secretariat
- welcomed the incoming Chairman, Mr. Edmund Wittbrodt (Gdansk), and the future Secretariat to be provided by the Wojvodship Pomerania (Poland), taking over respective responsibilities by May 2000
- thanked the current Chairman, Knud Andersen, and the Association of County Councils in Denmark for their readiness to continue their impressive engagement until spring 2000 in order to enable most successful transition of responsibilities
- thanked the Governor of Kaunas County and the Counties in Lithuania for hosting this year's annual BSSSC Conference
- thanked the sponsors and donors of this Conference for their financial contributions
- gratefully accepted the invitation of Pärnu (Estonia) to host and to arrange the 8th BSSSC Conference in October 2000; the 2001 Conference will take place in Riga (Latvia).

VIII.